



Statistische Rundschau Nordrhein Westfalen

Herausgeber

Landesamt
für Datenverarbeitung und Statistik
Nordrhein-Westfalen

1

Januar 1989

Statistische Rundschau Nordrhein-Westfalen

41. Jahrgang · Januar 1989

ISSN 0934-6767

Erscheinungsfolge: monatlich

Herausgeber:
Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik
Nordrhein-Westfalen

Schriftleitung: Dipl.-oec. Udo Nockemann

Jahresabonnement: 48,- DM, Einzelheft: 5,- DM

Bestellungen nehmen entgegen:

das Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik NW,
Postfach 1105, Mauerstraße 51, 4000 Düsseldorf 1,
Fernruf: (0211) 44 971,
sowie der Buchhandel.

Nachdruck, auch auszugsweise,
nur mit Quellenangabe gestattet

LDS-Bestell-Nr. Z 01 1 8901



Inhalt

Produzierendes Gewerbe	Die Entwicklung des Schiffbaus sowie des Luft- und Raumfahrzeugbaus 1978 bis 1987	5
	Investitionen im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe 1987	16
	Auftragseingänge im Verarbeitenden Gewerbe im November 1988	22
	Bauproduktion im Oktober 1988	22
Handel	Einzelhandelsumsätze im Oktober 1988	7
Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen	Die Dienstleistungsunternehmen und ihre Wirtschaftsleistung aus der Sicht der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung	8
	Abgrenzung von Regionen nach wirtschaftlichen und sozialen Merkmalen	17
Bildung	Zur Problematik von Sozialindikatoren	22
Preise	Preisindex für die Lebenshaltung im Dezember 1988	27
<hr/>		
	Tabellenteil	30
	Zahlenspiegel	34

Zeichenerklärung

(nach DIN 55 301)

- 0 weniger als die Hälfte von 1 in der letzten besetzten Stelle, jedoch mehr als nichts
- nichts vorhanden (genau null)
- Zahlenwert unbekannt oder geheimzuhalten
- ... Zahlenwert lag bei Redaktionsschluß noch nicht vor
- () Aussagewert eingeschränkt, da der Wert Fehler aufweisen kann
- / keine Angabe, da der Zahlenwert nicht sicher genug ist
- X Tabellenfach gesperrt, weil Aussage nicht sinnvoll
- p vorläufige Zahl
- r berichtigte Zahl

Abweichungen in den Summen erklären sich aus dem Runden der Einzelwerte.

Die Entwicklung des Schiffbaus sowie des Luft- und Raumfahrzeugbaus 1978 bis 1987

Die Produktionspalette des Schiffbaus reicht von großen Seeschiffen über Binnenschiffe und schwimmende Einrichtungen (Bagger, Kräne) bis zu kleinen Yachten und Booten; sie schließt auch Reparaturarbeiten an entsprechenden Fahrzeugen ein. Der Neubau von Seeschiffen in der Bundesrepublik Deutschland steht seit vielen Jahren unter wirtschaftlichem Druck. Weltweite Überkapazitäten in der Handelsmarine führten zu einer geringeren Nachfrage nach Neubauten bei gleichzeitiger starker internationaler Konkurrenz, vornehmlich durch die japanische und koreanische Werftindustrie. So mußten in der Vergangenheit mehrere traditionsreiche Werften ihre Tore schließen, was den Verlust von qualifizierten Arbeitsplätzen in den norddeutschen Küstenregionen bedeutete. Spätestens seit der Schließung einer bekannten Großwerft in Bremen ist in der Öffentlichkeit der Schiffbau als Problembranche bekannt. Dagegen verläuft die wirtschaftliche Entwicklung im Bereich des Baus von Yachten und kleineren Booten positiver, da Freizeit und Einkommen der privaten Haushalte allgemein ansteigen und somit vorerst eine günstige Entwicklung dieses Sektors ermöglichen.

In der Luft- und Raumfahrtindustrie erstreckt sich das Produktionsspektrum von Flugzeugen über Ballons, Raketen, Satelliten, Elektronikteile bis hin zu Rettungs- und Sicherheitsgeräten. Die Nutzung dieser Produkte erfolgt sowohl für zivile als auch für militärische Zwecke. Somit ist u. a. der Staat ein wichtiger Abnehmer von Erzeugnissen der Luft- und Raumfahrtindustrie. Eine finanzielle Unterstützung der Forschungs- und Entwicklungsbereiche durch die öffentliche Hand wird von Unternehmen dieser Branche vielfach als notwendige wirtschaftspolitische Maßnahme angesehen.¹⁾ Hohe Entwicklungskosten,

die ausländische Konkurrenz – insbesondere aus den USA – und Bemühungen um eine Sicherung des Absatzes führen häufig dazu, daß bundesdeutsche Unternehmen mit anderen europäischen Wirtschaftseinheiten bei bestimmten Produktlinien zusammenarbeiten. Bekannte Produkte dieser Konsortien sind die Airbus-Flugzeuge, die Ariane-Raketen, die Fernmeldesatelliten oder der Alpha-Jet und der Tornado im militärischen Bereich. Damit die deutsche Luft- und Raumfahrtindustrie auch in Zukunft unter einem guten Stern steht, erscheint manchen die Konzentration von Teilen dieses Wirtschaftssektors unter der Führung eines großen Automobilkonzerns notwendig.

In der Bundesrepublik Deutschland gab es 1987 insgesamt 108 Betriebe des Schiffbaus mit rd. 36 500 Beschäftigten und einem Umsatz von annähernd 6,1 Mrd. DM. Auf Nordrhein-Westfalen entfielen davon 13 Betriebe (12,0 %) mit 867 tätigen Personen (2,4 %) und einem Umsatz von rd. 98,2 Mill. DM (1,6 %). Im Luft- und Raumfahrzeugbau gab es 1987 bundesweit 69 Betriebe mit rd. 68 900 Beschäftigten und einem Umsatz von rd. 10,9 Mrd. DM. In Nordrhein-Westfalen waren 8 Betriebe (11,6 %) mit einer Belegschaft von 1 658 Personen (2,4 %) und einem Umsatz von rd. 216,3 Mill. DM (2,0 %) beheimatet. Aus den genannten Zahlen läßt sich unschwer erkennen, daß das Schwer-

Betriebe, Beschäftigte und Umsatz im Schiffbau sowie im Luft- und Raumfahrzeugbau 1987 nach Bundesländern

Bundesland	Betriebe ¹⁾		Beschäftigte ¹⁾		Umsatz ²⁾		
	Anzahl	%	Anzahl	%	1 000 DM	%	je Beschäftigten DM
Schiffbau							
Schleswig-Holstein	20	18,5
Hamburg	15	13,9	8 285	22,7	1 383 843	22,8	167 030
Niedersachsen	32	29,6	8 596	23,5	1 165 001	19,2	135 528
Bremen	10	9,3	8 088	22,1	2 011 628	33,1	248 718
Nordrhein-Westfalen	13	12,0	867	2,4	98 245	1,6	113 317
Hessen	3	2,8	164	0,4	17 431	0,3	106 287
Rheinland-Pfalz	4	3,7
Baden-Württemberg	4	3,7	250	0,7	22 524	0,4	90 096
Bayern	6	5,6	465	1,3	56 671	0,9	121 873
Saarland	—	—	—	—	—	—	—
Berlin (West)	1	0,9
Bundesrepublik Deutschland	108	100	36 539	100	6 078 513	100	166 357
Luft- und Raumfahrzeugbau							
Schleswig-Holstein	2	2,9
Hamburg	4	5,8
Niedersachsen	9	13,0
Bremen	1	1,4
Nordrhein-Westfalen	8	11,6	1 658	2,4	216 278	2,0	130 442
Hessen	10	14,5	6 707	9,7	516 475	4,8	77 005
Rheinland-Pfalz	2	2,9
Baden-Württemberg	14	20,3	4 653	6,8	559 421	5,1	120 228
Bayern	19	27,5	31 180	45,3	6 645 370	61,1	213 129
Saarland	—	—	—	—	—	—	—
Berlin (West)	—	—	—	—	—	—	—
Bundesrepublik Deutschland	69	100	68 889	100	10 869 304	100	157 780

1) Vgl.: Bundesverband der Deutschen Luftfahrt-, Raumfahrt- und Ausrüstungsindustrie e.V.: „Jahresbericht 86-87“, Bonn 1987.

1) Monatsmittelwert über das Jahr – 2) ohne Umsatzsteuer – – – Quelle: Monatsbericht im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe

gewicht der bundesdeutschen Luft- und Raumfahrtindustrie sowie des Schiffbaus außerhalb Nordrhein-Westfalens liegt. Im Schiffbau sind die norddeutschen Bundesländer und im Luft- und Raumfahrzeugbau ist Bayern dominierend.

Im nordrhein-westfälischen Verarbeitenden Gewerbe (einschließlich Bergbau) besitzen der Schiffbau sowie der Luft- und Raumfahrzeugbau nur eine untergeordnete Bedeutung. Die Anteile liegen bei den Betrieben, den Beschäftigten und dem Umsatz jeweils bei etwa 0,1 %. Die Relation zur übergeordneten Hauptgruppe „Investitionsgüter produzierendes Gewerbe“ stellt sich auch nur geringfügig besser dar.

Beim nordrhein-westfälischen Schiffbau kann auch gemessen an der Entwicklung im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe sowie in der Hauptgruppe von einer wirtschaftlichen Talfahrt gesprochen werden. Die Gegenüberstellung der Jahre 1987 und 1978 zeigt deutlich, daß die Zahl der Betriebe und der Beschäftigten hier wesentlich stärker zurückging als in den übergeordneten Wirtschaftsbereichen. Beim Umsatz mußte im Schiffbau sogar ein Rückgang um nominal fast ein Viertel hingenommen werden, während im gesamten Verarbeitenden Gewerbe sowie in der Hauptgruppe nominale Umsatzsteigerungen um ca. ein Drittel bzw. knapp die Hälfte ermittelt werden konnten. (Siehe Tabelle Seite 30 f.)

Mit 867 Beschäftigten war im nordrhein-westfälischen Schiffbau 1987 nur noch knapp die Hälfte der Belegschaft des Jahres 1978 tätig. Dabei verminderte sich die Zahl der Arbeiter auch relativ stärker als die Zahl der Angestellten, so daß der Anteil der Arbeiter in diesem Wirtschaftszweig von 83,8 % (1978) auf 78,7 % schrumpfte. Der Umsatz war, trotz ei-

nes „Zwischenhochs“ von ca. 150 Mill. DM (1981), im Beobachtungszeitraum von 1978 bis 1987 in der Tendenz rückläufig, dabei aber jährlichen Schwankungen unterworfen. Rd. 129,5 Mill. DM Umsatz wurden 1978 ermittelt, ca. 98,2 Mill. DM waren es 1987, das Minimum lag 1984 sogar nur bei rd. 88,4 Mill. DM. Gleichfalls unregelmäßig entwickelten sich die Inlands- und Auslandsumsätze. Im Jahr 1979 wurde der höchste Inlandsumsatz mit rd. 93,6 Mill. DM erzielt, das entsprach einem Anteil von 80,6 % am Gesamtumsatz. Der geringste Inlandsumsatz lag 1984 mit rd. 63,6 Mill. DM (72,0 %) vor. Der Auslandsumsatz war mit rd. 22,5 Mill. DM (19,4 %) 1979 am niedrigsten und mit rd. 69,3 Mill. DM (49,5 %) (1982) am höchsten. Das Verhältnis Auslands- zu Inlandsumsatz schwankte im Schiffbau wesentlich stärker als in anderen untersuchten Wirtschaftszweigen. (Siehe Tabelle Seite 30.)

Für den Luft- und Raumfahrzeugbau in Nordrhein-Westfalen werden fortlaufende Jahresangaben erst ab 1982 veröffentlicht. Seit dieser Zeit ist eine stetige Zunahme der Beschäftigtenzahl registriert worden. Im Gegensatz zu vielen anderen Branchen der Industrie überwiegen hier die Angestellten. So gibt es in der Luft- und Raumfahrtindustrie verstärkt qualitativ höherwertige Arbeitsplätze – insbesondere im technisch-naturwissenschaftlichen Bereich –, die im allgemeinen nur mit Angestellten besetzt werden können. Die im letzten Berichtsjahr ermittelten 966 Angestellten stellten einen Anteil von 58,3 % an der Gesamtzahl der tätigen Personen des Luft- und Raumfahrzeugbaus. Der Umsatz stieg von 1982 (rd. 179,3 Mill. DM) bis 1986 (rd. 268,4 Mill. DM) kontinuierlich an, doch mußte 1987 mit rd. 216,3 Mill. DM ein empfindlicher Rückschlag hingenommen werden.

Trotz vielfältiger Auslandsaktivitäten überwiegt das Inlandsgeschäft: 1982 machte es rd. 105,3 Mill. DM (58,8 %) aus 1987 rd. 150,5 Mill. DM (69,6 %). 1987 gab es das schlechteste Auslandsergebnis mit nur rd. 65,8 Mill. DM, während hier 1985 noch rd. 111,6 Mill. DM (42,2 %) Umsatz getätigt wurden. Zusammengefaßt kann jedoch von einer positiven wirtschaftlichen Lage im nordrhein-westfälischen Luft- und Raumfahrzeugbau gesprochen werden.

Wegen der statistischen Geheimhaltungspflicht stehen für den Schiffbau sowie den Luft- und Raumfahrzeugbau aus der Investitionserhebung nur Teilergebnisse zur Veröffentlichung bereit. Im Schiffbau wurde in den Jahren von 1978 bis 1986 in recht unterschiedlicher Höhe investiert. So wurde für 1979 eine Investitionssumme von rd. 11,5 Mill. DM ermittelt, bereits im darauffolgenden Jahr waren es nur noch rd. 2,3 Mill. DM. Demzufolge gab es auch große Unterschiede bei der Kennziffer „Investitionen je Beschäftigten“. 1979 betrug sie 7 813 DM und ein Jahr später nur 1 502 DM. In der Regel lag die Kennziffer unterhalb der entsprechenden Werte für den Bereich Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe bzw. für das Investitionsgüter produzierende Gewerbe. Dagegen blieb das Verhältnis Investitionen zu Umsatz durchaus auf dem Niveau des Verarbeitenden Gewerbes bzw. der Hauptgruppe. 1979 gab es sogar mit 9,9 % ein außergewöhnlich hohes Ergebnis. Die Aufwendungen für gemietete und gepachtete Sachanlagen betrugen bis auf 1979 jeweils weniger als eine halbe Mill. DM. In Relation zu den Investitionen bzw. zum Umsatz gab es größtenteils weit unterdurchschnittliche Werte. (Siehe Tabelle Seite 31.)

Für den Luft- und Raumfahrzeugbau liegen nur wenige Angaben über die Investitionen und die Aufwendungen für gemietete und gepachtete Sach-

anlagen vor. Im letzten Beobachtungsjahr betrugen die Investitionen knapp 8,5 Mill. DM. Je Beschäftigten ergab sich somit ein Betrag von 5 184 DM. Die Investitionen gemessen am Umsatz lagen bei 3,2 %. Im Jahr zuvor investierten die Betriebe rd. 3,9 Mill. DM, d. h. je Beschäftigten 3 443 DM. In diesem Wirtschaftszweig wird das Leasing von Anlagegütern wesentlich stärker angewandt als in anderen Branchen. Die Aufwendungen für gemietete und gepachtete Sachanlagen lagen bemerkenswerterweise in den beiden letzten Berichtsjahren über den getätigten Investitionen. Von 1983 bis 1985 wurden jeweils jährlich mehr als 6 Mill. DM für Leasingzwecke aufgewendet, 1986 waren es sogar fast 9,4 Mill. DM. Das Verhältnis zu den Investitionssummen betrug 1985 165,9 % und 1986 immer noch 110,6 %. Im letzten Beobachtungsjahr lagen die Aufwendungen für gemietete und gepachtete Sachanlagen gemessen am Umsatz mit 3,5 % weit über dem Durchschnitt des Bergbaus und Verarbeitenden Gewerbes.

Ein besonderes Gewicht kommt jeweils den größten Betrieben einer Branche zu. Die Betriebe mit der höchsten Beschäftigtenzahl, mit den größten Umsätzen und mit den bedeutendsten Investitionssummen stehen im wirtschaftlichen Blickpunkt, da sie das Resultat einer starken Konzentrationsbewegung sein können. Auch aufgrund der geringen Betriebszahl liegt in den beiden betrachteten Wirtschaftszweigen eine hohe Konzentration vor. Im Schiffbau hatte sich diese Konzentration 1986 gegenüber 1978 als Folge des wirtschaftlichen Rückgangs der Branche erheblich verstärkt. War 1978 noch knapp die Hälfte der Arbeitnehmer in den drei nach der Beschäftigtenzahl größten Betrieben tätig, so waren es 1986 bereits gut zwei Drittel. Beim Umsatz erhöhte sich der Anteil der drei „ersten“ Betriebe von 51,4 % (1978) auf 72,4 %

(1986). Im Berichtsjahr 1986 wurde nur jede zehnte investierte DM nicht von einem der drei größten Investoren dieses Wirtschaftszweiges aufgewendet. 1978 stellten die drei entsprechenden Betriebe einen Anteil von 82,0 % am Investitionsvolumen dieser Branche. (Siehe Tabelle Seite 32.)

Auch im Luft- und Raumfahrzeugbau sind die Beschäftigten, der Umsatz und die Investitionen in erheblichem

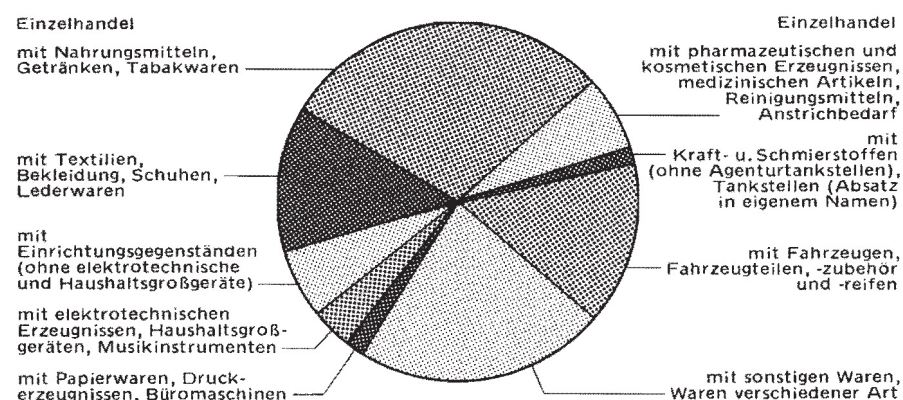
Maße auf die drei jeweils größten Betriebe konzentriert. So waren im letzten Berichtsjahr in diesen Betrieben 72,4 % aller Beschäftigten tätig, und der Anteil am Gesamtumsatz und an den Investitionen der Branche lag jeweils bei 82,1 %. Eine fast vollständige Erfassung der Beschäftigten, des Umsatzes und der Investitionen ergibt sich bei der Addition der Angaben für die jeweils sechs größten Betriebe. ■

Einzelhandelsumsätze im Oktober 1988

Die Umsätze des nordrhein-westfälischen Einzelhandels waren im Oktober 1988, der einen Verkaufstag weniger hatte als der Oktober 1987, nominal um 2 % niedriger als vor einem Jahr. Real, d. h. unter Berücksichtigung der Preisentwicklung, gingen die Einnahmen um fast 3 % zurück. Dabei lagen allerdings zwei Branchen, wie schon im Vormonat, im Aufwärtstrend, und zwar der Einzelhandel mit Einrichtungsgegenständen (nominal +10 %) und mit Papierwaren, Druckerzeugnissen und Büromaschinen (+4 %).

Während die Umsatzentwicklung im Einzelhandel mit Nahrungsmitteln, Getränken und Tabakwaren sowie mit Fahrzeugen, Fahrzeugteilen und -reifen mit jeweils -2 % im Durchschnitt des gesamten Einzelhandels lag, mußte der Einzelhandel mit sonstigen Waren und Waren verschiedener Art (hierzu zählen auch Warenhäuser, Kaufhäuser, SB-Warenhäuser und Verbrauchermärkte) Einbußen von 3 % hinnehmen. Im Einzelhandel mit Textilien, Bekleidung, Schuhen und Lederwaren und mit elektrotechnischen Erzeugnissen, Musikinstrumenten usw. war der Rückgang mit jeweils -9 % stärker. Dagegen waren die Einnahmen im Einzelhandel mit pharmazeutischen, kosmetischen und medizinischen Erzeugnissen nur um 1 % niedriger als im Oktober 1987.

Anteil der Wirtschaftszweige am Gesamtumsatz des Einzelhandels 1987



Die Dienstleistungsunternehmen und ihre Wirtschaftsleistung aus der Sicht der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen

Die Dienstleistungen haben einen immer größeren Anteil an der gesamtwirtschaftlichen Leistung und beeinflussen entscheidend das Wachstum des Sozialprodukts. Die Ausweitung des Dienstleistungsanteils ist auch für den Arbeitsmarkt von großer Bedeutung. Dadurch rücken die Dienstleistungstätigkeiten immer mehr in den Mittelpunkt des Interesses, und der Bedarf an aktuellen Informationen steigt. Dies hat dazu geführt, daß auch die statistischen Datengrundlagen zur Ermittlung aussagefähiger Ergebnisse über diesen Bereich stärkere Beachtung gefunden haben. Denn verlässliche Informationen setzen eine fundierte Datenbasis voraus.

Da erhebliche Datenlücken bestehen, wurden seitens der amtlichen Statistik Überlegungen angestellt, wie man das Datenangebot verbessern könne. Als wichtigste Maßnahmen sind geplant bzw. befinden sich in der Testphase¹⁾:

1. Erfassung der Dienstleistungen bei Unternehmen des Produzierenden Gewerbes
2. Erfassung von Dienstleistungen, die von Dienstleistungsunternehmen und freien Berufen erbracht werden
3. Ausdehnung der Kostenstrukturerhebungen auf weitere Dienstleistungsbereiche
4. Umstellung der zweijährlichen Umsatzsteuerstatistik auf einen jährlichen Turnus.

Dienstleistungstätigkeiten kommen in allen Wirtschaftsbereichen vor (funktionale Betrachtungsweise). Diejenigen Wirtschaftsbereiche, denen alle Wirtschaftseinheiten zugeordnet sind, die schwerpunktmäßig Dienst-

leistungen erbringen, bilden die Dienstleistungsbereiche. Diese institutionelle Betrachtungsweise liegt in der Regel auch den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen zugrunde. Wie man die Dienstleistungsbereiche abgrenzt – z. B. mit oder ohne die Dienstleistungen des Staates –, hängt ganz vom jeweiligen Untersuchungszweck ab. Nach der weitesten Definition umfaßt der Dienstleistungsbereich die Wirtschaftsbereiche Handel und Verkehr, Dienstleistungsunternehmen sowie Staat, private Haushalte und private Organisationen ohne Erwerbszweck. D.h., hierzu werden alle Wirtschaftsbereiche gerechnet, die nicht dem Produzierenden Gewerbe oder der Land- und Forstwirtschaft zugeordnet werden können.

Ein zentraler Bereich sind die Dienstleistungsunternehmen. Diese Unternehmen erwirtschaften gut ein Viertel der gesamten Wertschöpfung. Von ihnen gingen in den letzten Jahren starke Wachstumsimpulse aus. Es handelt sich dabei um einen sehr heterogenen Bereich. Er schließt die Kreditinstitute und Versicherungsunternehmen, die Wohnungsvermietung und die Sonstigen Dienstleistungen ein. Zu den Sonstigen Dienstleistungen gehören u. a. die freien Berufe und die sog. modernen Dienstleistungsunternehmen, wie Datenverarbeitung, Software-Entwicklung, Leasing usw.

Im folgenden soll auf die Dienstleistungsunternehmen aus der Sicht der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen näher eingegangen werden. Dabei soll ein Eindruck von den Besonderheiten der Dienstleistungsunternehmen und den Grundlagen zur Berechnung ihrer Wirtschaftsleistung vermittelt werden. Außerdem werden anhand der Ergebnisse für Nordrhein-Westfalen Strukturen und Tendenzen aufgezeigt. Aufgrund der ungünstigen Datensituation ist dieser Bereich im Vergleich mit anderen größeren Wirtschaftsbereichen das schwächste

Glied, so daß mit einem relativ großen Unsicherheitsspielraum gerechnet werden muß. Verbesserungen sind in Zukunft durch die Verwendung der Ergebnisse der Arbeitsstätten-/Volkszählung 1987 sowie durch die o.a. Maßnahmen zur Erweiterung und zum Ausbau der Statistiken zu erwarten. Dabei ist es besonders wichtig, daß bei den Repräsentativerhebungen auch für Bundesländer repräsentative Ergebnisse anfallen. Hierauf sollte vor allem bei der geplanten laufenden Dienstleistungsstatistik Wert gelegt werden.

Kreditinstitute und Versicherungsunternehmen

Die Kreditinstitute und Versicherungsunternehmen nehmen innerhalb des Unternehmenssektors eine Sonderstellung ein. Die Bedeutung der Kreditinstitute beruht hauptsächlich auf ihrer Stellung auf dem Geld- und Kapitalmarkt. Daher werden sie im Kontensystem der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen gesondert dargestellt und bilden einen Untersektor. Das gleiche gilt für die Versicherungsunternehmen, „die mit ihren Prämieinnahmen und Versicherungsleistungen eine wichtige Rolle bei der Umverteilung von Einkommen und Vermögen spielen und mit ihren Vermögensanlagen, vor allem bei Lebens- und Pensions- und Rentenversicherungen, auch den Geld- und Kapitalmarkt beeinflussen“²⁾.

Normalerweise verkaufen die Unternehmen ihre Waren und Dienstleistungen gegen Entgelt, das so bemessen ist, daß durch die Erlöse aus den Verkäufen Gewinn erzielt wird oder mindestens die Produktionskosten gedeckt sind. Dies gilt nicht für die

1) Vgl. E. Südfeld, Forschungs- und Entwicklungsplan des Statistischen Bundesamtes, in: Wirtschaft und Statistik, Heft 9/1988, S. 627 ff.

2) Das Kontensystem für die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen der BRD, I. Teil: Das angestrebte Kontensystem, in: Wirtschaft und Statistik, Heft 6/1960, S. 322

Kreditinstitute und Versicherungsunternehmen. Sie stellen ihren Kunden zwar auch für bestimmte Dienstleistungen Gebühren und Provisionen in Rechnung. Diese reichen jedoch nicht aus, um alle entstandenen Kosten zu decken. Damit müßte diesen Unternehmen eine negative Wertschöpfung zugewiesen werden. Tatsächlich ist die Wertschöpfung der Banken und Versicherungen aber nicht negativ. Wie aus den Bilanzen zu entnehmen ist, machen diese Institute in der Regel sogar erhebliche Gewinne.

Bei den Banken erklärt sich dies aus der Besonderheit, daß sie sich zum großen Teil aus der Differenz zwischen den Zinsen finanzieren, die sie einerseits durch die Gewährung von Krediten erhalten und andererseits auf das bei ihnen von den Kunden angelegte Kapital zu zahlen haben. Hierbei handelt es sich um Vorgänge, die in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen normalerweise nicht auf den Produktionskonten, sondern auf den Konten der Verteilungsrechnung verbucht werden. Um dennoch einen mit den anderen Produktionsunternehmen vergleichbaren Produktionswert bzw. eine entsprechende Wertschöpfung zu erhalten, wird in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen dem Produktionswert der Kreditinstitute die Differenz zwischen Zinsaufwand und Zinsertrag als „Unterstellte Entgelte für Bankdienstleistungen“ zugeschlagen.³⁾

3) Als Gegenbuchung müssen die Unterstellten Entgelte für Bankdienstleistungen in den Vorleistungen derjenigen Unternehmen berücksichtigt werden, die die Leistungen der Bankinstitute in Anspruch genommen haben. Die Datenlage erlaubt es nicht, die Unterstellten Entgelte den einzelnen Unternehmen bzw. Wirtschaftsbereichen zuzuordnen. Daher werden die Vorleistungen nur beim gesamten Unternehmenssektor mit Hilfe eines pauschalen Bereinigungspostens um die Unterstellten Entgelte erhöht und die Wertschöpfung entsprechend vermindert. Dieses Vorgehen führt zu einer Überhöhung der Bruttowertschöpfung der einzelnen Wirtschaftsbereiche des Unternehmenssektors. Darüber hinaus hat der Bereinigungsposten den Nachteil, daß den Datenkonsumenten das Verständnis der Zusammenhänge sowie der Gebrauch der Daten erschwert wird.

Bei den Versicherungsunternehmen verhält es sich ähnlich wie bei den Kreditinstituten. Hier ergeben sich die Entgelte für die Dienstleistungen dieser Unternehmen aus dem Unterschied zwischen den Versicherungsprämien und den in derselben Periode geleisteten Zahlungen im Versicherungsfall. Dies gilt nur für die Privatversicherungen, bei denen die Versicherungsprämien nach dem zu versichernden Risiko bemessen werden. „Wenn dagegen für die Versicherten eine unabhängig vom Risiko des einzelnen festgesetzte Prämie berechnet wird (kollektiver Risikoausgleich), gehören die Einheiten, die hauptsächlich derartige Versicherungen betreiben, nicht zum Sektor Versicherungsunternehmen, sondern zum Teilsektor Sozialversicherung“⁴⁾.

Aufgrund der ungünstigen Datenlage auf der Ebene der Bundesländer können die Entgelte für die Dienstleistungen der Banken und Versicherungen, die die Produktionswerte der beiden Bereiche darstellen, hier nicht gemäß den oben erläuterten Abgrenzungen berechnet werden. Auch über die Vorleistungen sind keine regionalen Angaben verfügbar. Daher werden die Bundeswerte dieser Aggregate mit Hilfe bestimmter Indikatoren auf die Bundesländer aufgeteilt.

Bei den Banken werden vor allem die Werte der Einlagen und Kredite als Indikator der Geschäftstätigkeit in die Berechnungen einbezogen. Bei den Bausparkassen sind dies die Angaben über das Bauspargeschäft (Statistik des Bausparkassenverbandes). Die Berechnungen werden weitgehend differenziert nach Bankengruppen durchgeführt.

Für die Bundesrechnung brauchen die Einrichtungen der Deutschen Bundesbank nicht regionalisiert werden.

4) EuroStat. Europäisches System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen, S. 31

Wirtschaftsbereich	Interne Berechnungsgliederung
Kreditinstitute	<ul style="list-style-type: none"> – Kreditbanken – Sparkassen – Kreditgenossenschaften – Girozentralen, genossenschaftliche Zentralbanken, Realkreditinstitute, Teilzahlungsbanken – Kreditinstitute mit Sonderaufgaben (z. B. Kreditanstalt für Wiederaufbau) – Bausparkassen – Deutsche Bundesbank
Versicherungsunternehmen	<ul style="list-style-type: none"> – Versicherungsunternehmen

Für die Zwecke der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen der Länder ist dies jedoch erforderlich. Dazu wird der Bundeswert der Deutschen Bundesbank hilfswise anhand der Beschäftigtenrelationen auf die Zentrale mit Sitz in Frankfurt einerseits und die Landeszentralbanken andererseits aufgeteilt. Der Wert der Zentrale wird unmittelbar Hessen zugeordnet. Für die Aufteilung des Wertes für die Landeszentralbanken auf die Länder werden deren Einlagen und Kredite (aus Vierteljahresberichten der Landeszentralbanken) verwendet.

Zur Berechnung der Vorleistungen der Banken wird der Bundeswert mit Hilfe derselben Relationen regionalisiert, die sich bei der Ermittlung der Bruttoproduktionswerte für die Länder ergeben haben.

Bei der Berechnung der Länderwerte für die Versicherungsunternehmen werden als Aufteilungsgröße die Erwerbstätigen herangezogen, für die im Rahmen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen Zahlen ermittelt werden. Von der nächsten Revision an werden die Erwerbstätigenzahlen mit Hilfe der jahresdurchschnittlichen Bruttomonatsverdienste der Angestellten im Versicherungsgewerbe gemäß Verdiensterhebung zusätzlich gewichtet.

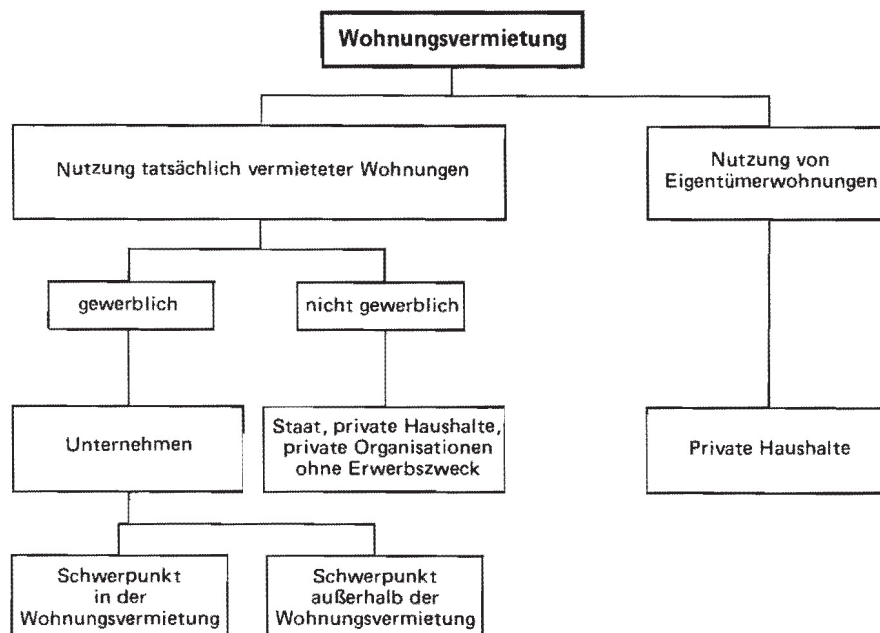
Wohnungsvermietung

In den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen ist die Wohnungsvermietung anders abgegrenzt, als es allgemein in der amtlichen Statistik üblich ist. Sie ist nach der Systematik der Wirtschaftszweige kein eigener Bereich, sondern gehört zum Grundstücks- und Wohnungswesen in der Abteilung 7 „Dienstleistungen, soweit von Unternehmen und freien Berufen erbracht“.

In den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen hat die Wohnungsvermietung jedoch eine herausgehobene Bedeutung. Hier wird das Prinzip durchbrochen, daß nur Leistungswerte nachgewiesen werden dürfen, die von den Unternehmen mit Schwerpunkt in der Wohnungsvermietung erwirtschaftet worden sind. Vielmehr wird dort jede Vermietung von Wohnraum erfaßt, unabhängig davon, ob sie als Haupt- oder Nebentätigkeit betrieben wird. So wird neben den Wohnungsunternehmen auch die nichtgewerbliche Wohnungsvermietung durch private Haushalte, den Staat und die privaten Organisationen ohne Erwerbszweck berücksichtigt. Diese funktionale Betrachtungsweise bedeutet bei den Wohnungsunternehmen, die noch in anderen Branchen tätig sind, daß nur der Teil in die Wohnungsvermietung einbezogen wird, der sich auf die wohnungswirtschaftliche Tätigkeit bezieht.

Die Entscheidung für die funktionale Abgrenzung dieses Wirtschaftsbereiches ist hauptsächlich im statistischen Ausgangsmaterial begründet. Denn in den Statistiken, in denen wohnungswirtschaftliche Tatbestände erhoben werden, wird meist nicht nach dem Träger der Wohnungsvermietung unterschieden.

Die zweite Besonderheit dieses Wirtschaftsbereiches besteht darin, daß in



den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen zusätzlich zu den tatsächlich vermieteten Wohnungen auch die Eigentümerwohnungen wie Mietwohnungen behandelt werden.

Eigentümerwohnungen sind Wohnungen, die vom Eigentümer selbst bewohnt werden. Da die Eigentümer keine Miete zahlen, werden für die Eigentümerwohnungen fiktive Mietwerte ermittelt, die sich an den Marktmieten für gleichartige Wohnungen orientieren. Diese Konstruktion aus tatsächlichen und unterstellten Mietwerten für die Nutzung von Wohnraum ist vor allem notwendig, um den Verbrauch der privaten Haushalte vollständig nachweisen zu können⁵⁾.

Die Mietwerte (einschl. der Umlagen für Wasser, Kanalisation, Müllabfuhr usw., jedoch ohne die Umlagen für Heizung und Warmwasserversorgung und ohne Garagenmiete) bilden den Produktionswert dieses Bereiches. Laufende Angaben über die Mietwerte von Mietwohnungen sind nicht ver-

fügbare. Daher wird bei der Berechnung nicht nach Miet- und Eigentümerwohnungen unterschieden. Zunächst wird von der Anzahl aller Wohnungen ausgegangen. Diese wird dann mit einem durchschnittlichen Mietpreis je Wohnung multipliziert. Dabei wird der durchschnittliche Mietpreis auch für die Eigentümerwohnungen unterstellt.

Basis der Berechnungen ist zur Zeit noch die Gebäude- und Wohnungszählung 1968. Der dort nachgewiesene Bestand an Wohnungen wird auf die folgenden Jahre fortgeschrieben. Dazu wird er um die jährlich fertiggestellten Wohnungen aus der Baufertigstellungsstatistik ergänzt und um die im Berichtsjahr abgegangenen Wohnungen vermindert. Diese Wohnungsfortschreibung ist nicht ganz unproblematisch, weil nicht alle Wohnungsabgänge bekannt werden. Dies gilt besonders bei einer Nutzungsänderung, bei der z. B. eine Wohnung in Geschäftsräume umgewandelt wird. Aus diesem Grund muß von einer

5) Vgl. Einkommen aus Wohnungsvermietung 1960 - 1977 in: Wirtschaft und Statistik, Heft 5/1978, S. 314.

Überhöhung des fortgeschriebenen Wohnungsbestandes ausgegangen werden. Der Basiswert für den durchschnittlichen Mietpreis wird aus der Gebäude- und Wohnungszählung 1968 errechnet. Für die folgenden Jahre wird er mit der Entwicklung der bundesdurchschnittlichen Mietpreise je Wohnung aus der laufenden Statistik der Verbraucherpreise fortgeschrieben. Die Statistik der Verbraucherpreise hat den Nachteil, daß sie keine Länderergebnisse liefert und die ausgewiesenen Wohnungsmieten sich nur auf wenige ausgewählte Wohnungstypen beziehen.

Ein weiterer Schwachpunkt ist die Ermittlung der Vorleistungen. Wegen fehlender aktueller Anhaltspunkte wird zur Berechnung der Bruttowertschöpfung eine bundesdurchschnittliche Vorleistungsquote an den Bruttoproduktionswert angelegt. Diese Vorleistungsquote stammt aus einer Kostenstrukturerhebung in der Wohnungswirtschaft, die das letzte Mal im Jahre 1953 stattgefunden hat. Im Rahmen der nächsten Revision der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen, die voraussichtlich 1990/1991 durchgeführt werden wird, ist eine Überarbeitung der Methoden im Bereich Wohnungsvermietung vorgesehen. Dies betrifft nicht nur den Einbau von Wohnungsdaten aus der Volkszählung 1987. Zur Ermittlung der Durchschnittsmieten sollen auch Ergebnisse der Ergänzungserhebungen zum Mikrozensus über die Wohnsituation der Haushalte herangezogen werden. Auf die Verwendung der Kostenstrukturerhebung in der Wohnungswirtschaft 1953 soll verzichtet werden.

Sonstige Dienstleistungen

Der Bereich „Sonstige Dienstleistungen“, der nach der Systematik der Wirtschaftszweige als „Dienstleistungen, soweit von Unternehmen und freien Berufen erbracht“ bezeichnet

Wirtschaftsbereichsgliederung der Sonstigen Dienstleistungen	
Gliederung in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen	Bezeichnung nach der Systematik der Wirtschaftszweige
Gastgewerbe, Heime	Gastgewerbe, Heime
Bildung, Wissenschaft, Kultur usw., Verlagsgewerbe	Bildung, Wissenschaft, Kultur, Sport, Unterhaltung; Verlagsgewerbe
Gesundheits- und Veterinärwesen	Gesundheits- und Veterinärwesen
Übrige Dienstleistungen handwerkliche Dienstleistungen	Wäscherei, Reinigung, Friseur- und sonstige Körperpflegegewerbe, Fotoateliers u. a. persönliche Dienstleistungen; Gebäudereinigung, Abfallbeseitigung u. a. hygienische Einrichtungen
restliche Dienstleistungen	Rechtsberatung, Steuerberatung, Wirtschaftsprüfung und -beratung, technische Beratung und Planung, Werbung, Dienstleistungen und Unternehmen, a. n. g.; Vermietung beweglicher Sachen, Grundstücks- und Wohnungswesen (ohne Wohnungsvermietung), Beteiligungsgesellschaften, sonstige Dienstleistungen a. n. g.; mit dem Kredit- und Versicherungsgewerbe verbundene Tätigkeiten; Organisationen ohne Erwerbszweck, für Unternehmen tätig

wird, umfaßt die unterschiedlichsten Unterbereiche. Sie reichen von „Gastgewerbe und Heime“ über „Bildung, Wissenschaft, Kultur usw., Verlagsgewerbe“ und „Gesundheits- und Veterinärwesen“ bis zu den „Übrigen Dienstleistungen“, zu denen alle Wirtschaftseinheiten gehören, die anderweitig nicht zugeordnet werden können.

Zu den „Übrigen Dienstleistungen“ zählen die „Handwerklichen Dienstleistungen“ – das sind Wäscherei und Reinigung (einschl. Schornsteinfegergewerbe) sowie Friseur- und sonstige Körperpflegegewerbe – sowie die „Restlichen Dienstleistungen“. In der Wirtschaftsbereichsgliederung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen sind die „Restlichen Dienstleistungen“ nicht weiter unterteilt. Der Begriff „Restliche Dienstleistungen“ erweckt den Eindruck, als ob es sich hierbei um einen unbedeutenden Rest handle, der nur der Vollständigkeit halber aufgeführt sei. Dies ist aber nicht der Fall. Der Anteil dieses Bereichs an der Wertschöpfung der gesamten Wirtschaft beträgt in Nordrhein-Westfalen etwa 8 %. Bei den „Restlichen Dienstleistungen“ finden sich z. B. Rechtsberatung, Wirtschaftsberatung und -prüfung, Architektur- und Ingenieurbüros, Wirt-

schaftswerbung und Grundstücks- und Wohnungswesen.

Aus dem Bereich Grundstücks- und Wohnungswesen wird in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen die Vermietung von eigenen Wohnungen durch die Wohnungsunternehmen herausgenommen, weil die Tätigkeit bereits im Wirtschaftsbereich Wohnungsvermietung enthalten ist.

Zusätzlich sind in die „Restlichen Dienstleistungen“ die mit dem Kredit- und Versicherungsgewerbe verbundenen Tätigkeiten, wie die Vermittlung von Bank- und Effekengeschäften und von Versicherungen, einbezogen. Sie gehören nach der Systematik der Wirtschaftszweige zu den Kreditinstituten und dem Versicherungsgewerbe. Ebenso sind die Institutionen, die ihre Leistungen vorwiegend für Unternehmen ohne spezielles Entgelt erbringen und von diesen finanziert werden (z. B. Arbeitgeberverbände, Wirtschaftsverbände, Kammern, usw.), Bestandteil der „Restlichen Dienstleistungen“, während sie nach der Systematik der Wirtschaftszweige

nicht den Unternehmen, sondern der Abteilung 8 (Organisationen ohne Erwerbszweck und private Haushalte) zugeordnet sind.

Darüber hinaus sind bei den „Restlichen Dienstleistungen“ Organisationsformen und Bereiche vertreten, die erst die moderne Industriegesellschaft hervorgebracht hat und die in Zukunft noch an Bedeutung gewinnen werden. Dabei handelt es sich u. a. um die Bereiche Datenverarbeitung, Beteiligungsgesellschaften und Leasing.

Der Leasingbereich hat innerhalb der Dienstleistungsunternehmen besonders bei den Investitionen ein großes Gewicht. Dies hängt damit zusammen, daß in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen das sogenannte „Eigentümerkonzept“ gilt. Danach werden die Güter bei denjenigen Wirtschaftseinheiten nachgewiesen, die das Eigentum daran besitzen. Im Fall des Leasing werden bestimmte Güter anderen Unternehmen gegen Entgelt überlassen, Eigentümer bleiben jedoch die Leasing-Unternehmen. Daher muß der Wert der Investitionen dem Wirtschaftszweig zugeordnet werden, in dem das jeweilige Leasing-Unternehmen seinen wirtschaftlichen Schwerpunkt hat. Der Schwerpunkt ist bei diesen Unternehmen in der Regel die Dienstleistungsfunktion. Für die Wirtschaftsanalyse ist es dagegen von besonderem Interesse, mit welchem Kapitaleinsatz die Wirtschaftsleistung in den Wirtschaftsbereichen erstellt worden ist, unabhängig von den Eigentumsverhältnissen. Dafür wäre es erforderlich, die Investitionen bei den Unternehmen nachzuweisen, die die Leasing-Güter zur Produktion von Sachgütern und Dienstleistungen in ihren Betrieben eingesetzt haben. Eine Zuordnung nach diesem sogenannten „Benutzerkonzept“ würde aufgrund der erheblichen Dimensionen des Leasinggeschäftes zu einer deutlichen

statistischen Verschiebung der Investitionen zwischen den Wirtschaftsbereichen führen. Wegen der Dringlichkeit, hierüber Informationen zu erhalten, wird in die Investitionserhebungen im Produzierenden Gewerbe in Zukunft eine Frage nach dem Wert der von anderen Unternehmen gemieteten und gepachteten Investitionsgüter aufgenommen. Das gleiche gilt für die aktuelle Testerhebung „Dienstleistungsstichprobe“ bzw. für eine spätere laufende Dienstleistungsstatistik.

Die wichtigste Datenquelle zur Berechnung der Produktionswerte der Sonstigen Dienstleistungen ist die Umsatzsteuerstatistik. Diese Sekundärstatistik liefert nur Unternehmensdaten. Da es aber in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen der Länder notwendig ist, die Werte regional richtig zuzuordnen, muß auf die örtlichen Einheiten abgestellt werden. Daher werden in den Bereichen, in denen Mehrländerunternehmen eine Rolle spielen, die Unternehmensdaten der Umsatzsteuerstatistik mit Hilfe von Umstellungsfaktoren aus der jeweils letzten Handels- und Gaststättenzählung bzw. Arbeitsstättenzählung auf die Länder abgegrenzt. Dies ist der Fall in den Bereichen „Gastgewerbe, Heime“, „Bildung, Wissenschaft, Kultur usw., Verlagsgewerbe“ sowie „Restliche Dienstleistungen“. Im Bereich „Veterinärwesen“ werden die Daten der Umsatzsteuerstatistik direkt zur Berechnung des Produktionswertes herangezogen. Eine Umstellung auf örtliche Einheiten ist hier nicht erforderlich. Im Bereich „Handwerkliche Dienstleistungen“ dient die Umsatzsteuerstatistik zur Fortschreibung der Umsätze aus der Handwerkszählung. Als nicht brauchbar erweist sich die Umsatzsteuerstatistik zur Ermittlung des Produktionswertes für die o.a. Organisationen ohne Erwerbszweck, die für Unternehmen tätig sind, weil bei diesen Organisationen kein Umsatz anfällt. Aus diesem Grunde wird hier mit Löhnen und Gehältern aus der Arbeitsstättenzählung bzw. mit den ver-

sicherungspflichtigen Arbeitnehmern aus der Beschäftigtenstatistik und der Tarifentwicklung für Angestellte im öffentlichen Dienst gerechnet.

Darüber hinaus werden auch Angaben aus der nichtamtlichen Statistik herangezogen. So werden im Rahmen des Bereichs „Bildung, Wissenschaft, Kultur usw., Verlagsgewerbe“ für die Rundfunk- und Fernsehanstalten das ARD-Jahrbuch bzw. ZDF-Angaben ausgewertet. Den Produktionswert bilden dabei vor allem die Gebühreneinnahmen; die betrieblichen Aufwendungen stellen die Vorleistungen dar. Datenbasis für den Teilbereich des Gesundheitswesens „Arztpraxen und Zahnarztpraxen“ sind die Angaben der kassenärztlichen und der kassenzahnärztlichen Bundesvereinigung über die Honorareinnahmen der Kassenärzte und Kassenzahnärzte. Die noch fehlenden Einnahmen aus Privatpraxis werden behelfsmäßig dazugeschätzt.

Zur Ermittlung der Bruttowertschöpfung werden – abgesehen von den Rundfunk- und Fernsehanstalten – bundesdurchschnittliche Vorleistungsquoten aus den Kostenstrukturerhebungen für die verschiedenen Bereiche an die Produktionswerte angelegt.

Die kurze Methodendarstellung zeigt, daß die Wertschöpfungsergebnisse im Bereich „Sonstige Dienstleistungen“ in erster Linie mit Daten aus der Umsatzsteuerstatistik, aus den Großzählungen sowie aus den Kostenstrukturerhebungen berechnet werden. Damit hängt die Qualität der Wertschöpfungsergebnisse von der Brauchbarkeit dieser drei Statistikbereiche ab. Bei der Umsatzsteuerstatistik muß in Kauf genommen werden, daß sie keine Angaben für örtliche Einheiten liefern kann. Diese Statistik ist auch fehleranfällig in bezug auf die Wirtschaftsbereichszuordnung der erfaßten Unternehmen, da die Festle-

gung des wirtschaftlichen Schwerpunktes eines Unternehmens anhand der Angaben der Steuerpflichtigen von der Finanzverwaltung vorgenommen wird. Außerdem wird die Umsatzsteuerstatistik nur in zweijährlichem Rhythmus durchgeführt. Zur Zeit werden die Voraussetzungen dafür geprüft, inwieweit die Umsatzsteuerstatistik jährlich aufbereitet werden kann. Die Angaben der Steuerpflichtigen sind bei der Finanzverwaltung jährlich verfügbar. Jedoch muß vor der jährlichen Übernahme des Datenmaterials durch die statistischen Ämter das Gesetz über die Steuerstatistiken entsprechend geändert werden.

Die unternehmensbezogenen Umsatzsteuerdaten werden bei einigen Bereichen immer noch mit Zahlen aus der Arbeitsstättenzählung des Jahres 1970 auf örtliche Einheiten umgestellt. Hier werden die Zahlen der Arbeitsstättenzählung 1987 eine wesentliche Verbesserung mit sich bringen.

Aus den repräsentativen Kostenstrukturhebungen, die zur Ermittlung der Vorleistungen verwendet werden, stehen die Daten nicht wie im Produzierenden Gewerbe jährlich, sondern nur vierjährlich zur Verfügung. Auch ist die Beantwortung des Fragenkatalogs durch die ausgewählten Unternehmen freiwillig. Ein weiterer Nachteil ergibt sich daraus, daß die Kostenstrukturhebungen zur Zeit nicht alle Bereiche der „Sonstigen Dienstleistungen“ abdecken. Erfasst wurden bisher das Gastgewerbe, das Verlagsgewerbe, das Gesundheits- und Veterinärwesen, die Rechts- bzw. Steuerberatung, Wirtschaftsprüfung, Architekturbüros und die Büros beratender Ingenieure. Jedoch werden ab Berichtsjahr 1987 zusätzlich die Unternehmens- und Wirtschaftsberatung und Praxen der Heilpraktiker berücksichtigt. Zu einem späteren Zeitpunkt wird angestrebt, auch die Bereiche

**Bruttowertschöpfung der Dienstleistungsunternehmen 1970 und 1985
(in Preisen von 1980)**

Wirtschaftsbereich	Anteil an den Dienstleistungsunternehmen insgesamt in %		Veränderung 1985 gegenüber 1970
	1970	1985	
Kreditinstitute	13,1	12,7	+ 66,7
Versicherungsunternehmen	4,9	4,6	+ 63,2
Wohnungsvermietung	26,5	27,0	+ 75,7
Sonstige Dienstleistungen	55,5	55,6	+ 72,3
Gastgewerbe, Heime	7,6	4,6	+ 3,9
Bildung, Wissenschaft, Kultur usw.			
Verlagsgewerbe	6,1	6,5	+ 81,1
Gesundheits- und Veterinärwesen	9,5	8,7	+ 56,3
Übrige Dienstleistungen	32,3	35,9	+ 91,3
Dienstleistungsunternehmen	100	100	+ 72,0

Datenverarbeitung, Werbung und Vermietung beweglicher Sachen (Leasing) einzubeziehen⁶⁾.

Die dargestellten Ansatzpunkte für Verbesserungen der Datenqualität der volkswirtschaftlichen Aggregate beziehen sich auf bereits bestehende Erhebungen. Ganz neue Perspektiven für die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen der Länder können sich aus der geplanten Dienstleistungsstatistik ergeben. Mit Hilfe dieser Statistik sollen Informationen über die sogenannten modernen Dienstleistungsunternehmen, wie Datenverarbeitung, Software-Entwicklung, Engineering, Leasing, Unternehmensberatung usw. gewonnen werden. Zur Zeit wird eine Testerhebung auf repräsentativer Basis zur Vorbereitung einer späteren laufenden Dienstleistungsstatistik durchgeführt. Für die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen der Länder ist es – wie eingangs bereits betont – wichtig, daß die Ergebnisse einer Dienstleistungsstatistik auch für die Bundesländer repräsentativ sind.

Strukturen und Tendenzen

Bei der Darstellung der Wirtschaftsleistung im Zeitverlauf ist es wichtig, daß der störende Einfluß von Preisveränderungen ausgeschaltet wird.

Anderenfalls wäre nicht festzustellen, inwieweit eine Entwicklung von einer Änderung der Preise oder von einer Änderung der realen Leistung bestimmt wird. Für eine Preisbereinigung müssen die nominellen Werte in eine Preis- und eine Mengenkomponekte zerlegt werden können. Dies ist jedoch bei einem großen Teil der Dienstleistungsbereiche, wie z. B. bei den Kreditinstituten und Versicherungsunternehmen, nicht möglich. In solchen Fällen muß mit Hilfskonstruktionen gearbeitet werden, auf die hier nicht näher eingegangen werden soll. Damit wird die Qualität der realen Werte nicht nur durch die schwache Datenbasis zur Ermittlung der nominellen Werte beeinflusst, sondern auch durch die Probleme der Deflationierung. Daher können die Ergebnisse bestenfalls Strukturen und Tendenzen sichtbar werden lassen.

Aufgrund des Unsicherheitspielraums werden die Ergebnisse nur in einer relativ groben Gliederung nachgewiesen. Für Nordrhein-Westfalen sind dies maximal sieben Bereiche. Damit ist es mit den Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen nur eingeschränkt möglich, die Struktur der sehr heterogenen Dienstleistungsunternehmen näher zu untersuchen. Vor allem der Bereich „Übrige Dienstleistungen“ bedürfte einer

6) Vgl. E. Sudfeldt, a.a.o., S. 627 ff.

stärkeren Differenzierung. Er erwirtschaftet in etwa ein Drittel der Wertschöpfung aller Dienstleistungsunternehmen. Die anderen Wirtschaftsbereiche der „Sonstigen Dienstleistungen“ haben eine erheblich geringere Bedeutung. Ihre Anteile an der Wertschöpfung der gesamten Dienstleistungsunternehmen liegen jeweils unter 10 %. Der zweite große Bereich ist die Wohnungsvermietung mit einem Anteil von 27 %. Durch ihre besondere Abgrenzung in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen bekommt sie ein Gewicht, das man im Zusammenhang der Wirtschaftsbereiche nicht ohne weiteres vermuten würde. Demgegenüber kommen die Kreditinstitute und Versicherungsunternehmen zusammen nur auf einen Anteil von ca. 18 %.

Vergleicht man die Anteile der Bereiche im Jahre 1970 mit denen des Jahres 1985, dann fällt auf, daß sich kaum Unterschiede ergeben haben. Bei den Kreditinstituten, den Versicherungsunternehmen und der Wohnungsvermietung sind die Anteile sogar fast konstant geblieben. Lediglich innerhalb der „Sonstigen Dienstleistungen“ zeigen die Zahlen signifikante Verschiebungen an. Hier hat das Gewicht der „Übrigen Dienstleistungen“ zugenommen, vor allem zu Lasten des Bereichs „Gastgewerbe, Heime“.

Nach den Ergebnissen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen verzeichneten die Dienstleistungsunternehmen ein relativ stetiges Wachstum. Ihre Störanfälligkeit gegenüber Konjunkturfällen war gering. Lediglich in den Rezessionen 1974/1975 und 1980/1982 ergaben sich leichte Wachstumsabschwächungen. Einen fast geradlinigen Verlauf hat die Wachstumskurve der Wohnungsvermietung genommen. Bei diesem Bereich wirken sich konjunkturelle

Einflüsse am wenigsten aus, weil bei dem Wohnungsbestand als Bestandsgröße und den Mietpreisen keine starken Ausschläge nach oben und unten möglich sind. Damit hat die Wertschöpfung dieses Bereichs eine stabilisierende Wirkung auf das Wachstum des Bruttoinlandsprodukts. Mit einem Anteil von fast 7 % an der Wirtschaftsleistung aller Wirtschaftsbereiche ist sie durchaus dazu in der Lage.

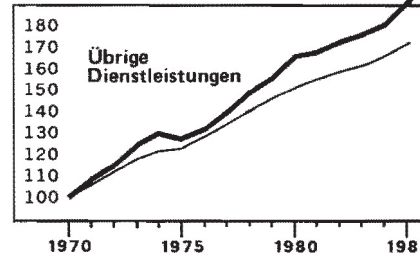
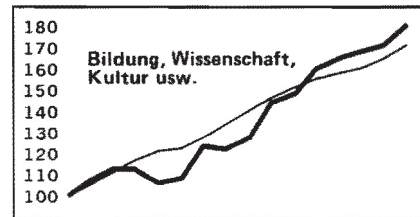
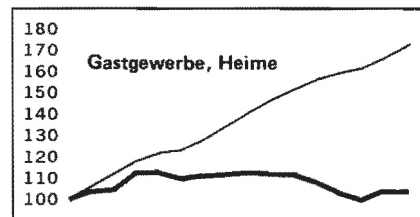
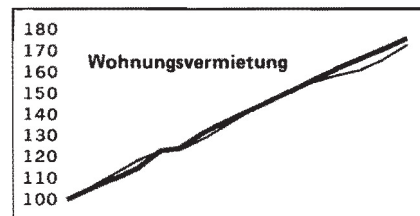
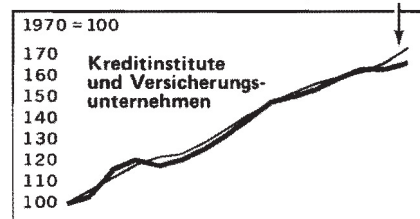
Das Wachstum des Gastgewerbes weicht besonders stark von demjenigen der Dienstleistungsunternehmen in ihrer Gesamtheit ab. Gegenüber dem Ausgangsniveau von 1970 ist die Wertschöpfung im Jahre 1985 nur um 4 % höher. Stärkeren Schwankungen sind darüber hinaus die Bereiche Bildung, Wissenschaft, Kultur usw. sowie Gesundheits- und Veterinärwesen unterworfen gewesen.

Das Wachstum des Gesamtbereichs der Dienstleistungsunternehmen wird maßgeblich von den „Übrigen Dienstleistungen“ bestimmt. Sie sind von der Größenordnung, aber auch von der wirtschaftlichen Expansion her der bedeutendste Bereich der Dienstleistungsunternehmen. Wie das Schaubild zeigt, entwickeln sich die Wachstumskurven der „Übrigen Dienstleistungen“ und der gesamten Dienstleistungsunternehmen scharf zueinander. Die Wertschöpfung der „Übrigen Dienstleistungen“ ist zwischen 1970 und 1985 um knapp 20 Prozentpunkte stärker gestiegen als die des Gesamtbereichs.

Bei einem Vergleich des Gesamtbereichs Dienstleistungsunternehmen mit den anderen zusammengefaßten Wirtschaftsbereichen zeigt sich, daß von den Dienstleistungsunternehmen die größte Dynamik ausgeht. Ihr Anteil an der Wertschöpfung aller Wirtschaftsbereiche (in Preisen von 1980) ist von 18,5 % im Jahre 1970 auf 25,7 % im Jahre 1987 gestiegen. Dagegen hat sich die Bedeutung des Produzierenden Gewerbes erheblich vermindert. Es ist zwar immer noch

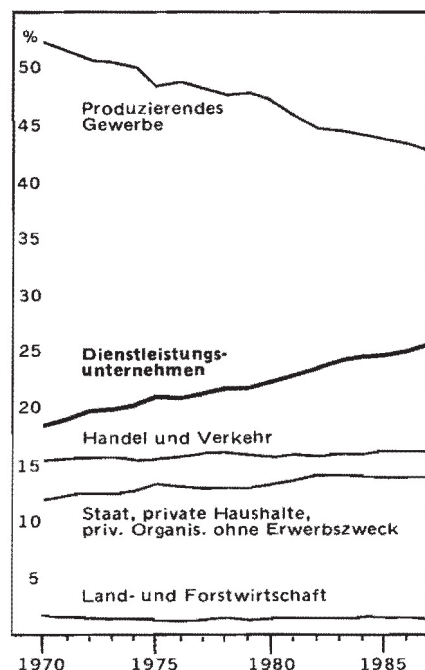
Bruttowertschöpfung der Dienstleistungsbereiche (in Preisen von 1980)

Zum Vergleich sind jeweils die Dienstleistungsunternehmen dargestellt (dünne Linie)



der dominierende Wirtschaftsbereich, jedoch sank sein Anteil von über 50 % im Jahre 1970 auf jetzt knapp 43 %. Wie das Schaubild zeigt, nähern sich die Kurven der beiden Wirtschaftsbereiche tendenziell einander an.

Anteil der Wirtschaftsbereiche an der Bruttowertschöpfung insgesamt
(in Preisen von 1980)



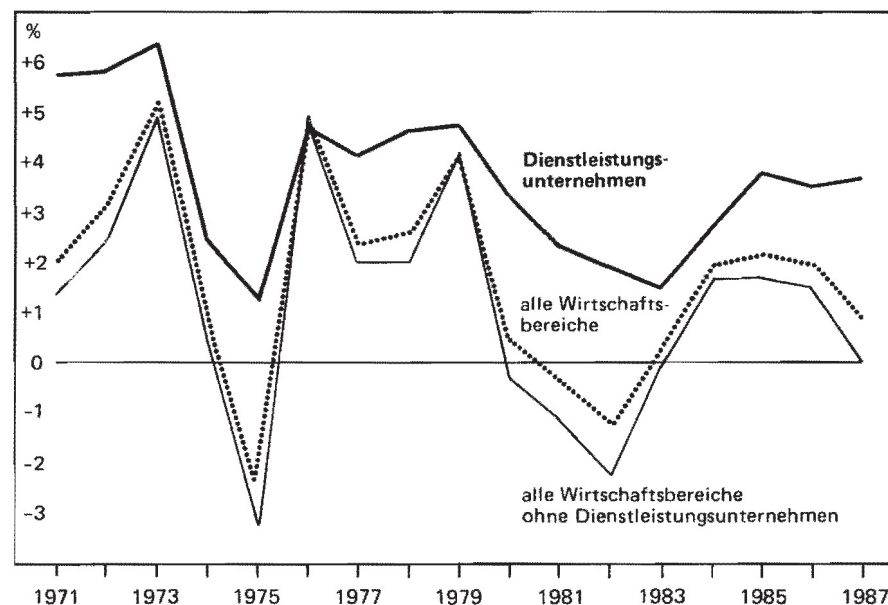
Demgegenüber haben sich die Gewichte der übrigen Wirtschaftsbereiche seit 1970 nicht oder nur unwesentlich verändert. Der Anteil der Land- und Forstwirtschaft verharrte zwischen 1 % und 2 %. Der Bereich Handel und Verkehr konnte seinen Anteil bis 1987 nur um 0,7 Prozentpunkte steigern. Ebenso ist bei den öffentlichen Dienstleistungen keine stetige Aufwärtsentwicklung zu erkennen. Nachdem sich ihr Anteil bis zum Anfang der 80er Jahre um zwei Prozentpunkte erhöht hatte, blieb er in den folgenden Jahren unverändert. Die allgemein formulierte These, daß wir uns auf dem Weg in die Dienstleistungsgesellschaft befinden, wird

durch die dargestellten Ergebnisse relativiert. Sie machen deutlich, daß – bezogen auf das Untersuchungsmerkmal Bruttowertschöpfung – die Dienstleistungsbereiche Handel und Verkehr sowie Staat, private Haushalte und private Organisationen ohne Erwerbszweck für die Strukturverlagerungen zwischen dem sekundären und dem tertiären Sektor kaum eine Rolle spielen. Die Strukturverlagerungen sind in erster Linie auf die Impulse durch die Dienstleistungsunternehmen und hier speziell – wie gezeigt wurde – auf die Wachstumskraft der „Übrigen Dienstleistungen“ zurückzuführen.

Die Bedeutungszunahme der Dienstleistungsunternehmen hatte erhebliche Auswirkungen auf das Wirtschaftswachstum. Sie führte zu deutlich höheren Wachstumsraten, als es der Fall gewesen wäre, wenn sich die

Dienstleistungsunternehmen in gleichem Maße wie die anderen Wirtschaftsbereiche entwickelt hätten. Das Ausmaß ist im Schaubild an der Differenz zwischen den Veränderungsraten der Wertschöpfung aller Wirtschaftsbereiche und den Veränderungsraten für die Wirtschaftsbereiche ohne die Dienstleistungsunternehmen zu erkennen. In den Jahren 1980 und 1983 wäre das Wirtschaftswachstum ohne die überdurchschnittliche Entwicklung der Dienstleistungsunternehmen sogar negativ gewesen; 1987 hätte sich eine Veränderungsrate der Wirtschaftsleistung von 0 % anstatt von tatsächlich 0,9 % ergeben. Im Durchschnitt der Jahre seit 1970 war das Wirtschaftswachstum um 0,6 Prozentpunkte höher, als es gewesen wäre, wenn die Dienstleistungsunternehmen genauso stark wie die übrigen Bereiche gewachsen wären.

Entwicklung der Bruttowertschöpfung (in Preisen von 1980)
Veränderung jeweils gegenüber dem Vorjahr



Es fällt auf, daß die Abstände der Veränderungsraten für die Wertschöpfung der Gesamtwirtschaft mit und ohne die Dienstleistungsunternehmen in den Rezessionsjahren höher waren als in den Jahren der Hochkonjunktur. Dies hängt mit der relativ geringen Konjunkturreagibilität der Dienstleistungsunternehmen zusammen. Auf der einen Seite konnte die auch in den Rezessionsjahren günstige Entwicklung der Dienstleistungsunternehmen die konjunkturelle Talfahrt merklich mildern. Andererseits waren in der Hochkonjunktur die Entwicklungsausschläge der Dienstleistungsunternehmen nicht so ausgeprägt, daß sie in der Lage gewesen wären, den Aufschwung noch erheblich zu verstärken. Dies gilt jedoch nur bis zum Wirtschaftsboom des Jahres 1979.

In den letzten Jahren des gemäßigten Aufschwungs haben die Dienstleistungsunternehmen wieder starken Einfluß auf die Entwicklung der gesamtwirtschaftlichen Leistung genommen und wurden sogar zum Motor des Wachstums.

Verantwortlich für die Konjunkturausschläge der Gesamtwirtschaft ist vor allem das Warenproduzierende Gewerbe. Dies geht aus der Tabelle her-

Beitrag der Wirtschaftsbereiche zur absoluten Veränderung der Bruttowertschöpfung gegenüber dem Vorjahr (in Preisen von 1980) in Mrd. DM					
Jahr	Dienstleistungsunternehmen	Prod. Gewerbe (einschl. Land- und Forstwirtschaft)	Handel und Verkehr	Staat, private Haushalte und private Organisationen ohne Erwerbszweck	Alle Bereiche
1971	+3,3	+0,6	+0,9	+1,9	+ 6,7
1972	+3,5	+2,6	+1,8	+1,8	+ 9,7
1973	+4,1	+8,2	+2,9	+1,8	+17,0
1974	+1,7	-0,2	-0,3	+1,8	+ 3,0
1975	+0,9	-9,3	-1,0	+1,2	- 8,2
1976	+3,4	+9,2	+3,2	+0,7	+16,5
1977	+3,1	+2,4	+2,4	+0,7	+ 8,6
1978	+3,6	+2,3	+1,7	+1,7	+ 9,3
1979	+3,8	+7,8	+2,4	+1,7	+15,7
1980	+2,8	-1,8	-0,8	+1,8	+ 2,0
1981	+2,0	-5,7	+1,0	+1,2	- 1,5
1982	+1,7	-5,7	-1,7	+0,6	- 5,1
1983	+1,4	-1,1	+0,7	+0,1	+ 1,1
1984	+2,5	+3,0	+1,4	+0,6	+ 7,5
1985	+3,6	+2,3	+1,7	+1,2	+ 8,8
1986	+3,4	+1,9	+1,5	+1,2	+ 8,0
1987	+3,8	-1,8	+0,9	+0,9	+ 3,8

vor, in der die Beiträge der Wirtschaftsbereiche zur absoluten Veränderung der Bruttowertschöpfung der Gesamtwirtschaft dargestellt sind. Dementsprechend waren die Beiträge des Produzierenden Gewerbes in den Hochkonjunkturjahren 1973, 1976 und 1979 im Zeitverlauf wie auch im Vergleich mit den anderen Wirtschaftsbereichen am größten und in den Rezessionsjahren 1975 und 1981/1982 stark negativ. Von den Dienstleistungsbereichen reagierte der Bereich Handel und Verkehr am stärksten auf Kon-

junktüreinflüsse, wenn auch nicht in dem Umfang wie das Produzierende Gewerbe. Bei den Dienstleistungsunternehmen waren die Beiträge dagegen in allen Jahren positiv und wiesen erwartungsgemäß nur eine relativ geringe Schwankungsbreite auf. Es zeigt sich, daß – mit Ausnahme der Hochkonjunkturphasen – die Dienstleistungsunternehmen in den meisten Jahren den Hauptteil zum gesamtwirtschaftlichen Wachstum beitrugen. ■

Investitionen im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe 1987

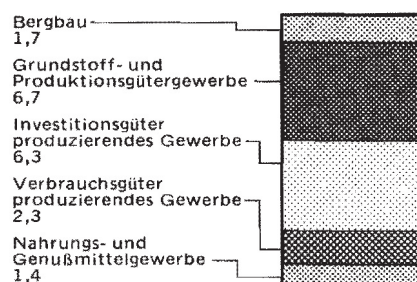
Je Beschäftigten investierten die Betriebe des nordrhein-westfälischen Verarbeitenden Gewerbes (einschl. Bergbau) im Jahre 1987 9 451 DM. Die Investitionen insgesamt beliefen sich auf 18,5 Milliarden DM. Ihr Verhältnis zum im gleichen Jahr erzielten Umsatz (ohne Umsatzsteuer) betrug 4,6 %.

Die Betriebe der Chemiebranche investierten am stärksten. Im Jahr 1987 betrugen ihre Investitionen gut 3,2 Mrd. DM (1986: knapp 2,8 Mrd. DM), was einem Anteil von 17,5 % am Gesamtinvestitionsvolumen des Bergbaus und Verarbeitenden Gewerbes entspricht; bezogen auf den Jahresumsatz 1987 ergab sich eine Investitionsquote von 5,2 %.

Mit einer Investitionssumme von jeweils rd. 1,7 Mrd. DM standen in der Rangordnung der größten Investoren der Maschinenbau und der Bergbau auf dem zweiten und dritten Platz, gefolgt von der eisen-schaffenden Industrie (rd. 1,4 Mrd. DM),

Investitionen 1987

in Mrd. DM



dem Ernährungsgewerbe (gut 1,3 Mrd. DM), der Elektrotechnik (gut 1,2 Mrd. DM) und dem Straßenfahrzeugbau (rd. 1,2 Mrd. DM).

Die genannten sieben Wirtschaftszweige, deren Investitionen die Milliardengrenze überschritten, vereinigten fast zwei Drittel (63,4 %) des gesamten Investitionsvolumens des nordrhein-westfälischen Verarbeitenden Gewerbes (einschl. Bergbau) auf sich.

Mehr als vier Fünftel (83,5 %) der Gesamtinvestitionen entfielen auf Maschinen und maschinelle Anlagen sowie Betriebs- und Geschäftsausstattungen, 14,7 % auf Bauten und bebaute Grundstücke und 1,8 % auf unbebaute Grundstücke.

Abgrenzung von Regionen nach wirtschaftlichen und sozialen Merkmalen

Bei regionalstatistischen Auswertungen werden häufig einander ähnliche regionale Einheiten zu Regionen – d. h. Gruppen räumlich zusammenhängender Einheiten – zusammengefaßt. So werden bei der gemeinsamen regionalen Wirtschaftsförderung der Regierungen des Bundes und der Länder¹⁾ Arbeitsmarktregionen gebildet, die sich aus benachbarten Gemeinden zusammensetzen. Die Gemeinden werden hier gegenüber den Kreisen als regionale Einheiten bevorzugt, weil manche Kreise in sich sehr heterogen sind und daher auf verschiedene Regionen aufgeteilt werden sollten. Der Grad der Ähnlichkeit wird bei der Bildung der Arbeitsmarktregionen an mehreren Merkmalen gemessen. Dabei wird angestrebt, daß sich die Merkmalsausprägungen von Gemeinde zu Gemeinde innerhalb der Regionen so wenig und zwischen den Regionen so viel wie möglich unterscheiden.

Allgemein sind bei der Zusammenfassung von Gemeinden zu Regionen zwei Fragen zu beantworten:

1. Welchen Regionen sollen die einzelnen Gemeinden zugeordnet werden, d. h. wo sollen die Grenzen zwischen den Regionen verlaufen?
2. Welche Merkmale sollen zur Abgrenzung der Regionen herangezogen werden, so daß die o. a. Forderung nach minimalen Unterschieden innerhalb und maximalen Unterschieden zwischen den Regionen am besten erfüllt wird?

Das Problem besteht darin, daß für die Bestimmung der in diesem Sinne besten Merkmale – d. h. für die Beantwortung der zweiten Frage – das Ergebnis derjenigen regionalen Abgrenzung – d. h. die Antwort auf die erste Frage – bekannt sein muß, die

sich aus den ausgewählten besten Merkmalen erst danach ergibt. Für die Beantwortung der zweiten Frage muß also die erste Frage, für die Beantwortung der ersten Frage muß die zweite Frage bereits beantwortet sein. Das Problem enthält damit zwei voneinander abhängige Unbekannte. Die Lösung liegt in einem verhältnismäßig aufwendigen iterativen Verfahren, nach dem die Merkmalsauswahl und die Bildung von Regionen schrittweise so lange verbessert werden, bis die für einen Rechenschritt vorgegebenen Merkmale und Regionen mit den aus der jeweils letzten regionalen Abgrenzung bzw. Merkmalsauswahl als beste resultierenden Merkmalen und Regionen übereinstimmen. Zur Anwendung dieses Verfahrens auf große Datenmengen wurde im Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalen ein durch Elemente des Programmpakets SAS²⁾ ergänztes ADV-Programm erstellt, das auf Modellen der Clusteranalyse und der Diskriminanzanalyse beruht. Die Methode wurde detailliert im Heft 6/1988 der Statistischen Rundschau Nordrhein-Westfalen dokumentiert³⁾. Im Heft 11/1988 dieser Zeitschrift wurden Ergebnisse umfangreicher Berechnungen dargestellt und interpretiert⁴⁾. Dabei wurde bei der Zusammenfassung der Gemeinden zu Gruppen ausschließlich die Ähnlichkeit und nicht die regionale Lage der Gemeinden beachtet. Die jeweils einer Gemeindegruppe zugeordneten Gemeinden brauchten also nicht benachbart zu sein; d. h. sie brauchten keine Region zu bilden. Die folgenden Ausführungen behandeln dagegen den Fall, daß als Nebenbedingung die regionale Lage der Gemeinden

berücksichtigt wird. Vor jeder Zusammenfassung muß geprüft werden, ob die zu klassifizierende Gemeinde mit einer bereits klassifizierten Gemeinde eine gemeinsame Grenze hat. Die zu klassifizierende Gemeinde wird nur dann einer Region angegliedert, wenn sie mindestens eine Gemeinde dieser Region berührt. Die Besonderheit dieses Verfahrens gegenüber den üblichen clusteranalytischen Verfahren besteht darin, daß die einzelnen klassifizierten Gemeinden nicht in ihren Regionen aufgehen dürfen, sondern bei jedem Zusammenfassungsschritt mit ihren individuellen Merkmalsausprägungen im Datenbestand erhalten bleiben müssen. Über die Klassifizierung der Gemeinden zu Regionen wurde bereits im Heft 12/1987 dieser Zeitschrift berichtet; allerdings wurde die Ähnlichkeit der Gemeinden dort nur nach drei willkürlich festgelegten Merkmalen gemessen⁵⁾. Im folgenden wird die Bildung von Regionen nach denjenigen 10 von insgesamt 65 wirtschaftlichen und sozialen Merkmalen dargestellt, die zu diesem Zweck im definierten Sinne am besten geeignet sind. Die Anzahl 10 hat sich in den bisherigen Untersuchungen als praktikabler Kompromiß zwischen den beiden sich widersprechenden Zielen erwiesen, einerseits die Ähnlichkeit bzw. Unterschiede von Gemeinde zu Gemeinde und von Region zu Region umfassend und ausgewogen nach allen relevanten Aspekten zu messen – d. h. sehr viele Klassifikationsmerkmale zu verwenden –, andererseits die Anzahl der Merkmale zu reduzieren, um die Ergebnisse für die Interpretation übersichtlich zu halten. Die Ausgangsdaten der Untersuchung – Werte der 65 (quantitativen) Merkmale für jede der 396 Gemeinden des Landes Nordrhein-Westfalen – beziehen sich auf die Jahre 1983 bis 1987. Die Bezeichnungen der 65

1) Vgl. Gesetz über die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ vom 6. Oktober 1969 (Bundesgesetzblatt Teil 1 S. 1861).

2) Vgl. SAS-Institute Inc.: SAS User's Guide-Statistics, Version 5 Edition, Cary (North Carolina) 1985, S. 155 ff.

3) Vgl. Wolfgang Gerß: Statistische Kriterien zur Klassifizierung von Gemeinden. Statistische Rundschau Nordrhein-Westfalen, Heft 6/1988, S. 351 ff.

4) Vgl. Wolfgang Gerß: Die wichtigsten Unterschiede zwischen Gruppen nordrhein-westfälischer Gemeinden. Statistische Rundschau Nordrhein-Westfalen, Heft 11/1988, S. 655 ff.

5) Vgl. Wolfgang Gerß: Klassifizierung von Gemeinden nach Aggregaten der Sozialproduktsberechnung. Statistische Rundschau für das Land Nordrhein-Westfalen, Heft 12/1987, S. 793 ff.

Merkmale mit ihren Maßeinheiten sowie die Quellenangaben sind aus Heft 11/1987 dieser Zeitschrift zu entnehmen⁶⁾; die Berichtsjahre wurden demgegenüber so weit wie möglich aktualisiert.

Für die Gruppierung der Gemeinden zu Regionen nach den 10 am besten geeigneten Merkmalen ist entweder die Anzahl der Regionen, auf die die Gesamtheit der Gemeinden aufgeteilt werden soll, oder der minimale Unterschied zwischen den Regionen – bzw. der maximale Unterschied innerhalb der Regionen – vorzugeben. Aus der Vorgabe einer bestimmten Anzahl der Regionen folgt zwangsläufig ein bestimmter minimaler Unterschied zwischen den Regionen und damit ein bestimmter Mindestwert der regionalen Kontraste. Andererseits ist mit der Vorgabe eines bestimmten minimalen Unterschieds festgelegt, wie viele Regionen höchstens gebildet werden dürfen. Die folgenden Ausführungen behandeln die Fälle der Aufteilung der 396 Gemeinden auf 10, 20, 30 usw. bis zu 100 Regionen; für jeden dieser Fälle wird der minimale Unterschied zwischen den Regionen gemessen. Die Unterschiede zwischen Gemeinden bzw. Regionen können nur dann als „groß“ oder „klein“ beurteilt werden, wenn es einen theoretischen Mindest- und einen theoretischen Höchstwert des Unterschieds gibt, denen sich die beobachteten Werte mehr oder weniger weit annähern. Ein solches Maß steht mit der Mahalanobis-Distanz zur Verfügung, die mindestens Null und höchstens das Doppelte der Anzahl der zu klassifizierenden Einheiten – im vorliegenden Fall also höchstens die doppelte Gesamtzahl der nordrhein-west-

fälischen Gemeinden – beträgt⁷⁾. Den folgenden Berechnungen liegen daher Mahalanobis-Distanzen zugrunde, und zwar werden die Unterschiede zwischen den Regionen in Anteilen des theoretisch maximal möglichen Unterschieds ausgedrückt.

Von den 65 untersuchten Merkmalen erweisen sich nur wenige als zur Abgrenzung von Regionen am besten geeignet. Die zu diesem Zweck optimalen zehn Merkmale sind zudem bei allen betrachteten Gemeindegruppierungen – zu 10, 20 usw. bis zu 100 Regionen – weitestgehend identisch; nur ihre Reihenfolge innerhalb der Gruppe der zehn jeweils führenden Merkmale variiert. Die Bedeutung eines Merkmals für die Abgrenzung der Regionen drückt sich quantitativ in seinem durch die Diskriminanzanalyse ermittelten Gewicht aus. Dieses Gewicht wird als Absolutbetrag des gewogenen Mittelwertes der „standardisierten kanonischen Koeffizienten“ berechnet⁸⁾. Die Übersicht auf Seite 32 gibt für jedes der in irgendeiner betrachteten Gemeindegruppierung zu den zehn bestgeeigneten gehörenden Merkmale und für jede Gruppierung – bezeichnet durch die Anzahl der jeweils gebildeten Regionen – das Gewicht an. Die Gewichte sind in der Weise normiert, daß das Gewicht des für eine bestimmte Gemeindegruppierung wichtigsten Merkmals gleich 1 und die Gewichte der anderen neun Merkmale in Beziehung zu dem des wichtigsten Merkmals gesetzt sind. Die normierten Gewichte betragen danach mehr als Null und höchstens 1. Sie geben die relative Bedeutung jedes Merkmals vergleichbar für verschiedene Gruppierungen an. Neben den Gewichten für die einzelnen Gruppierungen sind auch die Durchschnittsgewichte über sämtliche betrachteten Gruppierungen – ebenfalls nachträglich normiert – aufgeführt.

Das im Durchschnitt aller Gemeindegruppierungen zur Abgrenzung von Regionen bestgeeignete Merkmal sind die Zuzüge je 1 000 Einwohner. Dieses Merkmal variiert von Gemeinde zu Gemeinde besonders stark; es erreicht in Unna mit 262,7 seinen Höchstwert und in Ahlen mit 22,8 seinen kleinsten Wert. Das zweitwichtigste Merkmal sind die Fortzüge je 1 000 Einwohner mit Extremwerten von 249,2 in Unna und 22,8 in Solingen. Die Sonderstellung von Unna bei der Bevölkerungsbewegung ist mit der dortigen „Landesstelle für die Aufnahme und Weiterleitung von Ausländern, Zuwanderern und ausländischen Flüchtlingen in Nordrhein-Westfalen“ leicht zu erklären. Das drittwichtigste Merkmal ist der Anteil der Beschäftigten im Verarbeitenden Gewerbe und Baugewerbe, der zwischen 72,4 % in Plettenberg und 6,9 % in Nörvenich liegt. Als viertwichtigstes Merkmal erweist sich der Anteil der Beschäftigten in der Land- und Forstwirtschaft. Der größte Wert wird hier mit 39,0 % in Marienmünster, der kleinste Wert mit 0,2 % in Köln, Düsseldorf, Duisburg und Herne erreicht. Das fünftwichtigste Merkmal ist der Anteil der Beschäftigten in Organisationen ohne Erwerbszweck/privaten Haushalten/Gebietskörperschaften/ Sozialversicherung. Der höchste Wert fällt in der von Militäreinrichtungen geprägten Gemeinde Augustdorf (63,7 %), der niedrigste Wert in Borg- holzhausen (4,5 %) an. Das sechswichtigste Merkmal ist der Anteil der Beschäftigten in Energie-/Wasserversorgung/Bergbau. Hier steht die Steinkohlengemeinde Aldenhoven mit 68,3 % an der Spitze, während 126 Gemeinden in diesem Wirtschaftsbereich keine Beschäftigten haben. Das siebtwichtigste Merkmal ist die prozentuale Veränderung der Einwohnerzahl gegenüber dem Vorjahr. Die Veränderung ist mit +2,8 % in Nottuln am stärksten positiv und mit -1,7 % in Ladbergen am stärksten negativ. Als achtwichtigstes Merkmal erweist sich der Anteil der Beschäftigten in Kredit-

6) Vgl. Wolfgang Gerß: Ein Modell zur Zusammenfassung verschiedener wirtschaftlicher und sozialer Daten für Gemeinden. Statistische Rundschau für das Land Nordrhein-Westfalen, Heft 11/1987, S. 729 ff.

7) Vgl. Hans Hermann Bock: Automatische Klassifikation – Theoretische und praktische Methoden zur Gruppierung und Strukturierung von Daten. Göttingen 1974, S. 40 ff.

8) Vgl. Statistische Rundschau Nordrhein-Westfalen, Heft 6/1988, S. 352.

instituten / Versicherungsgewerbe / Dienstleistungsunternehmen/ freien Berufen mit Extremwerten von 44,8 % in Nettersheim und 5,2 % in Aldenhoven. Das neuntwichtigste Merkmal ist der Anteil der Beschäftigten in Handel/ Verkehr / Nachrichtenübermittlung, der zwischen 31,7 % in Altenbeken und 5,0 % in Bedburg-Hau liegt. Im Durchschnitt aller Gemeindegruppierungen ist der CDU-Anteil bei der Bundestagswahl das zehntwichtigste, der SPD-Anteil das elftwichtigste Merkmal. Von diesen beiden Merkmalen gehört bei den betrachteten Gruppierungen jeweils eins zu den zehn zur Abgrenzung der Regionen bestgeeigneten Merkmalen. Die beiden Merkmale sind eigentlich nur zwei verschiedene, aber gleichwertige Maßstäbe zur Erfassung desselben Tatbestands, der politischen Präferenz. Dies zeigt sich an den Extremwerten, die für beide Merkmale einerseits in Waldfeucht mit dem maximalen CDU-Anteil (73,9 %) und dem minimalen SPD-Anteil (14,2 %) und andererseits in Bergkamen mit dem minimalen CDU-Anteil (25,6 %) und dem maximalen SPD-Anteil (64,8 %) erreicht werden.

Bei den zehn betrachteten Gemeindegruppierungen sind die Zuzüge je 1 000 Einwohner in sieben und der Anteil der Beschäftigten im Verarbeitenden Gewerbe und Baugewerbe in den restlichen drei Fällen das zur Abgrenzung der Regionen wichtigste Merkmal. Die Reihenfolge der elf genannten Merkmale nach ihrer Wichtigkeit variiert bei den einzelnen Gruppierungen nur wenig. Die Spearman'schen Rangkorrelationskoeffizienten, die den Grad der Übereinstimmung von jeweils zwei Gemeindegruppierungen in der Reihenfolge der Merkmale messen, haben die folgenden Werte (in Klammern steht jeweils die Anzahl der Regionen, zu denen die 396 Gemeinden bei der ersten/zweiten verglichenen Gruppierung gruppiert werden): +0,8727 (10/20); +0,9636 (20/30); +1 (30/40); +0,9909 (40/50); +0,9364 (50/60); +0,9455 (60/

70); +0,9727 (70/80); +0,9818 (80/90); +0,9455 (90/100). Bei der fortlaufenden Zusammenfassung der Gemeinden zu Regionen im Zuge des agglomerativen clusteranalytischen Prozesses treten dementsprechend in den Anteilen, die die einzelnen Merkmale zur Erklärung der Unterschiede zwischen den Regionen liefern, nur geringfügige Änderungen auf.

Das clusteranalytische Verfahren geht davon aus, daß zunächst jede Gemeinde als eine spezielle Region aufgefaßt wird, d. h. daß 396 Regionen gebildet werden. In den folgenden Verfahrensschritten werden dann sukzessive jeweils diejenigen Gemeinden – bzw. Gruppen von Gemeinden – zu einer Region zusammengefaßt, die sich in den ausgewählten Merkmalen am wenigsten unterscheiden, d. h. zwischen denen die Mahalanobis-Distanz am kleinsten ist. Da somit in jedem Verfahrensschritt die bis dahin zwischen zwei Regionen liegende kleinste Distanz innerhalb einer Region verschwindet, nimmt der minimale Unterschied zwischen den verbleibenden Regionen von Schritt zu Schritt zu. Die kleinste Mahalanobis-Distanz zwischen zwei der gebildeten Regionen wächst also kontinuierlich mit der Abnahme der Anzahl der Regionen. Das bedeutet, daß die Kontraste zwischen den Regionen sich tendenziell weiter verstärken. Für die betrachteten Gemeindegruppierungen betragen die in Promille des theoretischen Maximalwertes ausgedrückten kleinsten Mahalanobis-Distanzen (in Klammern steht die Anzahl der jeweils gebildeten Regionen) : 17,7 (100); 19,0 (90); 20,4 (80); 22,3 (70); 23,3 (60); 25,3 (50); 27,0 (40); 29,5 (30); 33,7 (20); 42,9 (10). Bei der Entscheidung für eine bestimmte Gemeindegruppierung ist entweder die Anzahl der Regionen oder die minimale Distanz zwischen ihnen vorzugeben. Wenn z. B. 50 Regionen gebildet werden sollen, so ist

als minimaler regionaler Kontrast nur etwa ein Vierzigstel seines Maximalwertes zu erreichen. Wenn die regionalen Kontraste mindestens ein Dreißigstel ihres Maximalwertes erreichen sollen, dürfen höchstens 20 Regionen gebildet werden. Bei allen betrachteten Gruppierungen erscheinen die minimalen Distanzen im Vergleich zu dem Maximalwert sehr gering. Dabei ist aber zu beachten, daß der theoretische Maximalwert auch ohne jede Zusammenfassung von Gemeinden bei weitem nicht erreicht wird. Bei der Bildung von 396 Regionen beträgt die größte Mahalanobis-Distanz zwischen zwei Gemeinden – es handelt sich um Leverkusen und Winterberg – nur 55,6 % des theoretischen Maximums.

Alle betrachteten Gemeindegruppierungen enthalten viele Regionen, die nur aus je einer Gemeinde bestehen, und eine Region, die sehr viele Gemeinden umfaßt. Das bedeutet, daß sich neben meist kleineren Gruppen von Gemeinden auch einzelne Gemeinden als inselartige Regionen von der sich fast über das ganze Land erstreckenden homogenen Mehrheit der Gemeinden abheben. Die folgende Aufstellung enthält für jede Gemeindegruppierung – gekennzeichnet durch die Anzahl der gebildeten Regionen – die Anzahl der Gemeinden, die zu den kleinsten – jeweils nur eine oder zwei Gemeinden umfassenden – Regionen gehören, und die Anzahl der Gemeinden, die der größten Region zugeordnet sind:

Anzahl der Regionen	Anzahl der Gemeinden ...		
	in Regionen aus 1 Gemeinde	in Regionen aus 2 Gemeinden	in der größten Region
100	71	34	239
90	64	32	256
80	56	26	276
70	50	20	289
60	43	18	307
50	34	20	324
40	28	16	343
30	22	8	357
20	14	8	371
10	9	0	387

Mit der fortlaufenden Agglomeration zu weniger (im Durchschnitt) größeren Regionen nimmt also die Anzahl der zu den kleinsten Regionen gehörenden Gemeinden kontinuierlich ab, während die Anzahl der in der größten Region zusammengefaßten Gemeinden zunimmt. Dagegen bleibt der Anteil der Kleinstregionen an der Gesamtzahl der jeweils gebildeten Regionen ungefähr gleich, oder es folgt keinem eindeutig erkennbaren Trend. Die ersten neun Gruppierungen – zu 100 bis zu 20 Regionen – bestehen zu 68 bis 73 % aus Regionen mit je einer einzigen Gemeinde und zu 13 bis 20 % aus Regionen mit je zwei Gemeinden. Nur die zehnte Gruppierung – zu 10 Regionen – fällt mit 9 Regionen aus je einer Gemeinde und keiner Region aus zwei Gemeinden aus dem Rahmen. Für die wirtschafts- und sozialgeographische Interpretation sind die Regionen mittlerer Größe ergiebiger als die extrem kleinen oder großen Regionen. Die folgenden Ausführungen gehen daher nur auf die mittleren Regionen – mit mindestens drei Gemeinden – näher ein. Dabei fällt auf, daß die meisten Regionen sich in den aufeinanderfolgenden Gemeindegruppierungen – zu 100, 90 usw. bis zu 10 Regionen – in gleicher oder ähnlicher Abgrenzung wiederholen bzw. erkennbar systematisch fortentwickeln. Das ist nicht selbstverständlich, weil das verwendete Klassifikationsverfahren nicht hierarchisch ist; eine bestimmte Gruppierung wird also nicht durch bloße Zusammenfassung vollständiger Regionen der nächstniedrigeren Agglomerationsstufe ermittelt. Vielmehr erfolgt die Zuordnung der Gemeinden zu Regionen bei den verschiedenen Gruppierungen unabhängig voneinander.

Bei der Aufteilung der 396 Gemeinden auf 100 Regionen ergeben sich 3 Regionen aus je 3 Gemeinden, 4 Regionen aus je 4 Gemeinden, 3 Regionen

aus je 5 Gemeinden und eine Region aus 12 Gemeinden. Diese Regionen sind:

- 1) Kamp-Lintfort/Moers/Neukirchen-Vluyn
- 2) Blankenheim/Dahlem/Hellenthal
- 3) Barntrup/Dörentrop/Extertal
- 4) Bonn/St. Augustin/Siegburg/Wachtberg
- 5) Dülmen/Lüdinghausen/Olfen/Haltern
- 6) Rödinghausen/Preußisch Oldendorf/Rahden/Stemwede
- 7) Ahlen/Hamm/Kamen/Lünen
- 8) Jülich/Linnich/Gangelt/Geilenkirchen/Heinsberg
- 9) Ascheberg/Nordkirchen/Senden/Drensteinfurt/Sendenhorst
- 10) Borgentreich/Willebadessen/Borchen/Lichtenau/Wünnenberg
- 11) Monschau/Simmerath/Düren/Heimbach/Hürtgenwald/Merzenich/Nideggen/Bad Münstereifel/Mechernich/Schleiden/Zülpich/Rheinbach

Die Zusammenfassung der Gemeinden zu 90 Regionen führt dazu, daß die Regionen 1, 2, 3, 4, 6, 7, 8 und 10 unverändert gebildet werden; außerdem wird die Region 11 um die Gemeinde Kreuzau erweitert:

- 11a) Region 11 zuzüglich Kreuzau

Auch bei der Bildung von 80 Regionen bleiben die Regionen 1, 2, 3, 4, 6, 7, 8 und 10 unverändert; zusätzlich erscheinen zwei weitere Regionen:

- 12) Kerken/Rheurdt/Straelen
- 13) Hallenberg/Medebach/Schmalenberg/Winterberg

Die Bildung von 70 Regionen führt neben den unveränderten Regionen 1, 3, 4, 7, 10 und 12 zu zwei geänderten und einer zusätzlichen Region:

- 6a) Region 6 zuzüglich Hille/Hüllhorst/Lübbecke/Petershagen
- 8a) Region 8 abzüglich Gangelt/Heinsberg
- 14) Lotte/Mettingen/Recke/Westerkappeln

Die Zusammenfassung der Gemeinden zu 60 Regionen ergibt neben den unveränderten Regionen 1, 3, 7, 10, 12 und 14 eine Erweiterung der Region 4:

- 4a) Region 4 zuzüglich Bad Honnef/Königswinter

Bei der Bildung von 50 Regionen ergeben sich die unveränderten Regionen 1, 12 und 13 sowie Änderungen in zwei Regionen:

- 4b) Region 4a abzüglich Königswinter
- 14a) Region 14 abzüglich Lotte/Westerkappeln und zuzüglich Hopsten

Die Bildung von 40 Regionen führt neben den unveränderten Regionen 1 und 12 zu einer zusätzlichen Region:

- 15) Dinslaken/Hünxe/Voerde

Wenn 30 Regionen gebildet werden, bleiben die Regionen 1, 12 und 15 unverändert. Die Bildung von 20 Regionen führt zu der unveränderten Region 1. Die Zusammenfassung der Gemeinden zu 10 Regionen erbringt keine Regionen „mittlerer“ Größe im oben definierten Sinne.

Die Regionen können mit den Merkmalswerten beschrieben werden, die die zu ihnen gehörenden Gemeinden im Durchschnitt erreichen. Im folgenden werden von den zur Abgrenzung der Regionen wichtigsten Merkmalen diejenigen herausgegriffen, nach denen die einzelnen Regionen besonders stark von den Durchschnittswerten sämtlicher nordrhein-westfälischer Gemeinden nach oben oder unten abweichen. Die Region 1 weist von allen hier näher untersuchten Regionen den höchsten SPD-Anteil bei der Bundestagswahl und den bei weitem höchsten Anteil der Beschäftigten in Energie-/Wasserversorgung/Bergbau auf. Der CDU-Anteil bei der

Bundestagswahl ist dagegen sehr niedrig. Gering sind auch die Anteile der Beschäftigten im Verarbeitenden Gewerbe und Baugewerbe sowie in Organisationen ohne Erwerbszweck/privaten Haushalten/Gebietskörperschaften/Sozialversicherung. In der Region 2 erreicht die CDU einen sehr hohen und die SPD einen sehr niedrigen Stimmenanteil. Die Beschäftigtenanteile in Handel/Verkehr/Nachrichtenübermittlung und in den nichterwerbswirtschaftlichen Institutionen sind niedrig, während der Anteil der Land- und Forstwirtschaft sehr hoch ist. In der Region 3 ist der Beschäftigtenanteil der Land- und Forstwirtschaft und des Verarbeitenden Gewerbes und Baugewerbes weit über, der der nichterwerbswirtschaftlichen Institutionen weit unter dem Landesdurchschnitt. Die Veränderung der Einwohnerzahl gegenüber dem Vorjahr ist hier im Vergleich zu den anderen näher untersuchten Regionen am stärksten negativ. Die auffälligsten Kennzeichen der Regionen 4, 4a und 4b sind ein extrem hoher Beschäftigtenanteil der nichterwerbswirtschaftlichen Institutionen, ein geringes Gewicht des Verarbeitenden Gewerbes und Baugewerbes, ein niedriger Stimmenanteil der SPD und eine besonders starke Bevölkerungsfluktuation. Die Anzahl der Zuzüge und der Fortzüge je 1 000 Einwohner ist hier höher als in allen anderen Regionen „mittlerer“ Größe. Die Region 5 ist durch einen hohen CDU-Anteil, einen niedrigen SPD-Anteil, ein überdurchschnittliches Gewicht der Land- und Forstwirtschaft und verhältnismäßig wenige Fortzüge gekennzeichnet. In den Regionen 6 und 6a erreicht die Land- und Forstwirtschaft einen extrem hohen Beschäftigtenanteil; vor allem die Anteile der nichterwerbswirtschaftlichen Institutionen und des Bereichs Handel / Verkehr / Nachrichtenübermittlung sind dagegen sehr niedrig. Die Region 7 weist einen sehr großen Stimmenvorsprung der SPD vor der CDU und einen sehr hohen Beschäf-

tigtenanteil im Bereich Energie-/Wasserversorgung/Bergbau auf. Die Bevölkerungsfluktuation – Zuzüge und Fortzüge – bleibt hier weit hinter dem Landesdurchschnitt zurück. In der Region 8 übertrifft dagegen der CDU-Anteil den SPD-Anteil bei weitem; gleichzeitig sind der Beschäftigtenanteil der nichterwerbswirtschaftlichen Institutionen und die Anzahl der Zuzüge je 1 000 Einwohner besonders groß. Dies gilt auch für die Region 8a; als weitere Kennzeichen fallen hier ein geringes Gewicht des Verarbeitenden Gewerbes und Baugewerbes und eine besonders große Anzahl der Fortzüge je 1 000 Einwohner auf. In der Region 9 dominiert die CDU noch deutlicher vor der SPD, was hier mit einem weit über dem Landesdurchschnitt liegenden Beschäftigtenanteil der Land- und Forstwirtschaft zusammenfällt. Die Region 10 ist durch ähnliche politische Verhältnisse gekennzeichnet. Der Beschäftigtenanteil der Land- und Forstwirtschaft ist hier höher als in allen Vergleichsregionen, die Anteile des Verarbeitenden Gewerbes und Baugewerbes und des Bereichs Handel/Verkehr/Nachrichtenübermittlung sind dagegen besonders niedrig. Die CDU dominiert auch in den Regionen 11 und 11a vor der SPD. Parallel dazu fallen weniger Besonderheiten der Wirtschaftsstruktur als eine große Anzahl von Zuzügen und Fortzügen auf. In der Region 12 fällt die Dominanz der CDU mit sehr hohen Beschäftigtenanteilen der Land- und Forstwirtschaft und des Bereichs Handel/Verkehr/Nachrichtenübermittlung und mit einem extrem niedrigen Anteil der nichterwerbswirtschaftlichen Institutionen zusammen. Die Zuzüge je 1 000 Einwohner liegen weit über dem Landesdurchschnitt, und die Veränderung der Einwohnerzahl gegenüber dem Vorjahr ist stärker positiv als in allen anderen näher untersuchten Regionen. In der Region 13 erreicht die CDU den höchsten und die SPD den niedrigsten Stimmenanteil gegenüber allen Vergleichsregionen. Der Beschäftigtenanteil der Land- und Forstwirtschaft ist sehr hoch, der der

nichterwerbswirtschaftlichen Institutionen sehr niedrig; auffallend hoch ist auch der Anteil der Beschäftigten im Bereich Kreditinstitute/Versicherungsgewerbe/Dienstleistungsunternehmen/freie Berufe. Die besonderen Kennzeichen der Region 14 sind ein großes Gewicht der Land- und Forstwirtschaft und ein geringes Gewicht der nichterwerbswirtschaftlichen Institutionen. Die Region 14a ist darüber hinaus durch einen hohen Stimmenanteil der CDU und einen niedrigen Stimmenanteil der SPD sowie durch eine unterdurchschnittliche Anzahl der Zuzüge und der Fortzüge gekennzeichnet. In der Region 15 ist der SPD-Anteil sehr hoch und der CDU-Anteil sehr niedrig. Die Zuzüge und Fortzüge je 1 000 Einwohner liegen deutlich, der Anteil der Beschäftigten im Bereich Energie-/Wasserversorgung/Bergbau sehr weit über dem Landesdurchschnitt.

Die zur Abgrenzung der Regionen verwendeten Merkmale können in den einzelnen Regionen durchaus in verschiedener Weise miteinander kombiniert sein. Ein besonders hoher Stimmenanteil der CDU kann gleichzeitig mit einem extrem hohen (z. B. Region 8) wie auch mit einem extrem niedrigen (z. B. Region 12) Beschäftigtenanteil der nichterwerbswirtschaftlichen Institutionen auftreten. Ein sehr niedriger Beschäftigtenanteil der nichterwerbswirtschaftlichen Institutionen kann sowohl von einem extrem hohen (z. B. Region 1) als auch einem extrem niedrigen (z. B. Region 2) Stimmenanteil der SPD begleitet sein. Andererseits sind auch eindeutige Zusammenhänge erkennbar. So sind in der Regel Regionen mit besonders hohen CDU-Anteilen durch ein besonders großes Gewicht der Land- und Forstwirtschaft und Regionen mit besonders hohen SPD-Anteilen durch ein besonders großes Gewicht des Bereichs Energie-/Wasserversorgung/Bergbau gekennzeichnet. ■

Zur Problematik von Sozialindikatoren

Auftragseingänge im Verarbeitenden Gewerbe im November 1988

Die Auftragseingänge im Verarbeitenden Gewerbe Nordrhein-Westfalens lagen im November 1988 preisbereinigt um 6 % über denen des entsprechenden Vorjahresmonats. Die Inlands- und Auslandsbestellungen erhöhten sich in gleichem Maße.

Zu der positiven Entwicklung trugen die einzelnen Wirtschaftsbereiche gleichermaßen bei. So stieg die Nachfrage nach Grundstoffen und Produktionsgütern um fast 6 % bei annähernd gleichen Veränderungsraten im Inlands- und Auslandsgeschäft, während die um knapp 7 % erhöhte Bestelltätigkeit im Investitionsgüter produzierenden Gewerbe aus Steigerungen von 8 % im Inlandsabsatz und 5 % im Export resultierte. Ebenfalls um fast 7 % nahmen die Aufträge für Verbrauchsgüter zu. Hier waren es vor allem die um 14 % gestiegenen Orders aus dem Ausland, die diese Entwicklung beeinflussten, da die inländischen Bestellungen nur um 4 % wuchsen.

Bauproduktion im Oktober 1988

Die Produktion des nordrhein-westfälischen Bauhauptgewerbes sank im Oktober 1988, von Saison- und Zufallsschwankungen bereinigt, um 1,3 % gegenüber dem Vormonat.

Der Index der Nettoproduktion lag im Vergleich zum Oktober 1987 um 2,5 % niedriger. Der Hochbau büßte dabei 2,7 % ein. Dazu trugen insbesondere der Wohnungsbau (-5,1 %) sowie der öffentliche Hochbau (-11,0 %) bei. Im Gegensatz hierzu verbuchte der gewerbliche und industrielle Hochbau einen leichten Produktionsanstieg von 1,2 % gegenüber dem Vorjahresmonat.

Der Produktionsindex im nordrhein-westfälischen Tiefbau lag um 2,3 % unter dem Vorjahresergebnis. Hier mußte insbesondere der sonstige öffentliche Tiefbau einen Produktionsrückgang von 8,1 % hinnehmen. Während der Straßenbau (-0,3 %) sich knapp auf dem Vorjahresniveau behaupten konnte, steigerte der gewerbliche und industrielle Tiefbau seine Produktion um 3,7 % gegenüber Oktober 1987.

Statistische Rundschau
Nordrhein-Westfalen
Heft 1/89

Entstehungsgeschichte

Seit nunmehr über 20 Jahren befassen sich eine inzwischen internationale Gruppe von Sozialwissenschaftlern sowie Politiker und Statistiker mit dem Problem Instrumente zur Messung von Lebensqualität/Wohlfahrt mit Hilfe sozialer Indikatoren zu entwickeln, die mittels „sozialer Dauerbeobachtung“ eine umfassende Sozialberichterstattung ermöglichen sollen. Angestrebt wird, durch die Beschreibung und Analyse grundlegender gesellschaftlicher Tatbestände den sozialen Wandel hinsichtlich erreichter Fortschritte wie auch unbeabsichtigter Nebenfolgen transparent zu machen.

Die „Sozialindikatorenbewegung“ erhielt ihren Anstoß in den USA Anfang der 60er Jahre¹⁾. Bei dem Bemühen, die gesellschaftlichen Nebenwirkungen des amerikanischen Raumfahrtprogramms zu analysieren, erkannten die Wissenschaftler, daß ihnen nicht nur die Daten hierzu fehlten. Mindestens ebenso schwerwiegend war vielmehr die Tatsache, daß auch noch keine zureichenden Methoden und Theorien existierten, mit denen man gesellschaftliche Zustände und Entwicklungstendenzen hätte analysieren können. Orientierungspunkt konnte hier z. B. der wissenschaftlich eingehender und differenzierter erforschte Bereich der Ökonomie sein, in dem schon seit den 30er Jahren mit ökonomischen Indikatoren, wie z. B. dem mit Hilfe der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen ermittelten Sozialprodukt als Wohlfahrtsindikator, gearbeitet wurde. In der Folgezeit erschienen Berichte²⁾ und wurden Projekte³⁾ in Angriff genommen, die der regelmäßigen Analyse des sozialen

Wandels ein theoretisches Fundament gaben und zum Vorbild für ähnliche Untersuchungen von Regierungen in den USA und auch in anderen Ländern wie Großbritannien, Frankreich und der Bundesrepublik Deutschland wurden⁴⁾. Im Bereich der angewandten Sozialwissenschaften entwickelte sich daraus die Sozialindikatorenbewegung zu einem eigenständigen Forschungsbereich, den Zapf beschreibt als „eine politische und intellektuelle Bewegung besonderer Art, ohne breite Basis, nicht ideologisch im traditionellen Sinne, nicht auf spezielle Regierungsmaßnahmen konzentriert, sondern auf die Rationalisierung des politischen Entscheidungsprozesses insgesamt“⁵⁾. In der Bundesrepublik treffen sich Vertreter unterschiedlicher Wissenschaftsrichtungen seit 1972 in der Sektion Soziale Indikatoren der Deutschen Gesellschaft für Soziologie. Ein Arbeitskreis besteht ebenfalls bei der Deutschen Statistischen Gesellschaft.

Die zu Beginn der Sozialindikatorenbewegung gehegten Hoffnungen, die gelieferten Kennzahlen als einen unentbehrlichen Bestandteil im politischen Entscheidungsprozeß etablieren zu können, haben sich bisher nicht erfüllt. Nicht zuletzt wegen der seit Anfang der 80er Jahre festzustellenden politischen Umorientierung in führenden westlichen Industriegesellschaften mit ihrer Favorisierung von Deregulierungsstrategien statt einer stringenten Politikplanung setzte innerhalb der Sozialindikatorenbewegung eine Phase der Ernüchterung ein, die sich weniger in einer methodisch-theoretischen, vielmehr eher

1) Vgl. Bauer, R. A. (Hrsg.): Social Indicators, Cambridge (Mass.) 1966, S.12.

2) Z.B. Bericht der National Commission on Technology „Automation and Economic Progress, Technology and the American Economy“, Washington D.C. 1966

3) Z.B. das von der Russel Sage Foundation finanzierte Projekt über Monitoring Social Change, veröffentlicht als „Indicators of Social Change“, Hrsg. von B. Sheldon und E. Moore, New York 1968

4) USA: Office of Management and Budget, Social Indicators 1973, Washington D.C. 1973;
Großbritannien: Central Statistical Office, Social Trends, No. 1, London 1970;
Frankreich: INSEE, Donnes Sociales, No. 1, Paris 1973;

BRD: Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, Gesellschaftliche Daten 1982, Bonn 1982;
Statistisches Bundesamt/Bundeszentrale für politische Bildung: Datenreport, Zahlen und Fakten über die Bundesrepublik Deutschland 1987, Bonn 1987

5) Zapf, Wolfgang: Soziale Indikatoren, Frankfurt/Main 1971, S. 1

pragmatisch bestimmten Arbeitsperspektive dokumentierte. Nach Wolfgang Zapf⁶⁾ durchläuft die Sozialindikatorenbewegung derzeit eine Konsolidierungsphase, in der in den verschiedenen Sachbereichen überprüft wird, inwieweit die abzubildenden Tatbestände noch zureichend beschrieben werden und wo diese Beschreibung gegebenenfalls zu modifizieren oder zu ergänzen ist. Gleichzeitig sei festzustellen, daß mit dem Aufbau von Sozialstatistiken in der dritten Welt die Ausbreitung von Sozialberichterstattungssystemen in diesen Ländern einen bemerkenswerten Aufschwung genommen hat.

Im folgenden soll an die Theoriediskussion um Sozialindikatoren angeknüpft und auf Probleme der Indikatortbildung eingegangen werden.

Zum Begriff „Sozialindikator“

In der wissenschaftlichen Literatur finden sich zahlreiche Definitionen und Begriffsbestimmungen für das, was man unter sozialen Indikatoren verstehen soll. Einige Beispiele:

Nach Renate Mayntz handelt es sich kurz um „empirische Äquivalente bestimmter Merkmalsdimensionen eines Objekts“⁷⁾. Unter den Aspekten der unterschiedlichen Funktionen und technischen Eigenschaften formuliert Stone: „Soziale Indikatoren beziehen sich auf Bereiche von gesellschaftspolitischer Bedeutsamkeit, und sie können dazu dienen, unsere Neugierde zu befriedigen, unser Verständnis zu verbessern oder unser Handeln anzuleiten. Sie können die Form einfacher statistischen Reihen haben, oder sie können synthetische Reihen sein,

die durch die mehr oder weniger komplizierte Verarbeitung einfacher Reihen gewonnen werden.... Soziale Indikatoren sind eine Teilmenge der Daten und Konstrukte, die aktuell oder potentiell verfügbar sind; sie unterscheiden sich deshalb von anderen Statistiken nur durch ihre Relevanz und Brauchbarkeit für einen der oben genannten Zwecke“⁸⁾. Unter Verweis auf den Informationsaspekt definiert Sheldon Sozialindikatoren als „Informationen sowohl über einen aktuellen Ausschnitt des sozialen Bereichs wie auch über stattgehabte Entwicklungen und Zukunftstrends, die je nach den zugrundegelegten Kriterien als fortschrittlich oder rückschrittlich bewertet werden“⁹⁾.

Ein Indikator verweist zunächst einmal auf etwas anderes, einen Sachverhalt (Indikandum), über den etwas ausgesagt werden soll. Als Instrument der Analyse sind Sozialindikatoren orientiert an bestimmten Zielvorstellungen wie Fortschritt, Lebensqualität, Wohlfahrt und somit verbunden mit dem impliziten Anspruch, Zielverwirklichungsgrade zu indizieren¹⁰⁾. Durch diese Verbindung mit sozialpolitischen Zielvorstellungen kommt solchen Indikatoren in der Öffentlichkeit nicht länger die Funktion eines „wertneutralen“ Anzeigers zu, vielmehr erhalten sie normativen Charakter.¹⁰⁾

Der Hinweis auf die Normativität von Sozialindikatoren ist außerdem geboten, weil angesichts der weitverbreiteten Zahlengläubigkeit solcherart veröffentlichtes Zahlenmaterial nur zu oft eine Objektivität suggeriert, die schon bei der Konstruktion von Indikatoren nicht gegeben ist. Denn so wie bereits ein erkenntnisleitendes Interesse, das Auswahl und Wertung beinhaltet, zur Problemidentifikation führt und damit

zu der Frage, welcher Sachverhalt gemessen werden soll, fließen auch bei der Definition und anschließend bei der Operationalisierung zur zahlenmäßigen Erfassung des Sachverhalts Wertungen ein. Selbst noch das Fehlen angemessener und differenzierter Methoden zur Analyse bestimmter gesellschaftlicher Sachverhalte offenbart einen normativen Bezug, insofern dies als Hinweis dafür genommen werden kann, daß diese Sachverhalte bisher kein aktuelles Interesse fanden, d. h. nachrangig bewertet wurden¹¹⁾.

Methodische Probleme bei der Konstruktion von Sozialindikatoren

Um, hier als Beispiel gewählt, die Erfassung und Beobachtung der gesellschaftspolitischen Auswirkungen des Bildungssystems mit Hilfe von sozialen Indikatoren zu ermöglichen, ist es erforderlich, für die Untersuchung dieses Bereichs des gesellschaftlichen Lebens Hypothesen zu bilden und zu prüfen. Denn „ob eine gegebene Variable die Werte einer anderen Variablen anzeigt (auf sie hinweist), ist nicht eine Frage der Konvention, sondern der Hypothese, d. h. einer korrigierbaren theoretischen Behauptung.“¹²⁾ Um etwa den Teilaspekt „Gleichheit der Chancen im Bildungsbereich“ zu analysieren, ist es zu-

6) Vgl. Zapf, Wolfgang: Vortrag bei dem am 24./25.11.1988 vom ZUMA-Zentrum für Umfragen, Methoden und Analysen e.V. in Mannheim durchgeführten Workshop „Soziale Indikatoren“.

7) Mayntz, Renate, Holm, Kurt und Hübner, Peter: Einführung in die Methoden der empirischen Soziologie, 2. Auflage, Opladen 1971, S. 40 ff.

8) Stone, Richard: Towards a System of Social and Demographic Statistics, United Nations Secretary, FvSTAT 68, New York 1973, S. 66

9) Sheldon, B., Moore, E. (Editors): Indicators of Social Change, Concepts and Managements, New York 1968, S. 4

10) Vgl. Conrad, Christof: Die quantitative Erfassung qualitativer Aspekte von Schulsystemen, Bildungsindikatoren im Vergleich, Hamburg und Westberlin, Berlin 1973, S. 28.

11) So hatte die zu Beginn der sozialliberalen Regierung dem Bereich Bildung zugeschriebene Priorität u. a. zur Folge, daß die Hochschulstatistik im Jahre 1971 bundeseinheitlich durch ein Gesetz geregelt wurde, das mittels Bestands- und Verlaufsstatistiken eine umfassende Durchleuchtung dieses gesellschaftlichen Teilbereichs anordnete und wofür methodische Instrumente im Einzelfall ebenfalls noch zu entwickeln waren. Nun können zwar die amtlichen Erhebungen der Hochschulstatistik für ihre im gesetzlich abgesteckten Rahmen gewonnenen Daten Neutralität für sich in Anspruch nehmen. Gleichwohl fließen aber über den vorgängig legislativ festgelegten Erhebungsbereich wie auch die Erhebungsmerkmale die Interessen und Wertungen der jeweiligen Parlamentsmehrheit ein.

12) Bunge, M.: „What is a Quality of Life Indicator?“, Social Indicators Research, Vol. 2, 1975, S. 67

nächst erforderlich, diese qualitative Größe in eine oder mehrere Begriffe so umzuformulieren, d. h. zu operationalisieren, daß ihre Ermittlung an Hand quantitativer Größen möglich und der zu analysierende Sachverhalt durch die ihm zugeordneten quantitativen Indikatoren zureichend abgebildet wird.

In dem nach wie vor selektiven Bildungssystem der Bundesrepublik Deutschland könnte als ein Hinweis auf gegebene Gleichheit der Chancen aller Personen gelten, daß etwa bei Abiturienten oder Hochschulabsolventen kein soziales oder geschlechtsspezifisches Merkmal zu finden wäre, das mit der Höhe des erreichten Abschlusses in einem Zusammenhang steht. Unter diesen Absolventen müßte der Anteil der Arbeiterkinder, der Kinder aus ländlichen Bereichen, der Mädchen, der Katholiken etc. genauso groß sein wie beispielsweise bei den Schulentlassenen mit Hauptschulabschluß. Tatsächlich gibt es aber für typische Schüler-/Hochschülergruppen, wie Mädchen, Kinder aus bildungsfernen Schichten oder aus Landfamilien, Ausländerkinder, Behinderte etc. signifikant unterschiedliche Bildungschancen, die sich in unterschiedlicher relativer Häufigkeit, mit denen sie Schul-/Hochschulabschlüsse erreichen, niederschlagen. Gemessen werden kann somit die Realisierung des vorgenannten bildungspolitischen Ziels u. a. durch die Bestimmung von Anteilen der Geschlechter an der Gesamtheit der Schüler/Studenten in den verschiedenen Stufen des Bildungssystems oder z. B. durch schichtspezifische Analysen der Auszubildenden.

Nach den Vorstellungen, die in der wissenschaftlichen Diskussion erörtert werden, sollen soziale Indikatoren für einen bestimmten Zielbereich möglichst repräsentativ und hinsichtlich der Darstellung von Veränderungen möglichst eindeutig interpretier-

bar sein. Unter methodischen Aspekten stellt sich aber zunächst die Frage nach einem einheitlichen theoretischen Bezugsrahmen von Indikator und Indikandum und einer möglichen Bestimmung von Adäquanz beider Elemente. Es sollte erkennbar sein, welche Kriterien für einen Indikatoransatz konstituierend sind, d. h. welche theoretischen Konstrukte (z. B. wertorientiertes Zustandsbild des Bildungssektors) der Konzipierung von Indikatoren für den Bildungsbereich zugrunde liegen und wie sich in einem allgemein akzeptablen theoretischen Bezugsrahmen Indikatoren zur Abbildung der Lebensverhältnisse der Menschen zusammenfassen lassen. Der Forderung nach einem einheitlichen theoretischen Bezugsrahmen für die Auswahl und Auswertung quantitativer Informationen, die umfassende und ausgewogene Beurteilungen der wichtigsten sozialen Teilspekte der Gesellschaft ermöglichen sollen, ist die Praxis bisher nicht gerecht geworden. Erforderlich wäre hierzu nach Zapf letztendlich eine ausgeführte Theorie des sozialen Wandels. „Solange es keine umfassende Theorie des gesellschaftlichen Wandels gibt, müssen wir auf vergleichende Analyse und auf Replikationsstudien zurückgreifen“¹³⁾. Bei den für die Bundesrepublik Deutschland vorliegenden Untersuchungen mit Hilfe von Sozialindikatoren¹⁴⁾ sowie bei dem Sozialindikatorensystem der OECD¹⁵⁾ wird ein solcherart auch nur angenäherter theoretisch umfassender Erklärungszusammenhang bei der Indikatorenkonstruktion nicht expliziert, so daß eine pragmatisch-plausible, rein deskriptive Vorgehensweise unterstellt werden kann und bei der Auswahl der Indikatoren die politischen und wissenschaftlichen Auffassungen der jeweiligen Experten undifferenziert mit einfließen.

Neben einem erforderlichen hypothetisch-theoretischen Zusammenhang von Indikator und zu messendem Sachverhalt ist die Aussagefähigkeit von Indikatoren anhand der in der empirischen Sozialforschung verwendeten Kriterien der Gültigkeit (Validität) und Zuverlässigkeit (Reliabilität) zu überprüfen. Mittels der Gültigkeitsprüfung soll festgestellt werden, ob bzw. in welchem Maße die verwendeten methodischen Vorgehensweisen dem Forschungsziel entsprechen. Bezogen auf einen Sozialindikator bedeutet dies, den Grad anzugeben, zu dem dieses Instrument „tatsächlich mißt, was es messen soll“¹⁶⁾. Eine derartige Messung möglicher Differenzen zwischen Indikator und tatsächlichem Sachverhalt stößt aber auf die Schwierigkeit, daß es kein „wissenschaftlich abgesichertes Verfahren zur Validitätskontrolle gibt“¹⁷⁾. Lediglich über den Weg eines nach pragmatischen Gesichtspunkten eingeführten und subjektiver Auswahl und Definition unterworfenen Vergleichsmerkmals läßt sich die Annäherung eines Indikators an eine nach Kriterien der Plausibilität bestimmte Gültigkeit darstellen. Möglichkeiten der Nachprüfung auf Verlässlichkeit, „Meßgenauigkeit“¹⁸⁾, d. h. Übereinstimmung der Ergebnisse gleichartiger Untersuchungen unter gleichartigen Bedingungen, sind weniger unbefriedigend. Die Lieferung unzweideutiger Ergebnisse durch Indikatoren ist hier vor allem davon abhängig, daß Konstrukteure von Indikatoren wie auch die möglichen Konsumenten eindeutige und einheitliche Begriffe verwenden. Die im arbeitsteiligen Wissenschaftsbetrieb und in der politischen Öffentlichkeit verwendeten Begriffe bei Indikatoren müssen deshalb in der Weise interpersonal verständlich und interdisziplinär einheitlich sein, daß den Begriffsinhalten gleiche Bedeu-

13) Zapf, Wolfgang: Soziale Indikatoren: Eine Zwischenbilanz, Allgemeines Statistisches Archiv 1/76, S. 6

14) Ballerstedt, E., Glatzer, W.: Soziologischer Almanach, Frankfurt/Main 1975; Zapf, Wolfgang (Hrsg.): Lebensbedingungen in der Bundesrepublik Deutschland – Sozialer Wandel und Wohlfahrtsentwicklung, SPES – Sozialpolitisches Entscheidungs- und Indikatorensystem, Frankfurt/New York 1977

15) OECD, The 1980 OECD List of Social Indicators, Paris 1981

16) Scheuch, Erwin, K.: Skalierungsverfahren in der Sozialforschung, in König, Ren (Hrsg.): Handbuch der empirischen Sozialforschung, Band 1, Stuttgart 1967, S. 375

17) Konrad, Christof: a.a.O., S. 65

18) Scheuch, Erwin, K.: a.a.O., S. 375

tungen und Wertvorstellungen zugrunde gelegt werden.

Zwei Beispiele aus dem Bildungsbereich

Anhand zweier Beispiele soll nachfolgend eine Überprüfung von häufig verwendeten Bildungsindikatoren auf Gültigkeit und Verlässlichkeit verdeutlicht werden.

Zur Untersuchung des gesellschaftspolitischen Ziels „Recht auf Bildung“ unter dem Aspekt gleicher Chancen durch individuelle Begabungsförderung statt privilegierender Auslese wird als Indikator häufig der Anteil der Arbeiterkinder im Hochschulsystem verwendet. Unterstellt wird dabei, daß die Wahrnehmung weiterführender Bildungsangebote stark durch das Bildungsmilieu des Elternhauses eines Jugendlichen beeinflusst wird, das wiederum durch die berufliche Stellung des Familienerhalters geprägt wird. Ein Hinweis auf den Realisierungsgrad der Demokratisierung des Bildungswesens wird nun darin gesehen, in welchem Umfang die Ausschöpfung des Bildungspotentials unabhängig von sozialstrukturellen und geschlechtsspezifischen Merkmalen realisiert ist. Indem man die Zahl der Studenten aus Arbeiterfamilien auf die Zahl der Jugendlichen gleichen Alters aus Arbeiterfamilien bezieht, erhält man einen Maßstab für schichtunabhängige Auslese, d. h. für den Realisierungsgrad des Anspruchs des einzelnen auf Förderung und Entfaltung seiner Begabungen und Fähigkeiten und damit die Chance, an einer weiterführenden Bildung auch tatsächlich teilzuhaben. Hinsichtlich der Gültigkeit des Indikators ließe sich über die vorgenannte Vergleichsgröße das Maß der Realisierung der operationalisierten Zielvorstellung „Chancengleichheit“ empirisch-methodisch bestimmen, und diese könnte als verwirklicht angesehen werden, wenn die Anteile keine signifikanten Unterschiede aufwiesen.

Die Verlässlichkeit des Indikators kann dann als gegeben gelten, wenn die begriffliche Abgrenzung „Arbeiter“ eindeutig ist und bei Erstellung von Zeitreihen in gleicher Weise verwendet wird. Mit dem sozialversicherungsrechtlich bestimmten und den amtlichen Statistiken zugrundeliegenden Begriff des Arbeiters ist formal-terminologisch zwar Einheitlichkeit gegeben. Gleichwohl darf nicht übersehen werden, daß sich hinter dem Begriff heutzutage eine große Spannweite unterschiedlicher Qualifikationen verbirgt, die vom Ungelernten bis zum hochspezialisierten Facharbeiter reicht und auch ein entsprechend differenziertes Sozial-/Bildungsmilieu vermuten läßt, so daß zur Abbildung der sozialen Realität eine wesentlich verfeinerte Nomenklatur erforderlich wäre und ohne diese nur recht grobe Informationen möglich sind. Von einem aussagefähigen Indikator ist hier deshalb nur beschränkt zu reden. Hinzu kommt, daß z. B. die im Rahmen der Hochschulstatistik erfragten Angaben der Studenten zur beruflichen Stellung des Vaters nicht dahingehend überprüft werden, ob und in welchem Umfang sie im Hinblick auf eine mit höherem Sozialprestige verbundene Berufsangabe möglicherweise „geschönt“ werden.

Als weiterer Indikator zur Messung des Realisierungsgrades von Chancengleichheit im Bildungsbereich können die geschlechtsspezifischen Quoten der an den Hochschulen Immatrikulierten dienen. Unterstellt wird, daß die Begabungspotentiale bei Jungen und Mädchen gleich verteilt sind und somit eine Unterprivilegierung von Mädchen nicht auf biologische, sondern auf soziale Ursachen zurückzuführen ist. Der Umfang der Benachteiligung eines Geschlechts ergibt sich auch hier durch die Vergleichsgröße der Verteilung der Geschlechter innerhalb der entsprechen-

den Altersjahrgänge der Bevölkerung insgesamt. Ein Indikator, der geschlechtsspezifische Quoten im Hochschulbereich anzeigt, ist im Zusammenhang mit den ebenfalls aus der amtlichen Statistik ermittelbaren Vergleichsdaten der Bevölkerung bestimmter Altersjahrgänge als valide anzusehen. Die Zuverlässigkeit der Aussage ist durch die semantische Eindeutigkeit des Geschlechtsbegriffs ebenfalls zureichend gegeben.

Bildungsversorgungsindikatoren

Während dergestalt einfache, durch problemgerecht operationalisierte Merkmale konstruierte Indikatoren mehr oder minder aussagefähige Informationen über soziale Sachverhalte liefern und in der Praxis bereits Verwendung finden, stecken die Versuche zur Entwicklung aggregierter, komplexer Indikatoren etwa zur Erfassung und Bewertung von Disparitäten der regionalen Lebensbedingungen, hier verdeutlicht anhand von Bildungsversorgungsindikatoren, noch in den Anfängen. In die bildungspolitische Diskussion ist die Konstruktion regionaler Indikatoren der Bildungsversorgung eingebracht worden, um mit diesem Diagnoseinstrument einen regionalen Wertmesser der Bildungsversorgung zur Verfügung zu haben¹⁹⁾, mit dessen Hilfe der qualitati-

19) Vgl. Geipel, Robert: Sozialräumliche Strukturen des Bildungswesens, Frankfurt/Berlin/Bonn/München 1965; Geipel, Robert: Bildungsplanung und Raumordnung, Studien zur Standortplanung von Bildungseinrichtungen und zu räumlichen Aspekten des Bildungsverhaltens in Hessen, Frankfurt/Berlin/Bonn/München 1968; Peisert, Hans-Gerd: Soziale Lage und Bildungschancen in Deutschland, München 1967; Schorb, Alfons-Otto und Schmidbauer, Michael, Aufstiegsschulen im sozialen Wettbewerb, Entwicklung und Hintergründe unterschiedlicher Bildungsbeteiligung in Bayern, Stuttgart 1973; Stooss, Friedemann: Zur regionalen Ungleichheit der beruflichen Bildungschancen in der BRD, in: Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, 2/71; Schwarz, Ursula, Stooss, Friedemann: Zur regionalen Ungleichheit der beruflichen Bildungschancen und Vorschläge zum Abbau des Gefälles, in: Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, 2/73

ve Sachverhalt „Regionale Chancengleichheit“ durch quantitativ abfragbare Kriterien konkretisiert werden kann. Die methodischen Schwierigkeiten der Konstruktion eines regionalen Indikators als Gesamtausdruck der Bildungsversorgung ergeben sich keineswegs nur daraus, daß die äußere und innere Differenzierung sowie der vertikale Aufbau des Bildungssystems es erschweren, streng formalisierte und standardisierte Formeln zu entwickeln. Bisher ungelöst sind auch das Selektionsproblem, d. h. welche statistischen Einzelkennziffern des Bildungssystems als relevante Kriterien für die Ermittlung bestimmter Aussagen ausgewählt werden sollen, sowie das Aggregations- oder Gewichtungproblem, d. h. die Frage der Zusammenfassung der einzelnen Kennziffern zu einem Gesamtindikator unter Berücksichtigung der Bedeutungsunterschiede der Einzelkomponenten für die Problemstellung (eine ungewichtete Addition der einzelnen Merkmale der Bildungsversorgung erweist sich als wenig überzeugend). Problematisch ist außerdem das Schwellenwertproblem, d. h. die Frage der Fixierung von Indikatorwerten, bei deren Unter-/ Überschreiten ein Gebiet als bildungsmäßig unter-/ überversorgt zu gelten hat. In den Untersuchungen von Geipel, Peisert, Schorb und Stooss werden als Vergleichsgrößen zur Beurteilung der Bildungsversorgung einer bestimmten Region auf übergeordneter Ebene (Land/Bund) ermittelte Mittelwerte herangezogen. Es erscheint jedoch recht fraglich, ob ein für eine Gesamtfläche errechneter Mittelwert eine Beurteilungsmöglichkeit für eine spezifische Situation in einer Region bieten kann. Eine positive oder negative Abweichung des Grades der Bildungsversorgung einer untersuchten Region von einem Mittelwert sagt wenig darüber aus, ob die tatsächliche Situation in der betreffenden Region posi-

tiv oder negativ zu beurteilen ist. Über den ermittelten Entwicklungsstand der betreffenden Region hinaus wären noch weitere Informationen über die Entwicklungsfähigkeit und -bedürftigkeit dieser Region erforderlich. Generell gilt, daß Soll-Werte prinzipiell nicht aus Ist-Werten abgeleitet werden können. Werden Mittelwerte übergeordneter regionaler Ebenen zu Richt- oder Soll-Werten erklärt, so handelt es sich hier um eindeutig normative Setzungen von Forschern oder Entscheidungsträgern.

Für einen aussagefähigen Indikator regionaler Bildungsversorgung reicht es nicht aus, sich auf statistische Werte des Bildungsangebots zu beschränken; ebenso müßten mittels subjektiver Indikatoren auch die Verhaltensweisen derjenigen einbezogen werden, die als potentielle Nachfrager nach Bildung anzusehen sind. Denn zur Feststellung eines regionalen Bildungsrückstandes oder auch, aktuell als Folge der Wirkungen der rückläufigen Geburtenentwicklung, einer regionalen Überversorgung sind die Bestimmungsgründe von der Angebots- wie der Nachfrageseite einzubeziehen. Das Instrumentarium für eine angemessene Erfassung ist aber hierzu noch nicht entwickelt.

Ein theoretisch unbedenklicher, plausibler Indikator als Gesamtausdruck der regionalen Bildungsversorgung ist nach dem derzeitigen Stand der hierzu entwickelten Methodik nicht verfügbar. Anstelle eines solchen Indikators regte der Deutsche Bildungsrat an, „für die Beurteilung regionaler Bildungssituationen ein „Profil“ von verschiedenen Indikatoren der Bildungsversorgung zu erstellen, das als Instrument der sozialwissenschaftlichen Erkenntnis für eine Beurteilung von Veränderungen in Regionen verwendbar ist“²⁰⁾.

Sozialindikatoren und amtliche statistische Daten

Die Qualität von Sozialindikatoren, die als prägnante Kurzformeln durch die formale Verkürzung von Sachverhalten auf Zahlenausdrücke über Stand und Entwicklung sozialer Veränderungen informieren, ist außer von den theoretisch-methodischen Konstruktionsproblemen entscheidend abhängig von der Verfügbarkeit statistischen Datenmaterials. Um beiden Aspekten Rechnung zu tragen, ist es geübte Praxis²¹⁾, in einem ersten Schritt „ideale“ Sozialindikatoren zur Messung eines bestimmten Sachverhaltes zu konstruieren, d. h. solche statistischen Maße zu entwickeln, die theoretisch und konzeptionell, also ohne Berücksichtigung der gegebenen Datenlage, am besten geeignet wären, einen bestimmten Sachverhalt zu messen. In einem zweiten Schritt werden dann anstelle dieser nichtverfügbaren Idealmaße realisierbare, an der Datenlage orientierte „Näherungswerte“ oder Ersatzindikatoren definiert. Ein solches gleichsam deduktives Vorgehen der Indikatorenkonstruktion ist jedoch fragwürdig, da zum Beispiel der Rückgriff auf etablierte Zeitreihen wie jene der amtlichen Statistik dazu führen kann, daß komplexe Problemstellungen vor schnell auf das statistisch Vorhandene reduziert werden und dabei die Gefahr entsteht, daß die Operationalisierung von Zielen entproblematisiert wird und die entsprechenden Indikatoren eine mögliche Alibifunktion spielen. In diesem Zusammenhang muß man sich vergegenwärtigen, daß die „Merkmalsausprägungen vieler Statistiken bis in Einzelheiten an verwaltungsorganisatorisch und rechtlich fixierte Strukturen gekoppelt

20) Deutscher Bildungsrat, Die Bildungskommission: Bericht '75 – Entwicklungen im Bildungswesen, 1975, S. 362

21) Diese Vorgehensweise findet sich beispielsweise bei SPES – sozialpolitisches Entscheidungs- und Indikatorensystem; vgl. Zapf, Wolfgang (Hrsg.): Lebensbedingungen in der Bundesrepublik Deutschland – sozialer Wandel und Wohlfahrtsentwicklung, Frankfurt/New York 1977, S. 14.

sind²²⁾. Dies gewinnt im Bildungsbe-
reich zumal für die Hochschulstatistik
an Gewicht, da die Entwürfe zur No-
vellierung des Hochschulstatistikge-
setzes vom 21. April 1980 eine strikte
Trennung von Statistik und Verwal-
tung vorsehen. Die bislang als Primär-
statistik durchgeführte Hochschul-
statistik soll danach zu einer Sekundär-
statistik umgewandelt und nur noch
diejenigen Daten erhoben werden,
die auch von den Verwaltungen der

Hochschulen für ihre administrativen
Zwecke benötigt werden. Dadurch
steht zu befürchten, daß ganze Pro-
blemfelder ausgeblendet werden. So
wird dann z. B. das Merkmal „berufli-
che Stellung der Eltern“ für die
Hochschulverwaltungen zur Durch-
führung ihrer Aufgaben nicht benötigt
und – wird der Entwurf der Novelle
des Hochschulstatistikgesetzes nach
den derzeitigen Vorstellungen verab-
schiedet – folgerichtig auch nicht
mehr erfaßt. Damit werden aber
selbst grobe Angaben über die soziale
Verteilung der Studentenschaft und
mögliche schichtspezifische Benach-

teilungen bestimmter Personen-
gruppen an Hand amtlicher statisti-
scher Zeitreihen nicht mehr möglich.

Den politischen Entscheidungsträ-
gern kommt, sofern sie Sozialindika-
toren als Steuerungsinstrumente nut-
zen wollen, die ihnen gebündelt aktu-
elle Sachinformationen liefern sollen,
die Aufgabe zu, für den Bereich der
amtlichen Statistik für eine ausrei-
chende Differenzierung der statisti-
schen Erhebungsprogramme und ih-
re Ausrichtung an den von ihnen zu
bewältigenden politischen Problem-
stellungen zu sorgen. ■

22) Freund, Elmar: Bemerkungen über Sozialindika-
toren aus der Sicht der Bildungsplanung und Statistik,
in: Allgemeines Statistisches Archiv, 1/76, S. 25

Preisindex für die Lebenshaltung im Dezember 1988

Der Preisindex für die Lebenshaltung
aller privaten Haushalte ist im Monats-
abstand (Dezember/November 1988)
um 0,2% auf 122,6 Punkte gestiegen
(Basis 1980 = 100). – Die Verände-
rungsrate gegenüber dem Vorjahr
(Dezember 1988/87) beträgt +1,5 %;
im November hatte sie bei +1,4 % und
im Oktober 1988 bei +1,2 % gelegen.

Seit Mitte vorigen Monats gingen
Preisauftriebstendenzen vor allem
von den Märkten für Nahrungsmittel
(+0,4 %) und Mineralölprodukte
(Heizöl, Kraftstoffe: +3,7 %) aus, wäh-
rend im Jahresabstand hauptsächlich
Verkehrsleistungen (+2,8 %) und
Wohnungsmieten (+3,0 %) zur Teue-
rung beitrugen. – Der nach seinem
Ausgabenanteil wichtigste Teilindex
„Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwa-
ren“ erhöhte sich gegenüber Novem-
ber d. J. um 0,3 % (geg. Vorj.:
+1,2 %): Hier wurden im Monatsab-
stand Preiserhöhungen insbesondere
für Gemüse- und Gemüseerzeugnisse
(+1,4 %; darunter Frischgemüse:
+3,0 %), Milch, Eier, Käse und Speise-
fette (+0,6 %), Brot (+0,5 %; darunter
Weißbrot: +0,9 %) und Gaststätten-

speisen (+0,2 %) gemeldet; dagegen
konnten vor allem Süßwaren (–0,4 %;
darunter Schokolade: –0,9 %) billiger
eingekauft werden. In der Hauptgrup-
pe „Wohnungsmieten, Energie“ (geg.
Vorm.: +0,4 %; geg. Vorj.: +1,5 %)
verteuerten sich seit Mitte vorigen Mo-
nats hauptsächlich leichtes Heizöl
(+10,5 %; geg. Vorj.: –6,7 %) und Alt-
bauwohnungen ohne Bad (+0,9 %;
geg. Vorj.: +4,1 %). Auch die jüngsten
Preiserhöhungen für Kraftstoffe (geg.
Vorm.: +1,6 %; geg. Vorj.: –0,2 %),
Pauschalreisen (+1,0 % bzw. +1,1 %)
und Ferienwohnungen (+0,4 % bzw.
+1,9 %) sowie die seit Jahresfrist zu
beobachtende Verteuerung von Per-
sonenkraftwagen (0 % bzw. +2,6 %),
von Reparaturen und anderen Dienst-
leistungen für Kraftfahrzeuge (0 %
bzw. +6,0 %) und die Tarifierhebun-
gen im Nahverkehr (+0,1 % bzw.
+10,8 %) und auf dem Versicherungs-
sektor (0 % bzw. +4,6 %) haben in den
Hauptgruppen „Güter für Verkehr und
Nachrichtenübermittlung“ (geg.
Vorm.: +0,2 %; geg. Vorj.: +2,5 %)
und „Güter für die pers. Ausstattung,
Dienstleistungen des Beherbergungs-
gewerbes sowie Güter sonst. Art“

(geg. Vorm.: +0,3 %; geg. Vorj.:
+2,8 %) entscheidend zum Anstieg
des Preisniveaus beigetragen.

Für 4-Personen-Arbeitnehmer-Haus-
halte mit mittlerem Einkommen be-
trägt die Indexveränderung im Dezem-
ber 1988/87 +1,5 % (122,2 Punkte), für
4-Personen-Haushalte von Angestell-
ten und Beamten mit höherem Ein-
kommen +1,7 % (124,0 Punkte) und
für 2-Personen-Haushalte von Renten-
und Sozialhilfeempfängern +1,3 %
(121,4 Punkte).

Für das Jahr 1988 errechnen sich ge-
genüber 1987 folgende durchschnittli-
che Jahressteigerungsraten:

- Alle privaten Haushalte: +1,1 %
(1987/86: +0,1 %)
- 4-Personen-Arbeitnehmer-Haus-
halte mit mittlerem Einkommen:
+0,9 % (1987/86: –0,1 %)
- 4-Personen-Haushalte von Ange-
stellten und Beamten mit höherem
Einkommen: +1,3 % (1987/86:
+0,3 %);
- 2-Personen-Haushalte von Renten-
und Sozialhilfeempfängern: +0,6
% (1987/86: –0,6 %)

Aktuelle LDS-Veröffentlichungen

Statistisches Jahrbuch Nordrhein-Westfalen 1988 (742 S., 42,00 DM; Bestell-Nr. Z 02 1 8800)

Als umfassende Querschnittsveröffentlichung vereinigt das Statistische Jahrbuch Ergebnisse aus nahezu allen Bereichen der amtlichen Statistik in sich. Jahr für Jahr bietet es eine Gesamtschau der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Situation Nordrhein-Westfalens und zeigt zugleich Strukturen und Entwicklungstendenzen auf.

Gegliedert in 25 Hauptabschnitte mit gut 420 Tabellen und rund 30 Grafiken, enthält es neben einer Fülle von Landesergebnissen auch einige Übersichten mit Resultaten für die Kreise und kreisfreien Städte NRWs, außerdem Vergleichsdaten für die Länder der Bundesrepublik Deutschland.

Ein detailliertes Inhaltsverzeichnis und ein ausführliches Stichwortregister erschließen den Zugang zu diesem zuverlässigen Nachschlagewerk.

Kreisstandardzahlen Nordrhein-Westfalen 1988 (134 S., 9,00 DM; Bestell-Nr.: Z 03 1 8800)

In ihrem 38. Jahrgang bieten die Kreisstandardzahlen wiederum ein breites Spektrum von Eckdaten aus vielen Bereichen der amtlichen Statistik, übersichtlich zusammengestellt für die Ebene der kreisfreien Städte und Kreise des Landes. Inhaltlich entspricht die Veröffentlichung im wesentlichen der Ausgabe 1987; neu hinzugekommen ist ein alphabetisches Sachregister, das den Umgang mit diesem handlichen Kompendium noch mehr erleichtert.

Die Gemeinden NRWs – Informationen aus der amtlichen Statistik (240 S., 14,00 DM; Bestell-Nr.: Z 04 1 8800)

Neu konzipiert wurde diese Querschnittsveröffentlichung mit ausgewählten Eckdaten für die Gemeinden des Landes Nordrhein-Westfalen: Das größere Format (DIN A5) sorgt für bessere Lesbarkeit, und die nicht mehr alphabetische, sondern der räumlichen Gliederung des Landes folgende Sortierung der Daten erleichtert Vergleiche mit der Nachbargemeinde oder dem Kreis- und Regierungsbezirks-Durchschnitt.

Unverändert reichhaltig blieb das Daten-Angebot: Die Veröffentlichung enthält Zahlen zu 173 Merkmalen aus vielen Bereichen der amtlichen Statistik für alle 23 kreisfreien Städte und 373 kreisangehörigen Gemeinden, außerdem Summen für die 31 Kreise, die fünf Regierungsbezirke und das Land NRW.

Zu beziehen
direkt vom Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik NRW (LDS),
Postfach 1105, Mauerstraße 51, 4000 Düsseldorf.

Auf Wunsch senden wir Ihnen gern unser Veröffentlichungsverzeichnis.



Tabellenteil

Betriebe, Beschäftigte und Umsatz im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe 1978 und 1987 nach Wirtschaftszweigen						
Lfd. Nr.	Hauptgruppe Wirtschaftszweig	Betriebe ¹⁾				Veränderung 1987 gegenüber 1978
		1978		1987		
		Anzahl	%	Anzahl	%	
1	Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe	11 984	100	10 808	100	— 9,8
2	Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	5 195	43,3	5 030	46,5	— 3,2
3	darunter Schiffbau	19	0,2	13	0,1	—31,6
4	Luft- und Raumfahrzeugbau	7	0,1	8	0,1	+14,3

1) Monatsmittelwert über das Jahr – 2) ohne Umsatzsteuer – – – Quelle: Monatsbericht im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe

Beschäftigte und Umsatz im Schiffbau sowie im Luft- und Raumfahrzeugbau 1978 – 1987												
Jahr	Beschäftigte ¹⁾						Umsatz ²⁾					
	insgesamt		davon				insgesamt		davon			
			Arbeiter		Angestellte				Inlandsumsatz		Auslandsumsatz	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	1 000 DM	%	1 000 DM	%	1 000 DM	%
Schiffbau												
1978	1 869	100	1 566	83,8	303	16,2	129 469	100				
1979	1 539	100	1 255	81,5	284	18,5	116 027	100	93 566	80,6	22 461	19,4
1980	1 500	100	1 219	81,3	281	18,7	149 124	100	85 299	57,2	63 825	42,8
1981	1 559	100	1 272	81,6	287	18,4	150 116	100	91 267	60,8	58 849	39,2
1982	1 434	100	1 155	80,5	279	19,5	139 940	100	70 613	50,5	69 327	49,5
1983	1 106	100	885	80,0	221	20,0	106 196	100	69 073	65,0	37 123	35,0
1984	1 062	100	834	78,5	228	21,5	88 359	100	63 602	72,0	24 757	28,0
1985	1 035	100	818	79,0	217	21,0	94 806	100	69 674	73,5	25 132	26,5
1986	952	100	737	77,4	215	22,6	97 890	100	63 660	65,0	34 230	35,0
1987	867	100	682	78,7	185	21,3	98 245	100	67 285	68,5	30 960	31,5
Luft- und Raumfahrzeugbau												
1982	1 299	100	556	42,8	743	57,2	179 316	100	105 361	58,8	73 955	41,2
1983	1 338	100	569	42,5	769	57,5	189 895	100	111 627	58,8	78 268	41,2
1984	1 435	100	611	42,6	824	57,4	230 833	100	144 981	62,8	85 852	37,2
1985	1 484	100	648	43,7	836	56,3	264 251	100	152 620	57,8	111 631	42,2
1986	1 605	100	700	43,6	905	56,4	268 388	100	160 012	59,6	108 376	40,4
1987	1 658	100	692	41,7	966	58,3	216 278	100	150 486	69,6	65 792	30,4

1) Monatsmittelwert über das Jahr – 2) ohne Umsatzsteuer – – – Quelle: Monatsbericht im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe

Beschäftigte ¹⁾					Umsatz ²⁾					Lfd. Nr.
1978		1987		Veränderung 1987 gegenüber 1978	1978		1987		Veränderung 1987 gegenüber 1978	
Anzahl	%	Anzahl	%		1 000 DM	%	1 000 DM	%		
2 248 169	100	1 951 560	100	-13,2	303 426 602	100	408 384 502	100	+34,6	1
919 139	40,9	862 004	44,2	- 6,2	102 136 745	33,7	151 498 170	37,1	+48,3	2
1 869	0,1	867	0	-53,6	129 469	0	98 245	0	-24,1	3
.	0,1	1 658	0,1	+34,6	.	0	216 278	0,1	+82,5	4

Investitionen und Aufwendungen für gemietete und gepachtete Sachanlagen der Betriebe im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe 1978 – 1986 nach Wirtschaftszweigen

Jahr	Betriebe (31. 12.) mit Investitionen	Investitionen			Aufwendungen für gemietete und gepachtete Sachanlagen		
		insgesamt	je Beschäftigten	Verhältnis zum Umsatz in %	1 000 DM	Verhältnis zu den Investitionen %	Verhältnis zum Umsatz in %
	Anzahl	1 000 DM	DM				
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe							
1978	9 851	11 754 380	5 234	3,9	1 617 751	13,8	0,5
1979	10 131	13 187 737	5 900	3,9	2 078 673	15,8	0,6
1980	9 619	15 004 600	6 777	4,2	2 129 041	14,2	0,6
1981	9 707	15 305 378	7 119	4,2	2 482 195	16,2	0,7
1982	9 368	14 900 709	7 205	4,1	2 985 037	20,0	0,8
1983	9 331	16 531 852	8 338	4,4	3 303 155	20,0	0,9
1984	9 209	15 372 553	7 879	3,8	3 385 605	22,0	0,8
1985	9 092	17 731 938	9 023	4,2	3 545 075	20,0	0,8
1986	9 144	18 513 523	9 343	4,5	3 554 859	19,2	0,9
Investitionsgüter produzierendes Gewerbe							
1978	4 367	3 660 582	3 981	3,6	556 729	15,2	0,5
1979	4 567	4 221 958	4 589	3,9	753 120	17,8	0,7
1980	4 355	4 330 098	4 748	3,9	807 571	18,7	0,7
1981	4 417	4 312 825	4 839	3,8	946 978	22,0	0,8
1982	4 304	4 198 571	4 842	3,6	1 085 087	25,8	0,9
1983	4 320	4 996 954	5 997	4,1	1 217 551	24,4	1,0
1984	4 280	5 276 729	6 382	4,1	1 279 976	24,3	1,0
1985	4 292	5 734 924	6 752	4,1	1 395 768	24,3	1,0
1986	4 370	6 107 971	7 027	4,1	1 490 548	24,4	1,0
darunter							
Schiffbau							
1978	13	4 079	2 200	3,2	427	10,5	0,3
1979	13	11 509	7 813	9,9	711	6,2	0,6
1980	12	2 283	1 502	1,6	342	15,0	0,2
1981	14	3 613	2 254	2,4	.	.	.
1982	9	3 083	2 201	2,2	.	.	.
1983	8	6 883	6 280	6,5	301	4,4	0,3
1984	10	3 499	3 326	4,0	266	7,6	0,3
1985
1986	11	3 478	3 756	3,6	300	8,6	0,3
Luft- und Raumfahrzeugbau							
1982
1983	6 244	.	.
1984	6 121	.	.
1985	7	3 855	3 443	.	6 396	165,9	.
1986	8	8 492	5 184	3,2	9 388	110,6	3,5

Quelle: Investitionserhebung im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe

Beschäftigte (30. 9.), Umsatz und Investitionen der Betriebe im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe 1978 und 1986 nach Wirtschaftszweigen					
Merkmal	Die 3, 6 und 10 größten Betriebe jeweils in bezug auf Beschäftigte, Umsatz und Investitionen	1978		1986	
		absolut	Anteil an den Betrieben insgesamt %	absolut	Anteil an den Betrieben insgesamt %
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe					
Beschäftigte (30. 9.)	3	104 471	4,7	94 941	4,8
	6	162 602	7,2	139 727	7,1
	10	211 449	9,4	185 486	9,4
	Betriebe insgesamt	2 245 934	100	1 981 594	100
Umsatz (1 000 DM) ¹⁾	3	17 924 975	5,9	26 276 214	6,4
	6	32 024 075	10,6	48 046 278	11,7
	10	42 548 820	14,1	63 948 783	15,5
	Betriebe insgesamt	301 379 948	100	412 046 979	100
Investitionen (1 000 DM)	3	1 217 598	10,4	1 396 803	7,5
	6	1 993 592	17,0	2 228 759	12,0
	10	2 447 211	20,8	3 050 364	16,5
	Betriebe insgesamt	11 754 380	100	18 513 523	100
Schiffbau					
Beschäftigte (30. 9.)	3	895	48,3	635	68,6
	6	1 386	74,8	796	86,0
	10	1 618	87,3	908	98,1
	Betriebe insgesamt	1 854	100	926	100
Umsatz (1 000 DM) ¹⁾	3	65 790	51,4	70 447	72,4
	6	96 526	75,4	86 936	89,3
	10	113 708	88,9	96 681	99,3
	Betriebe insgesamt	127 948	100	97 370	100
Investitionen (1 000 DM)	3	3 344	82,0	3 145	90,4
	6	3 720	91,2	3 422	98,4
	10	4 027	98,7	3 473	99,9
	Betriebe insgesamt	4 079	100	3 478	100
Luft- und Raumfahrzeugbau					
Beschäftigte (30. 9.)	3	.	.	1 186	72,4
	6	.	.	1 585	96,8
	10
	Betriebe insgesamt	.	.	1 638	100
Umsatz (1 000 DM) ¹⁾	3	.	.	220 217	82,1
	6	.	.	264 774	98,7
	10
	Betriebe insgesamt	.	.	268 389	100
Investitionen (1 000 DM)	3	.	.	6 969	82,1
	6	.	.	8 345	98,3
	10
	Betriebe insgesamt	.	.	8 492	100

1) ohne Umsatzsteuer — — — Quelle: Investitionserhebung im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe; bedingt durch ein anderes Erhebungskonzept weichen die Angaben vom Monatsbericht im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe ab.

Gemeinde- gruppierung (bezeichnet durch die Anzahl der gebildeten Regionen)	Normiertes Gewicht, das ein zur Abgrenzung der Regionen verwendetes Merkmal (bezeichnet durch ein kennzeichnendes Stichwort) für die nebenstehende Gemeindegruppierung bzw. im Durchschnitt aller Gruppierungen hat										
	Zuzüge	Fortzüge	Verar- beitendes Gewerbe u. a.	Landwirt- schaft u. a.	Gebiets- körper- schaften u. a.	Energie- versorgung u. a.	Bevölke- rungsver- änderung	Kreditin- stitute u. a.	Handel u. a.	CDU -Anteil	SPD -Anteil
10	0,7542	0,7518	1	0,6503	0,6147	0,5539	0,3145	0,4364	0,3903		0,2461
20	1	0,9320	0,6681	0,4362	0,3973	0,3670	0,4120	0,2931	0,2654	0,1760	
30	1	0,9176	0,7358	0,4787	0,4433	0,4118	0,4091	0,3245	0,2934		0,1610
40	1	0,9204	0,8831	0,5648	0,5382	0,4848	0,4113	0,3852	0,3445		0,1870
50	1	0,9061	0,8880	0,6047	0,5463	0,4752	0,4058	0,3876	0,3538	0,1834	
60	0,9538	0,8784	1	0,6725	0,6146	0,5518	0,3922	0,4361	0,3967		0,2255
70	1	0,9045	0,8500	0,5737	0,5240	0,4869	0,4080	0,3826	0,3385		0,2209
80	1	0,9114	0,9991	0,6525	0,6168	0,5957	0,4068	0,4443	0,3936	0,1855	
90	0,9623	0,8850	1	0,6512	0,6166	0,5917	0,3917	0,4408	0,3942	0,1963	
100	1	0,9055	0,7823	0,5145	0,4806	0,4630	0,4088	0,3492	0,3098	0,2162	
Durchschnitt aller Grup- pierungen	1	0,9203	0,8874	0,5837	0,5427	0,5030	0,4094	0,3912	0,3509	0,2007	0,1998



Zahlenspiegel

Zahlenspiegel Nordrhein-Westfalen

Die mit einem Stern versehenen Positionen werden von allen statistischen Landesbehörden im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

Lfd. Nr.	Merkmal	Einheit	1986	1987
			Monatsdurchschnitt	
Bevölkerung und Erwerbstätigkeit				
1	* Bevölkerung am Monatsende	1 000	16 671	16 681
Natürliche Bevölkerungsbewegung ¹⁾				
2	* Eheschließungen ²⁾	Anzahl	8 617	8 787
3		je 1 000 Einw. und 1 Jahr	6,2	6,3
4	* Lebendgeborene ³⁾	Anzahl	14 324	14 759
5		je 1 000 Einw. und 1 Jahr	10,3	10,6
6	Totgeborene	je 1 000 Geborene	4,1	4,3
7	* Gestorbene ⁴⁾ ohne Totgeborene	Anzahl	15 953	15 464
8		je 1 000 Einw. und 1 Jahr	11,5	11,1
9	* darunter im ersten Lebensjahr	Anzahl	146	139
10		je 1 000 Lebendgeborene	10,2	9,5
11	* Geburten- (+) bzw. Sterbefallüberschuß (-)	Anzahl	-1 628	-705
12		je 1 000 Einw. und 1 Jahr	-1,2	-0,5
Wanderungen				
13	* über die Grenzen des Landes Zugezogene	Anzahl	20 053	21 068
14	* über die Grenzen des Landes Fortgezogene	"	18 220	18 130
15	* Wanderungsgewinn (+) bzw. -verlust (-)	"	+1 833	+2 938
16	* innerhalb des Landes Umgezogene ⁵⁾	"	38 133	36 895
Arbeitsmarkt				
17	* Arbeitslose am Monatsende	1 000	724	739
18	* darunter Männer	"	394	407
Landwirtschaft				
Viehbestand ⁶⁾				
19	* Rindvieh (einschl. Kälbern)	1 000	2 016	1 949
20	* darunter Milchkühe (ohne Ammen- und Mutterkühe)	"	610	567
21	* Schweine	"	6 466	6 282
22	* darunter Schlacht- und Mastschweine	"	2 405	2 375
23	* Zuchtsauen	"	728	668
24	* darunter trächtig	"	481	441
Schlachtungen von Inlandtieren				
25	* Rinder	1 000 St.	76	76
26	* Kälber	"	26	26
27	* Schweine	"	1 005	1 016
28	* darunter Hausschlachtungen	"	14	12
29	* Schlachtmengen ⁷⁾	1 000 t	108	111
30	* darunter Rinder	"	23	23
31	* Kälber	"	3	3
32	* Schweine	"	82	85
Geflügel				
eingelegte Bruteier ⁸⁾				
33	* für Legehennenküken zum Gebrauch	1 000	1 705	1 687
34	* für Masthühnerküken zum Gebrauch	"	2 992	3 147
35	* Geflügelfleisch ⁹⁾	1 000 kg	3 711	3 729
Milcherzeugung				
36	* Kuhmilcherzeugung	1 000 t	269	247
37	* darunter an Molkereien und Händler geliefert	%	96,8	96,5
38	* Milchleistung je Kuh und Tag	kg	14,2	13,8
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe ¹⁰⁾				
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe insgesamt				
39	Auftragseingangindex (nominal)	1985 = 100	98	98
40	* Index der Nettoproduktion (von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt)	1985 = 100	101	100
41	* Beschäftigte am Monatsende (einschl. der tätigen Inhaber)	1 000	1 964	1 952
42	* darunter Arbeiter (einschl. der gewerblich Auszubildenden)	"	1 373	1 355
43	* geleistete Arbeiterstunden	"	188 724	184 644
44	* Löhne (brutto)	Mill. DM	4 345	4 398
45	* Gehälter (brutto)	"	2 929	3 059
46	* Gesamtumsatz (ohne MWSt.)	"	34 439	34 032
47	* darunter Auslandsumsatz	"	10 091	9 813

1) Bei den Werten des Jahres 1988 handelt es sich um vorläufige Werte. – 2) nach dem Ereignisort – 3) nach der Wohngemeinde der Mutter 4) nach der Wohngemeinde des 7) aus gewerbli. Schlachtungen (ohne Geflügel); einschl. Schlachtfetten, jedoch ohne Innereien – 8) in Betrieben mit einem Fassungsvermögen von 1 000 und mehr Eiern – nur aus Schlachtungen inländischen Geflügels – 10) Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten

1987			1988				Lfd. Nr.
August	September	Oktober	Juli	August	September	Oktober	
16 682	16 691	16 694	1
9 918	10 148	9 485	2
7,0	7,4	6,7	3
15 534	15 833	14 688	4
11,0	11,5	10,4	5
4,4	4,3	3,6	6
14 732	14 145	16 018	7
10,4	10,3	11,3	8
121	130	140	9
7,8	8,2	9,5	10
+802	+1 688	-1 330	11
+0,6	+1,2	-0,9	12
24 490	28 130	26 763	13
19 903	21 309	22 272	14
+4 587	+6 821	+4 491	15
37 491	41 093	40 225	16
745	729	723	758	744	727	717	17
401	391	386	406	397	386	380	18
.	19
.	20
6 670	.	.	.	6 312	.	.	21
2 414	.	.	.	2 326	.	.	22
715	.	.	.	659	.	.	23
470	.	.	.	431	.	.	24
71	85	95	60	74	77	78	25
27	27	28	22	21	20	22	26
984	1 027	1 068	922	1 042	960	988	27
4	5	9	3	3	4	7	28
108	116	122	100	115	109	111	29
22	26	28	19	23	24	24	30
3	3	4	3	3	3	3	31
83	87	90	78	88	82	84	32
1 853	1 691	962	1 083	1 624	1 242	968	33
3 335	3 066	2 960	3 248	3 465	3 273	2 717	34
3 566	3 867	3 991	3 629	3 896	4 060	4 251	35
252	225	220	265	253	230	227	36
96,9	96,4	95,7	258	244	96,0	95,1	37
14,0	12,9	12,2	15,6	14,8	13,9	13,3	38
89	105	105r	98	103	113	112	39
86	101	103r	92	90	106	110	40
1 957	1 965	1 954	1 943	1 954	1 958	1 949	41
1 361	1 365	1 355	1 348	1 356	1 357	1 350	42
165 713	190 557	196 856	167 015	179 117	190 955	189 318	43
4 387	4 362	4 894	4 430	4 589	4 477	4 918	44
2 927	2 920	2 949	3 102	3 011	3 027	3 077	45
30 375	37 289	37 124	32 781	33 779	40 464	39 509	46
8 454	10 580	10 680	9 539	9 352	12 164	11 415	47

Verstorbenen – 5) ohne innerhalb der Gemeinde Umgezogene – 6) statt Monatsdurchschnitt 1986 bzw. 1987: Viehbestand am 3. Dezember 1986 bzw. 3. Dezember 1987 – 9) aus Schlachtungen inländischen und ausländischen Geflügels in Schlachtereien mit einer Schlachtkapazität von 2 000 und mehr Tieren im Monat – bis einschließlich 1986

Zahlenspiegel Nordrhein-Westfalen

Die mit einem Stern versehenen Positionen werden von allen statistischen Landesbehörden im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

Lfd. Nr.	Merkmal	Einheit	1986	1987
			Monatsdurchschnitt	
	Noch: Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe¹⁾			
1	* Kohleverbrauch	1 000 t SKE ²⁾	1 998	2 046
2	* Gasverbrauch ³⁾	Mill. m ³	978	1 070
3	* Stadt-, Kokerei- und Ferngas	"	353	389
4	* Erd- und Erdölgas	"	625	681
5	* Heizölverbrauch	1 000 t	466	459
6	* leichtes Heizöl	"	134	178
7	* schweres Heizöl	"	332	281
8	* Stromverbrauch	Mill. kWh	6 445	6 416
9	* Stromerzeugung (industrielle Eigenerzeugung)	"	2 685	2 824
	Bergbau			
10	* Index der Nettoproduktion (von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt)	1985 = 100	98	90
11	Beschäftigte (einschl. der tätigen Inhaber) ⁴⁾	1 000	160	156
12	darunter Arbeiter (einschl. der gewerblich Auszubildenden)	"	130	126
13	geleistete Arbeiterstunden	"	15 396	14 485
14	Löhne (brutto)	Mill. DM	443	436
15	Gehälter (brutto)	"	175	177
16	Gesamtumsatz (ohne MWSt.)	"	2 041	1 999
17	darunter Auslandsumsatz	"	247	214
	Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe			
18	Auftragseingangsindex (nominal)	1985 = 100	91	89
19	* Index der Nettoproduktion (von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt)	1985 = 100	98	97
20	Beschäftigte (einschl. der tätigen Inhaber) ⁴⁾	1 000	525	514
21	darunter Arbeiter (einschl. der gewerblich Auszubildenden)	"	351	338
22	geleistete Arbeiterstunden	"	48 260	46 322
23	Löhne (brutto)	Mill. DM	1 218	1 204
24	Gehälter (brutto)	"	939	979
25	Gesamtumsatz (ohne MWSt.)	"	12 667	11 917
26	darunter Auslandsumsatz	"	4 007	3 850
	Investitionsgüter produzierendes Gewerbe			
27	Auftragseingangsindex (nominal)	1985 = 100	103	105
28	* Index der Nettoproduktion (von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt)	1985 = 100	104	103
29	Beschäftigte (einschl. der tätigen Inhaber) ⁴⁾	1 000	860	862
30	darunter Arbeiter (einschl. der gewerblich Auszubildenden)	"	591	589
31	geleistete Arbeiterstunden	"	82 317	81 106
32	Löhne (brutto)	Mill. DM	1 851	1 893
33	Gehälter (brutto)	"	1 326	1 389
34	Gesamtumsatz (ohne MWSt.)	"	12 347	12 625
35	darunter Auslandsumsatz	"	4 659	4 571
	Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe			
36	Auftragseingangsindex (nominal)	1985 = 100	102	105
37	* Index der Nettoproduktion (von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt)	1985 = 100	102	103
38	Beschäftigte (einschl. der tätigen Inhaber) ⁴⁾	1 000	316	317
39	darunter Arbeiter (einschl. der gewerblich Auszubildenden)	"	234	235
40	geleistete Arbeiterstunden	"	32 632	32 683
41	Löhne (brutto)	Mill. DM	652	679
42	Gehälter (brutto)	"	346	365
43	Gesamtumsatz (ohne MWSt.)	"	4 581	4 718
44	darunter Auslandsumsatz	"	975	986
	Nahrungs- und Genußmittelgewerbe			
45	* Index der Nettoproduktion (von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt)	1985 = 100	103	103
46	Beschäftigte (einschl. der tätigen Inhaber) ⁴⁾	1 000	103	103
47	darunter Arbeiter (einschl. der gewerblich Auszubildenden)	"	67	67
48	geleistete Arbeiterstunden	"	10 119	10 048
49	Löhne (brutto)	Mill. DM	181	186
50	Gehälter (brutto)	"	143	149
51	Gesamtumsatz (ohne MWSt.)	"	2 803	2 773
52	darunter Auslandsumsatz	"	203	192
	Handwerk⁵⁾			
53	* Beschäftigte (einschl. der tätigen Inhaber) ⁶⁾	30. 9. 76 = 100	93,2	92,6
54	* Gesamtumsatz (ohne Umsatzsteuer)	Vj.-D. 1976 = 100	129,1	133,6

1) Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten; – seit 1985 werden Brennstoffverbräuche nur noch vierteljährlich (für das Berichtsquartal) kJ/m³ – 4) am Monatsende – 5) ohne handwerkliche Nebenbetriebe – 6) am Ende des Berichtsquartals

1987			1988				Lfd. Nr.
August	September	Oktober	Juli	August	September	Oktober	
.	5 716	.	.	.	6 053	.	1
.	2 986	.	.	.	2 810	.	2
.	1 207	.	.	.	898	.	3
.	1 779	.	.	.	1 912	.	4
.	1 192	.	.	.	1 133	.	5
.	482	.	.	.	434	.	6
.	710	.	.	.	699	.	7
6 112	6 362	6 683	6 434	6 506	6 822	6 892	8
2 472	2 583	3 080	2 693	2 604	2 690	3 052	9
82	81	87r	78	76	80	86	10
153	156	154	147	147	148	146	11
124	127	125	119	118	119	118	12
12 431	13 979	14 702	12 107	12 787	13 237	13 485	13
394	394	742	381	387	379	721	14
170	169	170	168	166	168	168	15
1 670	1 909	2 179	1 645	1 749	1 935	2 983	16
158	190	193	158	185	182	328	17
82	93	95r	91	96	102	101	18
90	97	98r	98	97	105	107	19
513	515	512	505	508	508	507	20
338	339	336	330	333	333	332	21
42 310	46 865	48 525	42 762	45 060	46 666	46 732	22
1 185	1 249	1 270	1 201	1 231	1 279	1 288	23
928	930	963	992	965	960	1 013	24
11 234	12 708	12 781	12 447	12 842	14 210	13 867	25
3 546	4 126	4 114	3 990	4 138	4 663	4 540	26
93	110	111r	108	106	116	121	27
82	107	108r	91	85	111	116	28
865	868	864	860	865	868	864	29
592	593	590	589	592	593	590	30
72 272	84 473	87 625	72 801	77 833	84 902	84 194	31
1 958	1 874	1 977	1 954	2 046	1 928	1 982	32
1 348	1 337	1 320	1 418	1 374	1 382	1 365	33
10 708	14 442	13 911	11 501	11 260	15 546	14 027	34
3 674	4 911	5 080	4 173	3 724	5 788	5 119	35
95	123	117r	95	112	133	121	36
83	108	111r	86	91	112	113	37
319	320	319	325	327	327	327	38
237	236	236	241	243	243	242	39
28 641	34 594	35 217	29 419	32 742	35 507	34 541	40
664	660	707	709	730	700	728	41
344	346	347	379	362	369	374	42
4 148	5 368	5 354	4 435	4 929	5 786	5 445	43
897	1 147	1 088	1 017	1 078	1 299	1 187	44
95	102	106r	100	100	104	116	45
107	106	105	106	107	107	105	46
70	70	68	69	70	69	68	47
10 059	10 646	10 787	9 926	10 695	10 643	10 366	48
186	185	198	185	195	191	199	49
137	138	149	145	144	148	157	50
2 615	2 862	2 899	2 753	2 999	2 987	3 187	51
179	206	205	201	227	232	241	52
.	94,5	.	.	.	93,8	.	53
.	136,9	.	.	.	145,1	.	54

erhoben. – 2) eine t Steinkohle oder -briketts = 1,03 t Steinkohlenkoks = 1,45 t Braunkohlenbriketts = 3,85 t Rohbraunkohle – 3) umgerechnet auf den Heizwert von 35 169

Zahlenspiegel Nordrhein-Westfalen

Die mit einem Stern versehenen Positionen werden von allen statistischen Landesbehörden im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

Lfd. Nr.	Merkmal	Einheit	1986	1987
			Monatsdurchschnitt	
Öffentliche Energieversorgung				
1	* Stromerzeugung (brutto)	Mill. kWh	11 097	11 148
2	* Stromverbrauch (einschl. Verlusten)	"	9 935	10 048
3	Stromabgabe der industriellen Eigenanlagen an Fremde	"	1 667	1 778
Bauhauptgewerbe				
Bauhauptgewerbe (nach der Totalerhebung hochgerechnet)				
4	* Beschäftigte (einschl. der tätigen Inhaber) ¹⁾	Anzahl	227 477	222 091
5	* geleistete Arbeitsstunden	1 000	23 824	22 799
6	* darunter für Wohnungsbauten	"	7 825	7 222
7	* gewerbliche und industrielle Bauten ²⁾	"	8 643	8 635
8	* Verkehrs- und öffentliche Bauten	"	7 356	6 941
9	* Löhne (brutto)	Mill. DM	528,2	519,1
10	* Gehälter (brutto)	"	143,4	146,4
11	* baugewerblicher Umsatz (ohne MWSt.)	"	1 902,2	1 920,4
Bautätigkeit und Wohnungswesen				
Baugenehmigungen				
12	* Wohngebäude (nur Neu- und Wiederaufbau)	Anzahl	2 154	1 962
13	* darunter mit 1 und 2 Wohnungen	"	2 014	1 867
14	* Rauminhalt	1 000 m ³	2 006	1 742
15	* veranschlagte Kosten der Bauwerke	1 000 DM	629 158	550 629
16	* Wohnfläche	1 000 m ²	335	287
17	* Nichtwohngebäude (nur Neu- und Wiederaufbau)	Anzahl	383	384
18	* Rauminhalt	1 000 m ³	2 145	2 257
19	* veranschlagte Kosten der Bauwerke	1 000 DM	384 297	429 621
20	* Nutzfläche	1 000 m ²	348	364
21	* Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	3 734	3 026
Handel und Gastgewerbe				
22	* Index der Umsätze im Einzelhandel ³⁾	1986 = 100	100,0	104,3
davon des Einzelhandels mit				
23	Nahrungsmitteln, Getränken, Tabakwaren	"	100,0	102,2
24	Textilien, Bekleidung, Schuhen, Lederwaren	"	100,0	102,7
25	Einrichtungsgegenständen (ohne elektronische und Haushaltsgroßgeräte)	"	100,0	108,8
26	elektrotechnischen Erzeugnissen, Haushaltsgroß- geräten, Musikinstrumenten	"	100,0	103,4
27	Papierwaren, Druckerzeugnissen, Büromaschinen	"	100,0	106,2
28	pharmazeutischen, kosmetischen und medizinischen Erzeugnissen, Reinigungsmitteln	"	100,0	106,0
29	Kraft- und Schmierstoffen (Tankstellen ohne Agenturtankstellen)	"	100,0	103,7
30	Fahrzeugen, Fahrzeugteilen, -zubehör und -reifen	"	100,0	108,7
31	sonstigen Waren, Waren verschiedener Art ⁴⁾	"	100,0	103,7
32	Index der Umsätze im Großhandel ⁵⁾	1986 = 100	100,0	96,9
davon des Großhandels mit				
33	Rohstoffen und Halbwaren	"	100,0	91,7
34	Fertigwaren	"	100,0	102,0
35	* Index der Umsätze im Gastgewerbe ³⁾	1986 = 100	100,0	104,3
36	davon Beherbergungsgewerbe	"	100,1	110,4
37	Gaststättengewerbe	"	100,0	102,3
38	Kantinen	"	100,0	107,6
Handel mit der DDR und Berlin (Ost)				
39	Bezüge Nordrhein-Westfalens	1 000 DM	180 234	167 572
40	Lieferungen Nordrhein-Westfalens	"	190 629	193 903
41	* Ausfuhr insgesamt	Mill. DM	11 548,9	11 239,2
42	* davon Güter der Ernährungswirtschaft	"	322,4	308,3
43	* Güter der gewerblichen Wirtschaft	"	11 226,5	10 930,9
44	* davon Rohstoffe	"	264,4	222,9
45	* Halbwaren	"	867,5	810,6
46	* Fertigwaren	"	10 094,6	9 897,5
47	* davon Vorerzeugnisse	"	3 123,8	3 038,8
48	* Enderzeugnisse	"	6 970,8	6 858,7
Ausfuhr nach ausgewählten Verbrauchsländern				
49	Belgien und Luxemburg	Mill. DM	1 300,0	1 335,4
50	Dänemark	"	250,9	221,1
51	Frankreich	"	1 172,6	1 161,5
52	Griechenland	"	93,3	86,8
53	Großbritannien	"	1 025,7	1 002,5
54	Italien	"	794,6	776,0
55	Niederlande	"	1 308,5	1 297,6
56	Portugal	"	68,6	82,2
57	Republik Irland	"	66,9	63,0
58	Spanien	"	299,8	336,5

1) am Monatsende – 2) einschl. landwirtschaftlichen Baus – 3) einschl. Mehrwertsteuer; Berichtsmonat: vorläufige Ergebnisse; Vormonate: endgültige Ergebnisse – gültige Ergebnisse

1987			1988				Lfd. Nr.
August	September	Oktober	Juli	August	September	Oktober	
9 590	10 002	11 027	9 158	9 756	10 433	10 600	1
8 445	9 292	10 120r	8 937	9 110	2
1 545	1 637	2 008	1 565	1 548	1 588	1 894	3
225 566	226 227	225 756	216 483p	218 719p	218 275p	...	4
23 381	27 957	28 451	22 975p	24 881p	26 325p	...	5
7 235	8 818	8 904	6 901p	7 437p	8 022p	...	6
8 839	10 002	10 430	9 074p	9 714p	10 141p	...	7
7 307	9 137	9 117	7 000p	7 730p	8 162p	...	8
556,5	574,4	600,6	552,8p	593,2p	569,7p	...	9
141,0	139,1	139,9	150,2p	150,6p	144,6p	...	10
2 046,5	2 212,5	2 349,8	2 102,4p	2 221,7p	2 286,5p	...	11
2 199	2 195	2 033	2 763	2 358	2 367	2 592	12
2 113	2 107	1 929	2 646	2 237	2 229	2 475	13
1 926	1 946	1 810	2 452	2 168	2 133	2 278	14
618 768	601 370	564 764	770 026	680 640	671 898	716 362	15
315	318	300	400	362	357	381	16
393	455	431	484	392	469	437	17
2 195	2 301	2 582	3 244	3 669	3 026	3 298	18
506 108	376 481	473 639	614 146	1 273 578	518 058	1 188 459	19
364	370	423	512	634	451	481	20
3 354	3 296	3 095	4 040	3 739	3 681	3 812	21
90,5	98,5	111,6	103,9	98,2	104,0	109,3	22
94,9	98,1	107,1	102,0	101,4	102,3	104,2	23
82,6	93,3	127,6	93,3	81,2	101,6	117,5	24
84,8	108,4	119,2	108,0	104,2	115,0	128,7	25
89,2	100,4	119,5	89,1	92,3	98,7	104,6	26
104,7	109,3	113,4	104,4	116,8	114,9	121,4	27
95,6	101,3	112,8	112,4	105,8	107,4	111,0	28
94,6	96,0	100,5	133,5	129,8	131,0	138,5	29
83,9	104,5	114,6	115,3	98,9	114,6	112,1	30
92,7	92,4	103,5	102,4	97,5	95,6	102,0	31
...	32
...	33
...	34
96,3	106,0	111,6	99,8	103,5	110,1	115,1	35
98,1	128,6	133,5	101,1	106,1	141,9	147,6	36
96,3	99,6	105,0	99,1	102,6	100,4	105,1	37
97,9	106,0	116,1	105,1	105,5	116,5	124,6	38
162 239	154 927	182 148	169 918	177 627	171 107	184 531	39
167 311	159 134	230 986	202 590	155 441	172 673	183 156	40
9 107,3	11 659,5	12 493,5	41
278,5	329,2	375,0	42
8 828,8	11 330,3	12 118,5	43
184,1	227,6	255,3	44
737,2	831,9	907,2	45
7 907,5	10 270,8	10 956,0	46
2 602,7	3 127,6	3 379,5	47
5 304,8	7 143,2	7 576,5	48
1 095,5	1 423,1	1 524,8	49
194,0	237,1	258,5	50
727,8	1 273,7	1 332,9	51
64,3	92,6	93,6	52
812,1	1 070,1	1 173,2	53
457,6	928,8	63,6	54
1 055,5	1 388,7	1 477,6	55
65,1	84,5	86,1	56
43,2	59,9	63,6	57
222,2	364,3	387,2	58

4) u. a. Warenhäuser, SB-Warenhäuser, Verbrauchermärkte und Versandhandel – 5) ohne Mehrwertsteuer; Berichtsmonat: vorläufige Ergebnisse; Vormonate: end-

Zahlenspiegel Nordrhein-Westfalen

Die mit einem Stern versehenen Positionen werden von allen statistischen Landesbehörden im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

Lfd. Nr.	Merkmal	Einheit	1986	1987
			Monatsdurchschnitt	
	Noch: Handel und Gastgewerbe			
1	* EG-Länder zusammen	Mill. DM	6 381,2	6 435,5
2	* EFTA-Länder zusammen	"	1 605,8	1 597,9
3	* übrige Länder	"	3 561,9	3 205,8
	Fremdenverkehr¹⁾			
4	* Gästeankünfte	1 000	766	789
5	* darunter von Auslandsgästen	"	144	159
6	* Gästeübernachtungen	"	2 434	2 462
7	* darunter von Auslandsgästen	"	361	363
	Verkehr			
	Binnenschifffahrt			
8	Güterumschlag in den Binnenhäfen	1 000 t	10 885	10 428
9	* davon Gütereingang	"	6 277	5 929
10	* Güterversand	"	4 608	4 499
11	Güterdurchgang an der Grenzstelle Emmerich	1 000 t	11 400	11 099
12	davon Bergverkehr	"	7 709	7 313
13	Talverkehr	"	3 691	3 786
	Kraftfahrzeuge			
14	* Zulassungen bzw. Anmeldungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge ²⁾	Anzahl	63 410	66 566
15	darunter Personenkraftwagen einschl. Kombinationskraftwagen	"	58 400	61 302
16	Lastkraftwagen	"	2 339	2 458
17	Krafträder einschl. Kraftrollern und Leichtkrafträdern	"	1 716	1 760
	Straßenverkehrsunfälle			
18	Unfälle insgesamt	Anzahl	43 438	45 135
19	* davon mit Personenschaden	"	7 199	6 808
20	mit nur Sachschaden	"	36 329	38 328
21	* getötete Personen	"	151	129
22	* verletzte Personen	"	9 051	8 644
23	darunter schwerverletzte Personen	"	2 543	2 361
	Deutsche Bundesbahn³⁾			
24	Güterempfang	1 000 t	6 860	6 573
25	Güterversand	"	8 552	8 090
26	Güterwagenstellung	1 000	303	282
	Deutsche Bundespost⁴⁾			
27	Briefsendungen	Mill.	248	249
28	Paketsendungen	1 000	4 520	4 599
29	abgehende Ferngespräche	Mill.	251	241
30	aufgegebene Telegramme	1 000	131	127
	Geld und Kredit			
	Kredite und Einlagen⁵⁾			
31	* Kredite an Nichtbanken (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)	Mill. DM	432 520	440 745
32	* darunter Kredite an inländische Nichtbanken	"	423 542	431 033
33	* kurzfristige Kredite (bis 1 Jahr einschl.)	"	86 247	81 836
34	* an Unternehmen und Privatpersonen	"	84 542	79 981
35	* an öffentliche Haushalte	"	1 705	1 855
36	* mittelfristige Kredite (über 1 bis unter 4 Jahre)	"	36 014	33 186
37	* an Unternehmen und Privatpersonen	"	32 409	29 954
38	* an öffentliche Haushalte	"	3 605	3 232
39	* langfristige Kredite (von 4 Jahren und darüber)	"	301 655	317 241
40	* an Unternehmen und Privatpersonen	"	245 989	259 272
41	* an öffentliche Haushalte	"	55 666	57 969
42	durchlaufende Kredite	"	8 604	8 482
43	an Unternehmen und Privatpersonen	"	7 319	7 047
44	an öffentliche Haushalte	"	1 285	1 435

1) in Beherbergungsstätten mit 9 und mehr Gästebetten; ohne Campingplätze – 2) Quelle: Kraftfahrt-Bundesamt – 3) Ergebnisse für die Bereiche der DB-Direktionen Essen
Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute; ohne Landeszentralbank, ohne Kreditinstitute mit überregionalen Sonderaufgaben (ohne

1987			1988				Lfd. Nr.
August	September	Oktober	Juli	August	September	Oktober	
4 737,4	6 923,0	7 402,3	1
1 408,7	1 746,6	1 844,2	2
2 961,2	2 989,9	3 247,0	3
713	976	1 006	747	782	1 050	1 055	4
177	181	173	173	180	203	186	5
2 724	3 044	2 980	2 835	2 880	3 246	3 169	6
476	431	422	470	476	495	478	7
10 264	11 233	11 378	10 877	10 818	11 524	11 575	8
5 996	6 046	6 084	6 241	6 243	6 209	6 266	9
4 268	5 187	5 294	4 636	4 575	5 315	5 309	10
11 508	11 909	12 554	11 761	11 263	11 664	...	11
7 845	7 606	7 965	7 481	7 337	7 080	7 955	12
3 663	4 303	4 589	4 280	3 926	4 584	...	13
48 239	64 326	70 875	65 051	50 831	67 080	59 664	14
44 484	59 887	66 181	59 925	46 520	62 689	55 481	15
1 901	2 618	3 009	2 442	6 154	2 625	2 664	16
1 067	838	553	1 724	1 256	801	523	17
37 444	44 771	49 801	44 447	41 234	46 444	47 790	18
6 431	7 750	8 053	7 295	7 386	7 473	7 299	19
31 013	37 021	41 748	37 152	33 848	38 971	40 791	20
126	124	155	141	145	126	158	21
8 286	9 684	10 091	9 473	9 398	9 558	9 387	22
2 372	2 608	2 686	2 496	2 547	2 479	2 474	23
6 158	6 532	7 262	24
7 468	8 043	8 799	25
261	287	309	26
218	269	274	218	250	266	268	27
3 657	4 451	4 912	3 548	3 906	4 532	4 650	28
242	141	132	259	278	292	271	29
137	141	132	135	142	134	126	30
434 884	437 652	437 761	449 671	448 930	451 697	453 820	31
425 198	427 812	427 962	440 309	439 926	442 755	444 803	32
81 985	82 904	81 579	84 724	80 969	82 716	82 899	33
79 383	81 619	80 551	81 244	79 980	81 796	80 760	34
2 602	1 285	1 028	3 480	989	920	2 139	35
34 110	33 741	33 459	32 473	32 640	32 359	32 300	36
30 728	30 449	30 306	29 850	30 054	29 790	29 790	37
3 382	3 292	3 153	2 623	2 586	2 569	2 510	38
310 165	312 435	314 110	324 159	326 992	328 269	330 220	39
254 096	255 882	257 196	265 511	267 371	268 506	269 809	40
56 069	56 553	56 914	58 648	59 621	59 763	60 411	41
8 624	8 572	8 613	8 315	8 329	8 353	8 401	42
7 248	7 181	7 197	6 824	6 837	6 857	6 908	43
1 376	1 391	1 416	1 491	1 492	1 496	1 493	44

und Köln – 4) Ergebnisse für die Bereiche der Oberpostdirektionen Dortmund, Düsseldorf, Köln und Münster – 5) Die Angaben umfassen die in NW gelegenen Filialnetz) sowie ohne Postgiro- und Postsparkassenämter.

Zahlenspiegel Nordrhein-Westfalen

Die mit einem Stern versehenen Positionen werden von allen statistischen Landesbehörden im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

Lfd. Nr.	Merkmal	Einheit	1986	1987
			Monatsdurchschnitt	
Noch: Geld und Kredit				
1	* Einlagen und aufgenommene Gelder ¹⁾ von Nichtbanken (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)	Mill. DM	392 277	410 662
2	* Sichteinlagen und Termingelder ¹⁾	"	225 605	236 112
3	* von Unternehmen und Privatpersonen	"	184 766	193 601
4	* von öffentlichen Haushalten	"	40 839	42 511
5	* Spareinlagen	"	166 672	174 550
6	* bei Sparkassen	"	99 218	103 138
7	* Gutschriften auf Sparkonten (einschl. Zinsgutschriften)	"	9 755	9 741
8	* Belastungen auf Sparkonten	"	8 823	9 070
Zahlungsschwierigkeiten				
9	* Konkurse (eröffnete und mangels Masse abgelehnte)	Anzahl	480	425
10	* Vergleichsverfahren	"	2	2
11	* Wechselproteste (ohne die bei der Post)	"	3 574	2 623
12	* Wechselsumme	Mill. DM	29	22
Sozialleistungen				
13	Wohngeldempfänger	Anzahl	528 022	577 854
14	davon Empfänger von Mietzuschuß	"	500 576	547 700
15	von Lastenzuschuß	"	27 446	30 155
16	Wohngeldanspruch je Fall	DM	141	147
17	Mietzuschuß je Fall	"	140	146
18	Lastenzuschuß je Fall	"	165	165
Gesetzliche Krankenversicherung (ohne mitversicherte Familienangehörige)				
19	Mitglieder insgesamt	1 000	9 922	9 996
20	darunter Pflichtmitglieder	"	5 724	5 763
21	Rentner und Rentenantragsteller	"	2 962	2 984
Steueraufkommen nach Steuerarten				
22	* Gemeinschaftsteuern	Mill. DM	8 207,7	8 444,4
23	* Steuern vom Einkommen	"	5 134,4	5 187,0
24	* Lohnsteuer ²⁾	"	3 474,6	3 732,1
25	* veranlagte Einkommensteuer	"	800,9	805,3
26	* nichtveranlagte Steuern vom Ertrag	"	227,1	191,9
27	* Körperschaftsteuer ²⁾	"	631,8	457,8
28	* Steuern vom Umsatz	"	3 073,3	3 257,4
29	* Umsatzsteuer	"	1 476,5	1 740,8
30	* Einfuhrumsatzsteuer	"	1 596,8	1 516,6
31	* Bundessteuern	"	1 293,3	1 325,4
32	* darunter Zölle	"	125,6	132,0
33	* Verbrauchsteuern (ohne Biersteuer)	"	1 064,7	1 090,5
34	darunter Mineralölsteuer	"	664,0	701,2
35	* Landessteuern	"	449,9	516,9
36	* darunter Vermögensteuer	"	96,9	122,5
37	* Kraftfahrzeugsteuer	"	210,2	189,0
38	* Biersteuer	"	31,4	32,4
39	* Gemeindesteuern ³⁾	"	2 951,3	2 861,7
40	* darunter Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital (brutto)	"	2 270,1	2 269,2
41	* Grundsteuer A	"	14,1	14,2
42	* Grundsteuer B	"	499,7	523,9
Steuerverteilung auf die Gebietskörperschaften ³⁾				
43	* Steuereinnahmen des Bundes	Mill. DM	16 765,9	17 242,0
44	* darunter Anteil an den Steuern vom Einkommen	"	6 739,6	6 759,6
45	* Anteil an den Steuern vom Umsatz	"	5 992,9	6 351,9
46	* Anteil an der Gewerbesteuerumlage	"	153,6	154,2
47	* Steuereinnahmen des Landes	"	10 890,7	11 299,0
48	* darunter Anteil an den Steuern vom Einkommen	"	6 739,6	6 759,6
49	* Anteil an den Steuern vom Umsatz	"	2 647,7	2 834,5
50	* Anteil an der Gewerbesteuerumlage	"	153,6	154,2
51	* Steuereinnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände	"	4 568,1	4 595,0
52	* darunter Anteil an der Lohn- und veranlagten Einkommensteuer	"	1 924,0	2 041,8
53	* Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital (netto) ⁴⁾	"	1 962,9	1 960,7

1) einschl. durchlaufender Kredite, Sparbriefen, Inhaber-Sparschuldverschreibungen, Sparkassenobligationen u. ä. – 2) nach Berücksichtigung der Einnahmen und

1987			1988				Lfd. Nr.
August	September	Oktober	Juli	August	September	Oktober	
394 733	392 600	395 242	408 968	410 078	409 974	414 622	1
226 202	224 014	226 599	234 655	236 140	236 463	241 272	2
185 397	183 482	186 398	193 967	194 246	195 248	200 060	3
40 805	40 532	40 201	40 688	41 894	41 215	41 212	4
168 531	168 586	168 643	174 313	173 938	173 511	173 350	5
99 744	99 781	99 804	103 257	103 187	102 949	102 895	6
8 747	7 711	8 382	8 346	8 361	7 789	8 152	7
8 283	7 658	8 325	9 072	8 736	8 216	8 313	8
439	382	436	449	344	354	367	9
1	2	-	3	-	1	-	10
2 306	2 451	2 764	2 009	1 915	1 873	1 980	11
18	22	25	17	23	18	17	12
586 918	572 915	577 359	586 293	587 303	571 160	...	13
556 803	543 347	547 026	555 676	557 474	542 043	...	14
30 115	29 568	30 333	30 617	29 829	29 117	...	15
147	146	147	149	148	147	...	16
146	146	146	148	148	147	...	17
163	161	161	160	158	157	...	18
9 966	10 023	10 047	10 027	10 053	10 120	10 139	19
5 731	5 788	5 822	5 788	5 809	5 874	5 903	20
2 984	2 984	2 985	3 010	3 010	3 012	3 015	21
7 124,9	11 178,7	6 936,8	7 794,0	7 236,3	11 831,1	7 332,3	22
3 871,6	8 214,6	3 869,1	4 593,3	4 121,2	8 715,2	3 923,4	23
3 594,0	3 569,2	3 668,9	4 191,0	3 690,6	3 681,3	3 697,7	24
-53,7	2 731,1	90,4	-37,9	-97,8	2 865,2	38,4	25
500,0	41,2	103,9	412,3	774,8	93,5	136,2	26
-168,7	1 873,0	5,9	27,9	-246,4	2 075,2	51,2	27
3 253,3	2 964,1	3 067,8	3 200,7	3 115,1	3 115,9	3 408,9	28
1 742,0	1 611,6	1 478,7	1 512,7	1 557,5	1 522,8	1 673,5	29
1 511,3	1 352,5	1 589,1	1 688,0	1 557,6	1 593,1	1 735,5	30
1 328,1	1 344,8	1 298,2	1 350,7	1 413,4	1 293,0	1 370,0	31
133,5	135,5	141,7	147,6	197,4	122,2	176,0	32
1 064,9	1 129,7	1 091,5	1 126,8	1 072,0	1 103,5	1 127,5	33
707,8	747,8	717,4	724,4	707,9	707,2	748,9	34
614,4	410,5	424,1	461,0	676,9	380,8	384,7	35
287,1	47,9	38,9	20,4	298,8	26,0	41,4	36
177,6	146,1	180,9	242,8	176,1	171,8	165,2	37
14,1	55,6	31,0	45,9	30,8	37,1	31,3	38
.	2 987,6	.	.	.	3 308,5	.	39
.	2 289,7	.	.	.	2 567,0	.	40
.	15,2	.	.	.	15,7	.	41
.	635,3	.	.	.	664,4	.	42
.	17 670,9	.	.	.	17 996,6	.	43
.	7 390,5	.	.	.	7 642,9	.	44
.	5 908,5	.	.	.	6 130,6	.	45
.	146,2	.	.	.	165,9	.	46
.	11 706,5	.	.	.	12 124,9	.	47
.	7 390,5	.	.	.	7 642,9	.	48
.	2 687,8	.	.	.	2 797,4	.	49
.	146,2	.	.	.	165,9	.	50
.	4 806,2	.	.	.	5 120,5	.	51
.	2 111,0	.	.	.	2 143,8	.	52
.	1 997,3	.	.	.	2 235,1	.	53

Ausgaben aus der Zerlegung – 3) statt Monatsdurchschnitt 1986 bzw. 1987: Vierteljahresdurchschnitt – 4) nach Abzug der Gewerbesteuerumlage

Zahlenspiegel Nordrhein-Westfalen

Die mit einem Stern versehenen Positionen werden von allen statistischen Landesbehörden im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

Lfd. Nr.	Merkmal	Einheit	1986	1987	
			Monatsdurchschnitt		
	Preise				
	Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte				
1	* Gesamtlebenshaltung	1980 = 100	120,4	120,5	
2	* darunter Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	"	116,5	115,7	
3	Wohnungsmieten ¹⁾ , Energie	"	122,6	120,7	
4	Möbel, Haushaltsgeräte und andere Güter für die Haushaltsführung	"	118,4	119,5	
5	Bekleidung, Schuhe	"	122,2	124,3	
	Preisindex für die Lebenshaltung von 4-Personen-Arbeitnehmer- haushalten mit mittlerem Einkommen				
6	Gesamtlebenshaltung	1980 = 100	120,4	120,3	
7	darunter Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	"	116,1	115,2	
8	Wohnungsmieten ¹⁾ , Energie	"	123,6	121,0	
9	Möbel, Haushaltsgeräte und andere Güter für die Haushaltsführung	"	118,4	119,4	
10	Bekleidung, Schuhe	"	123,1	125,1	
	Preisindex ²⁾ für Wohngebäude				
11	* Bauleistungen am Bauwerk	1980 = 100	115,8	117,8	
12	davon Rohbauarbeiten	"	111,1	112,4	
13	Ausbauarbeiten	"	122,6	125,6	
14	Preisindex ²⁾ für gemischt genutzte Gebäude	Bauleistungen am Bauwerk	116,6	118,7	
15	für Bürogebäude		"	118,3	120,8
16	für gewerbliche Betriebsgebäude		"	118,5	120,7
17	Preisindex für den Straßenbau ²⁾	"	103,5	104,1	
	Löhne und Gehälter				
	Arbeiter in Industrie und Hoch- und Tiefbau ³⁾				
	Bruttowochenverdienste				
18	* männliche Arbeiter	DM	739	758	
19	* darunter Facharbeiter	"	784	800	
20	* weibliche Arbeiter	"	508	528	
21	* darunter Hilfsarbeiter	"	496	516	
	Bruttostundenverdienste				
22	* männliche Arbeiter	DM	17,98	18,58	
23	* darunter Facharbeiter	"	18,98	19,61	
24	* weibliche Arbeiter	"	12,90	13,44	
25	* darunter Hilfsarbeiter	"	12,60	13,15	
	bezahlte Wochenarbeitszeit				
26	männliche Arbeiter	h	41,1	40,8	
27	weibliche Arbeiter	"	39,4	39,3	
	Angestellte, Bruttomonatsverdienste ³⁾ in Industrie und Hoch- und Tiefbau				
	kaufmännische Angestellte				
28	* männlich	DM	4 586	4 760	
29	* weiblich	"	3 139	3 262	
	technische Angestellte				
30	* männlich	DM	4 803	4 958	
31	* weiblich	"	3 215	3 348	
	in Handel, Kredit und Versicherungen				
	kaufmännische Angestellte				
32	* männlich	DM	3 822	3 935	
33	* weiblich	"	2 552	2 645	
	Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen				
34	Gesamtindikator der konjunkturellen Entwicklung ⁴⁾		+0,1	+0,1	

1) einschl. Wasserverbrauch in den Wohnungen – 2) statt Monatsdurchschnitt 1986 bzw. 1987; Vierteljahresdurchschnitt – 3) mit der jeweiligen Anzahl der Beschäftigten (Zum Ermittlungsverfahren vgl. Stat. Rundschau NW, Heft 11/83.)

1987			1988			Lfd. Nr.	
August	September	Oktober	Juli	August	September		Oktober
120,7	120,5	120,6	121,8	121,9	122,0	122,1	1
115,3	114,8	114,4	115,5	115,2	115,0	115,2	2
121,3	121,0	121,1	121,2	121,5	121,8	121,8	3
119,6	119,7	119,8	120,7	120,7	120,9	121,0	4
124,3	124,9	125,1	125,9	125,9	126,6	126,8	5
120,4	120,2	120,2	121,4	121,4	121,5	121,6	6
114,9	114,3	114,0	114,9	114,6	114,3	114,6	7
121,5	121,2	121,3	121,6	121,9	122,3	122,3	8
119,5	119,6	119,7	120,5	120,5	120,7	120,8	9
125,0	125,7	125,9	126,7	126,7	127,4	127,5	10
118,3	.	.	.	120,8	.	.	11
112,9	.	.	.	115,0	.	.	12
126,2	.	.	.	129,2	.	.	13
119,2	.	.	.	121,9	.	.	14
121,3	.	.	.	124,4	.	.	15
121,4	.	.	.	124,0	.	.	16
104,4	.	.	.	104,6	.	.	17
.	.	768	796	.	.	805	18
.	.	809	836	.	.	848	19
.	.	536	551	.	.	555	20
.	.	522	540	.	.	545	21
.	.	18,74	19,46	.	.	19,48	22
.	.	19,78	20,50	.	.	20,54	23
.	.	13,58	14,14	.	.	14,18	24
.	.	13,26	13,91	.	.	13,94	25
.	.	41,0	40,9	.	.	41,3	26
.	.	39,5	39,0	.	.	39,2	27
.	.	4 812	4 946	.	.	4 984	28
.	.	3 301	3 386	.	.	3 408	29
.	.	5 008	5 150	.	.	5 168	30
.	.	3 396	3 479	.	.	3 501	31
.	.	3 973	4 062	.	.	4 091	32
.	.	2 663	2 761	.	.	2 779	33
+0,2	+0,2	+0,3	+0,9	+1,0	+1,1	+1,2	34

gewichteter Durchschnitt der 4 Erhebungsmonate Januar, April, Juli und Oktober – 4) faktorenanalytische Verknüpfung von 11 konjunkturabhängigen Einzelreihen

Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen für das Bundesgebiet

Lfd. Nr.	Merkmal	Einheit	1986	1987
			Monatsdurchschnitt	
	Bevölkerung¹⁾			
1	Wohnbevölkerung ²⁾	1 000	61 140	61 315 ³⁾
2	Eheschließungen	je 1 000 der	6,1	6,2
3	Lebendgeborene	Bevölkerung	10,3	10,5
4	Gestorbene	und 1 Jahr	11,5	11,2
	Erwerbstätigkeit			
5	Erwerbstätige	1 000	25 794p	25 971p
6	Arbeitslose ⁴⁾	"	2 228	2 229
	Landwirtschaft			
7	Gewerbl. Schlachtungen, Schlachtmenge	1 000 t	404	406
8	Milcherzeugung	"	2 196	2 035
	Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe			
9	Beschäftigte	1 000	7 063	7 054
10	Geleistete Arbeiterstunden	Mill.	664	649
11	Umsatz	Mill. DM	122 354	123 009
12	darunter Auslandsumsatz	"	36 367	36 519
13	Index der Nettoproduktion	1985 = 100	106,1 ⁴⁾	106,1 ⁴⁾
	Bauhauptgewerbe			
14	Bauhauptgewerbe, alle Betriebe	1 000	1 003	985
15	Beschäftigte	Mill.	107	103
16	geleistete Arbeitsstunden	"	39	36
	Handel			
17	Einzelhandel	1986 = 100	100	104,0
18	Umsatz insgesamt	Mill. DM	3 083	3 024
19	Warenverkehr mit Berlin (West)	"	2 270	2 216
20	Bezüge	Mill. DM	570	554
21	Lieferungen	"	621	617
22	Warenverkehr mit der DDR und Berlin (Ost)	Mill. DM	34 479	34 123
23	Bezüge	"	43 864	43 918
24	Lieferungen	"		
	Außenhandel			
25	Einfuhr	Mill. DM	26 282	25 539
26	Ausfuhr	"	19 125	18 417
27		"	11 344	11 091
	Verkehr			
28	Beförderte Güter	1 000 t	93,7	93,9
29	Eisenbahnen ⁵⁾	"		
30	Binnenschifffahrt	"		
31	Seeschifffahrt	"		
32	Beförderte Personen	Mill.		
33	Eisenbahnen ⁵⁾	"		
	Geld und Kredit			
34	Bargeldumlauf ²⁾	Mrd. DM	112,2	124,1
35	Spareinlagen ²⁾	"	670,3	701,1
36	Kredite an	Mrd. DM	1 643,0	1 699,8
37	Unternehmen und Privatpersonen ²⁾	"	471,6	500,5
38	öffentliche Haushalte ²⁾	"		
	Steuern			
39	Einnahmen aus Steuern insgesamt	Mill. DM	32 386	33 637
40	Steuern vom Einkommen	"	18 545	19 171
41	Lohnsteuer	"	12 686	13 681
42	veranlagte Einkommensteuer	"	2 490	2 558
43	nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	"	677	657
44	Körperschaftsteuer	"	2 692	2 275
45	Bundessteuern	"	4 696	4 772
46	Zölle und Verbrauchsteuern (ohne Biersteuer)	"	4 347	4 427
47	Landessteuern	"	1 771	1 853
	Preise			
48	Preisindex ausgewählter Grundstoffe	1980 = 100	104,7	99,7
49	Preisindex für Wohngebäude (Bauleistungen am Bauwerk)	1980 = 100	116,2	118,6
50	Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte	1985 = 100	97,5	95,1
51	Index der Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte	1980 = 100	97,2	93,9
52	Preisindex für die Lebenshaltung	"		
53	aller privaten Haushalte	1980 = 100	120,7	121,0
54	von 4-Personen-Arbeitnehmerhaushalten mit mittlerem Einkommen	"	120,7	120,8

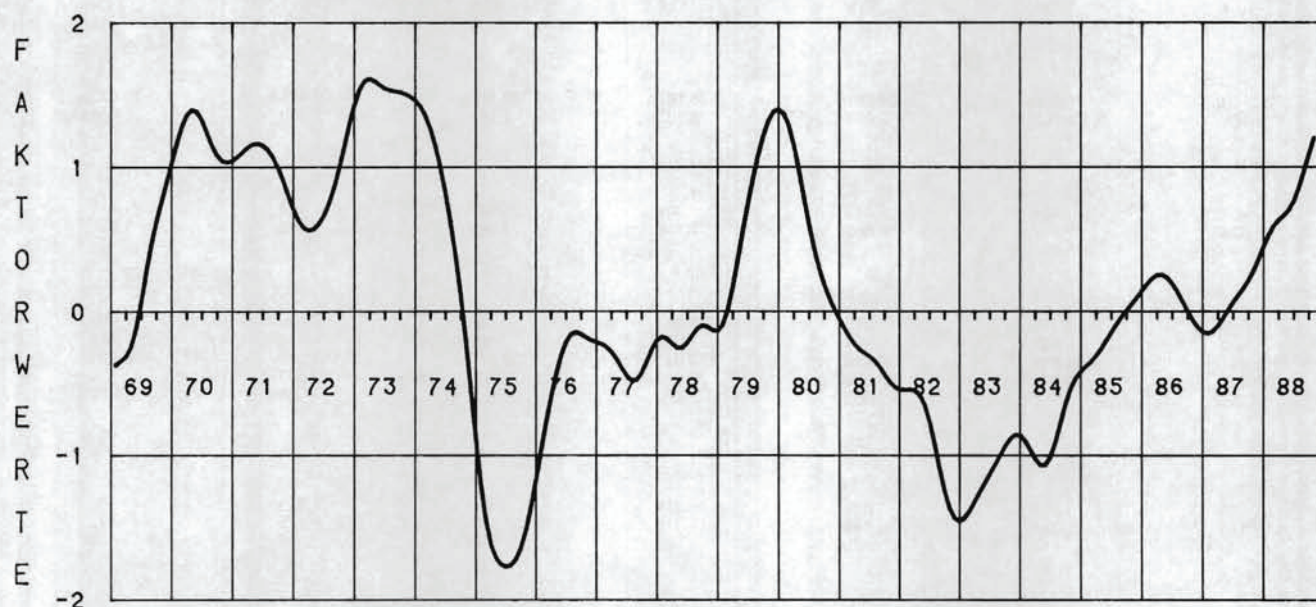
1) Vorläufige Ergebnisse – 2) Jahres- bzw. Monatsende – 3) vorläufiges Ergebnis auf Basis der Ergebnisse der Volkszählung vom 27. 5. 1970 – 4) Basisjahr 1980 = 100 –

1987			1988			Lfd. Nr.
August	September	Oktober	Juli	August	September	
...	1
7,8	7,7	6,6	7,7	10,6	9,1	2
10,9	11,5	10,2	10,9	11,8	11,9	3
10,4	10,6	10,9	10,1	10,8	10,7	4
26 130p	26 265p	26 252p	26 187p	26 302p	26 447p	5
2 165	2 107	2 093	2 199	2 167	2 100	6
404	424	443	362	424	403	7
2 024	1 847	1 869r	2 158	2 068	1 942	8
7 089	7 110	7 078	7 051	7 091	7 109	9
590	682	701	580	620	672	10
109 341	134 018	133 418	122 941	122 507	142 993	11
30 345	39 426	39 509	35 948	35 607	43 787	12
92,5 ⁴⁾	107,5 ⁴⁾	114,3 ⁴⁾	98,8	98,7	112,8	13
1 026	1 026	1 013	979	989	989	14
114	134	132	110	116	125	15
39	47	46	38	39	43	16
107,3 ⁴⁾	113,4 ⁴⁾	129,3 ⁴⁾	104,4r	99,1r	105,8	17
2 743	3 169	3 515	2 840	3 267	3 296	18
2 016	2 299	2 486	2 065	2 252	2 478	19
578	551	589	546	581	544	20
493	553	662	640	541	603	21
29 611	34 287	38 674	36 041	34 945	36 231	22
36 119	45 792	48 780	47 100	44 244	47 520	23
23 720	26 106	28 861	24 267	25 491	...	24
19 356	20 069	...	20 631	19 751	...	25
11 030p	11 095p	11 188p	12 427p	11 748p	11 683p	26
86,1	95,5	96,6	97,7	88,8	...	27
117,8	117,5	119,5	131,9	130,7	133,2p	28
680,4	680,9	682,0	710,7	710,2	709,0p	29
1 663,9	1 678,3	1 685,1	1 733,7	1 738,7	1 752,2p	30
480,5	481,3	492,1	521,6	527,2	530,2p	31
30 046	41 411	28 145	31 029	30 759	42 979	32
14 716	29 168	13 038	15 574	15 133	30 526	33
13 924	12 973	13 089	15 105	14 065	13 269	34
-625	8 844	-313	-541	-409	9 235	35
1 455	277	308	1 520	1 730	383	36
-37	7 073	-47	-511	-253	7 638	37
4 832	4 919	4 755	4 980	5 122	4 806	38
4 388	4 632	4 508	4 711	4 654	4 553	39
2 306	1 495	1 525	1 600	2 563	1 462	40
100,7	100,4	100,8	103,0	103,7	103,6	41
119,1	121,7	...	42
115,8 ⁴⁾	115,6 ⁴⁾	116,0 ⁴⁾	96,4	96,5	96,7	43
93,2	93,7	94,2	93,3	93,0	95,3p	44
121,2	120,9	121,1	122,5	122,6	122,6	45
120,9	120,6	120,7	122,1	122,1	122,1	46

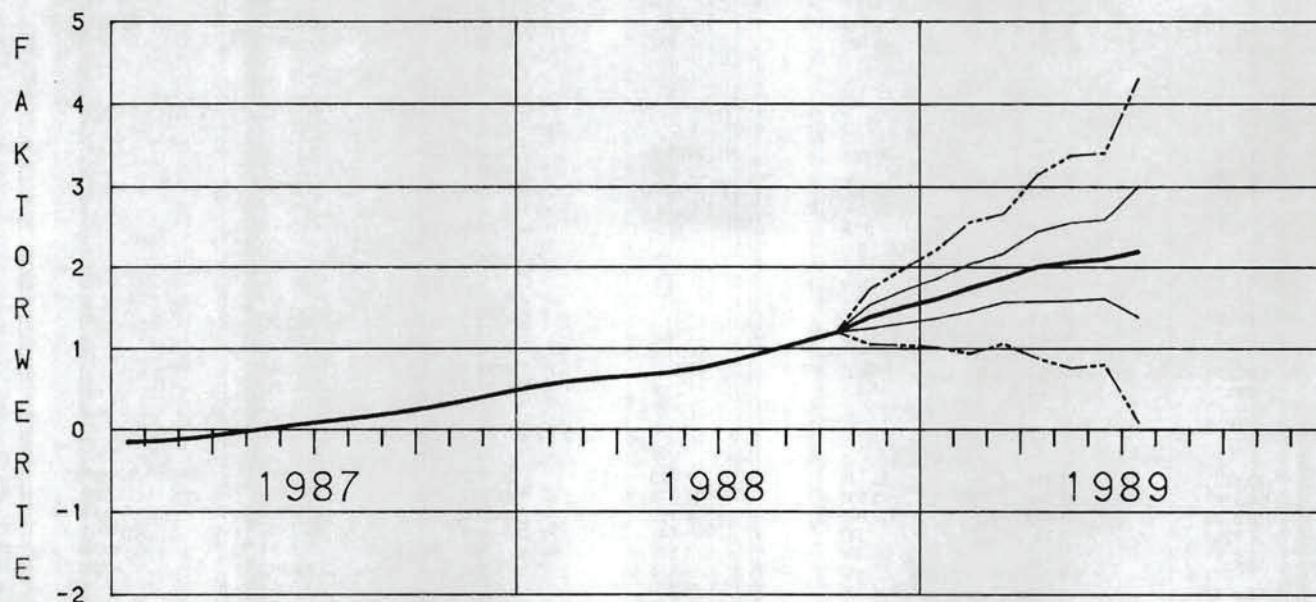
5) Eisenbahnen des öffentlichen Verkehrs - - - - - Quelle: Statistisches Bundesamt

MONATLICHER GESAMTINDIKATOR DER KONJUNKTURELLEN ENTWICKLUNG

BIS OKTOBER 1988 REALISIERTE WERTE ¹⁾



AB NOVEMBER 1988 BIS JULI 1989 PROGNOSTIZIERTE WERTE ²⁾



—— 95%-VERTRAUENSBEREICH DER REGRESSIONSSCHÄTZUNGEN

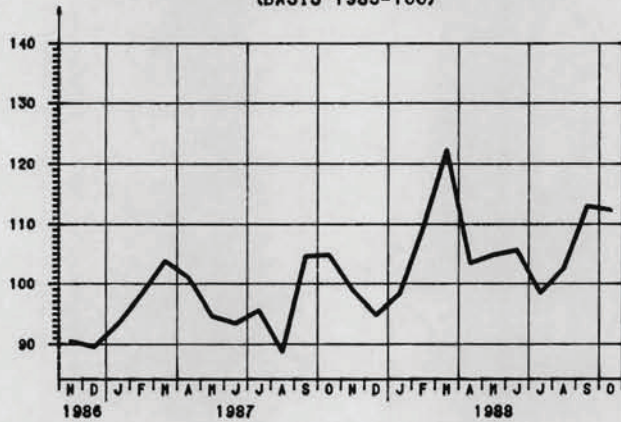
----- 95%-VERTRAUENSBEREICH DER EINZELNEN INDIKATORWERTE

1) ZUM ERMITTLUNGSVERFAHREN VGL. STAT. RUNDSCHAU NW, HEFT 11/83. -

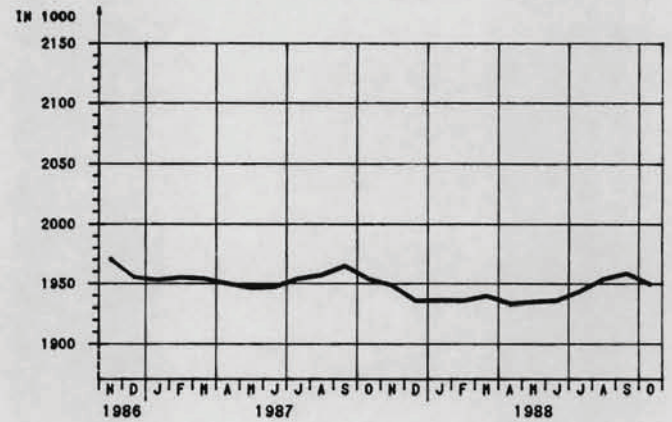
2) ZUM PROGNOSEMODELL VGL. STAT. RUNDSCHAU NW, HEFT 3/87.

BERGBAU UND VERARBEITENDES GEWERBE NOVEMBER 1986 BIS OKTOBER 1988

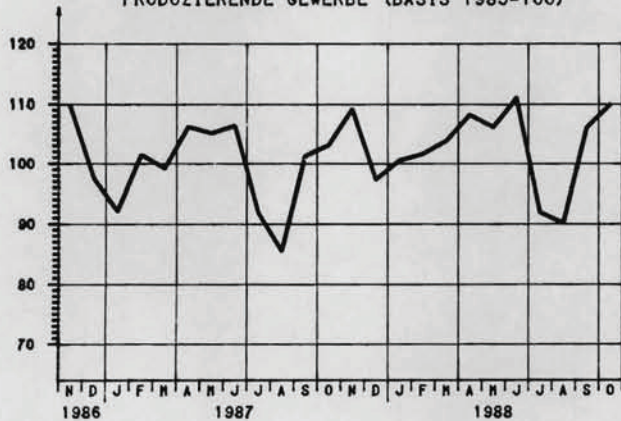
AUFTRAGSEINGANGSINDEX (NOMINAL)
(BASIS 1985=100)



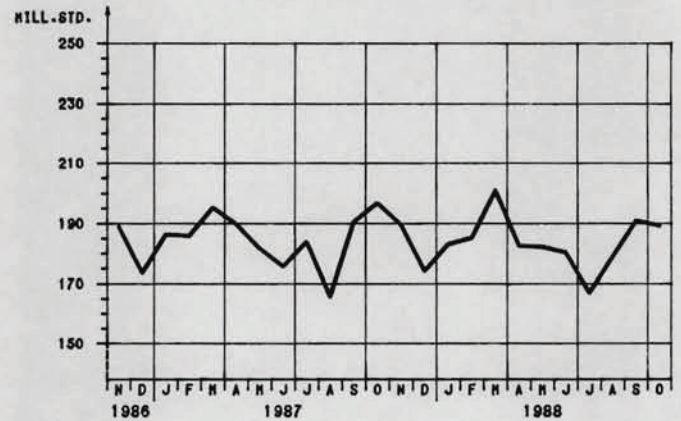
BESCHÄFTIGTE



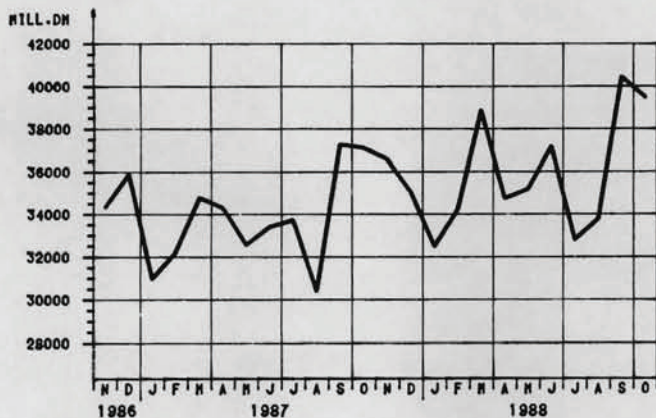
INDEX DER NETTOPRODUKTION FÜR DAS
PRODUZIERENDE GEWERBE (BASIS 1985=100)



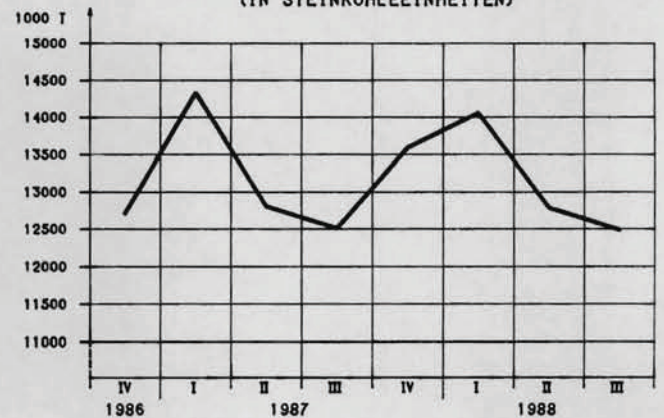
GELEISTETE ARBEITERSTUNDEN



UMSATZ



GESAMTENERGIEVERBRAUCH
(IN STEINKOHLEINHEITEN)



QUELLE: LANDESDATENBANK NW

GRAFISCHE DATENVERARBEITUNG: LDS NW

RESEARCH AND DEVELOPMENT CENTER
NOVEMBER 1955 - FEBRUARY 1956

